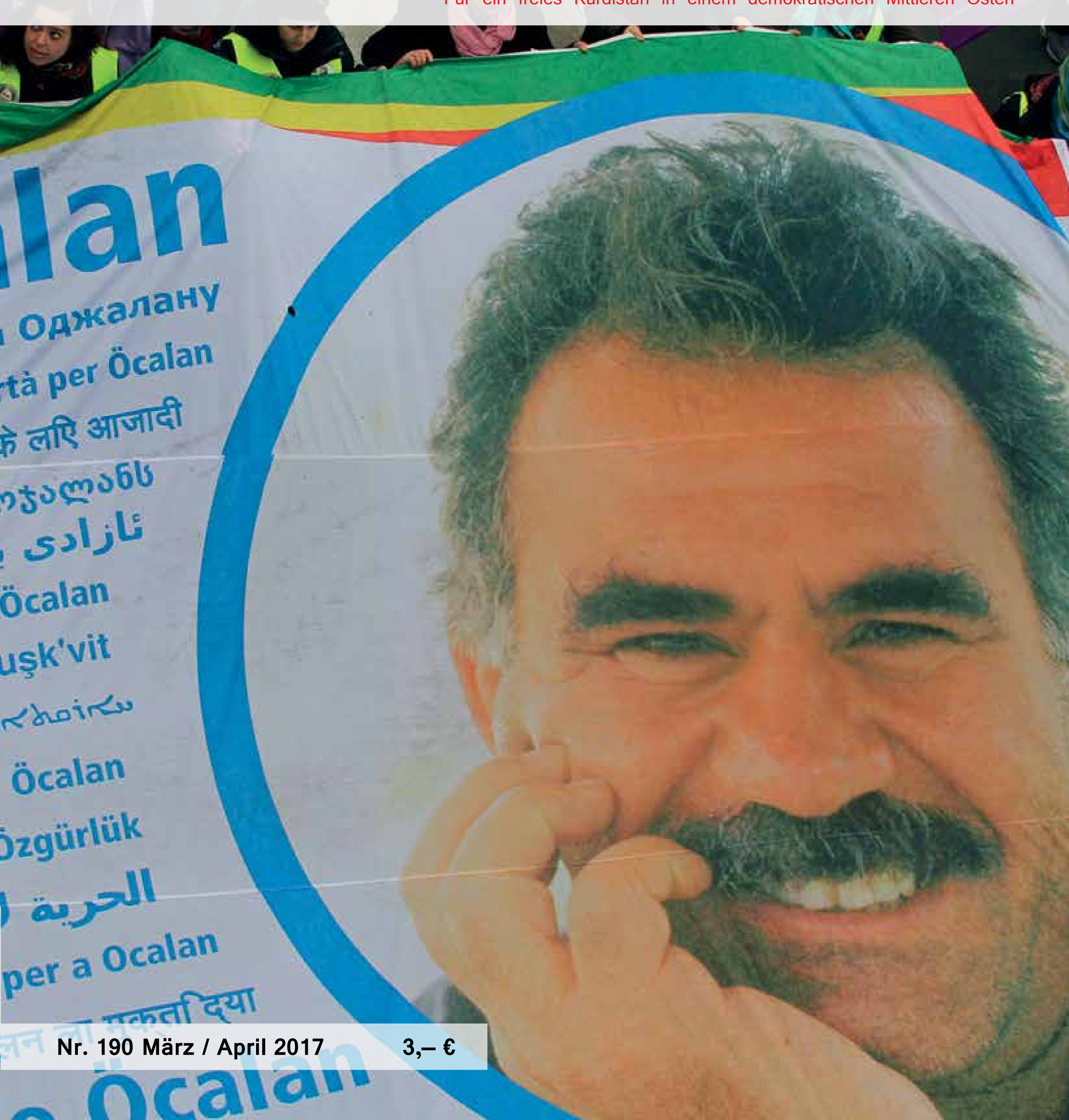
KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 190 März / April 2017 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 190 März/April 2017



Für die Freiheit von Abdullah Öcalan gingen Internationalisten aus 19 Ländern 11 Tage von Luxemburg zur Demonstration nach Straßburg. Foto: ANF



Noch nie waren so viele Menschen zeitgleich für die Freiheit Abdullah Öcalans auf den Straßen der Welt. Foto: ANHA



Nein zur Ein-Mann-Diktatur in der Türkei. Nein zum Präsidialsystem. Die Nein-Kampagne zum Referendum am 16. April wurde gestartet. Foto: ANF

Liebe Leserinnen und Leser,

das Verfassungsreferendum in der Türkei über die Einführung eines Präsidialsystems bestimmt derzeit die politische Agenda wie kein anderes Thema. Es ist auf den 16. April datiert. Als sicher gilt, dass uns bis dahin äußerst angespannte Zeiten bevorstehen.

Denn die AKP wird aller Voraussicht nach ähnlich wie zwischen den Wahlen vom 7. Juni und 1. November 2015 auf kontrollierten Terror setzen. Vizepremier Kurtulmuş hat bereits angekündigt, dass der Terror in der Türkei wohl bis zum Referendum anhalten, doch mit einem »Ja« zum Präsidialsystem ein Ende finden werde.

Die Regierungspartei will sich allerdings nicht auf die psychologische Kriegsführung beschränken. Sie geht auch ganz praktisch gegen ihre Kritiker, potentielle Gegner des Präsidialsystems und allgemein gegen die Opposition vor. Besonders stehen hier selbstverständlich HDP und DBP im Fokus. Es macht an dieser Stelle wenig Sinn, Zahlen zu den Festnahmen zu nennen, weil sie täglich steigen. Der türkische Staatsterror ist mittlerweile allgegenwärtig. Der Weg zum Faschismus in der Türkei nimmt immer klarere Züge an. Doch die Angriffslust der AKP macht zugleich auch ihre Nervosität und ihre Angst vor einem »Nein« beim Referendum deutlich.

Gleichzeitig herrscht in der internationalen Politik zumindest kollektives Schweigen gegenüber der AKP. Manch eine Regierung treibt es sogar noch schlimmer und unterstützt den Staatsterror des Erdoğan-Regimes aktiv. Die Völker und die demokratischen Kräfte im Land sind sich dessen bewusst, dass diejenigen Regierungen in Europa und auf der Welt, die diesem Regime noch weiter den Rücken stärken, mitverantwortlich sind für die von der AKP begangenen Menschenrechtsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dass die Bundesregierung hierbei besonders negativ auffällt und in Sachen Verfolgung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten brav dem Erdoğan-Regime nacheifert, ist kein Geheimnis.

Doch dann gibt es da noch die andere Seite, die viel Grund für Hoffnung und vor allem Kraft für den Widerstand gibt. Die große Zahl Langer Märsche für die Freiheit Abdullah Öcalans, die überall in Europa und in Kurdistan stattfanden, hat den Startschuss für einen langen Frühling des Widerstandes gegeben. Der Weltfrauentag am 8. März und das Newrozfest am 21. März werden den Widerstand gegen die AKP und ihren faschistischen Kurs fortsetzen. Die voranschreitende Revolution von Rojava ist für uns alle zu einer permanenten Quelle der Hoffnung geworden.

Wir müssen aber für diese Hoffnung auf eine andere Welt auch selbst aktiv werden. Die nächsten Wochen können richtungsweisend sein für die Zukunft der Türkei, Kurdistans und des gesamten Mittleren Ostens. Deshalb lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass der gerechtfertigte Widerstand gegen den AKP-Faschismus auch von hier aus geleistet wird! Lasst uns auch gemeinsam über unsere eigenen Alternativen im Hier und Jetzt diskutieren, voneinander lernen und kollektiv ein neues Leben aufbauen. Dafür kann die Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III: Demokratische Moderne entfalten – Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen« über Ostern in Hamburg eine gute Gelegenheit bieten. Wir würden uns jedenfalls freuen, Euch dort anzutreffen.

Eure Redaktion

Erdoğan für die Region, Trump für die Welt

Wenn die Ausnahme zur Regel wird

Songül Karabulut

Während die weltweite Empörung über Erdoğans Regierungsstil, das Land im permanenten Ausnahmezustand als Ein-Mann-Regime zu regieren, noch nicht abgeklungen ist, bekleidet Donald Trump nun schon seit dem 20. Januar 2017 offiziell das Amt des US-Präsidenten. Es vergeht kein Tag, an dem er mit seinen politischen Entscheidungen nicht die Welt schockiert. Von Tag zu Tag nimmt das Unbehagen zu. Ist das ein dummer Zufall oder nur ein natürliches Resultat unserer Zeit?

Ich tendiere zu Letzterem. Eine Weltgemeinschaft, die einen Mann wie Tayyip Erdoğan nicht daran hindert – obwohl sie es könnte –, ein Land in eine faschistische Diktatur zu führen und die regionale Krise mit seiner Aggressionspolitik noch weiter zu vertiefen, ist nicht interessiert an Stabilität und Frieden. Sie sieht die eigenen Interessen in der Vertiefung der Krise und des Chaos. Dieser »neue« alte Regierungsstil wird den Menschen zur Erprobung erst einmal mit Erdoğan in der Region angedreht, um ihn dann – wenn es klappen sollte – mit Trump der ganzen Welt aufzuzwingen.

Der türkische Staatspräsident Tayyip Erdoğan regiert das Land, das seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016 unter Ausnahmezustand steht, mittels Dekreten. Er hat wiederum seine Politik, die er seit Juli 2015 in den kurdischen Gebieten ohne ernsthafte Widersprüche von außen, aber auch von seinen nichtkurdischen Bürger*innen, praktizierte, dann ein Jahr später auf die gesamte Türkei ausgeweitet. Was zeichnet diesen Regierungsstil aus: Abschaffung der demokratischen Werte, Verletzung der Menschenrechte, Gleichschaltung der Presse, Aufhebung der Gewaltenteilung, Aufhebung der Rechtsstaatlichkeit, Ausschalten der Opposition durch Inhaftierung, Folter, Erpressung, absolute Polarisierung der Gesellschaft, Schüren von Nationalismus, Sexismus, Militarismus und Rassismus, Arbeiten mit Feindbildern, Umgehen der demokratischen Rechtsordnung ohne Hemmung und Scheu, indem »terroristische Gruppen« für eigene Interessen unterstützt und illegale Gruppierungen wie Kontraguerilla-Gruppen befördert werden, indem der Staat Kriegsverbrechen begeht, Menschen foltert und tötet …

Diese Politik, die ohnehin seit über zwei Jahren in Bakûr (Nordkurdistan) verfolgt wird, soll nun offiziell als Regierungsform übernommen werden. Erdoğan hat seine Bemühungen beschleunigt, seinen Traum vom Ein-Mann-Regime in Form eines Präsidialsystems umzusetzen. Mit den Stimmen der Abgeordneten der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der ultranationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) wurden die entsprechenden Verfassungsänderungen mit hoher Geschwindigkeit durch das türkische »Parlament« gewunken. Die endgültige Entscheidung soll nun mit einem Referendum am 16. April fallen. Bis zur Debatte im Parlament waren der Öffentlichkeit die Einzelheiten der Verfassungsänderungen vorenthalten worden, niemand – weder Journalist*innen noch oppositionelle Parteien, NGOs oder die Bürger*innen – kannte den Inhalt.

Mit diesen Verfassungsänderungen soll die »Ausnahme« zum »Regelfall« gemacht werden. Erdoğan soll auch in Zukunft das Land mit Dekreten regieren dürfen. Ihm wird das Recht zugestanden, jederzeit das Parlament aufzulösen, das seine Kontrollfunktion verliert. Während es in seinen Rechten und Pflichten eingeschränkt wird, weiten sich die Rechte des Präsidenten unglaublich aus. So soll die Unabhängigkeit des Rechtswesens aufgehoben werden: Erdoğan soll die Mehrheit der Verfassungsrichter*innen und die Mitglieder des Hohen Richter*innenrates bestimmen können.

Der stellvertretende Ministerpräsident Numan Kurtulmuş sagte sinngemäß, die gegenwärtige Krise und das Chaos könnten nur ein Ende finden, wenn das Präsidialsystem im Referendum angenommen werde. Diese Äußerung ist gleichzeitig ein Geständnis, dass sie selbst die Verursacher*innen dieser Krise sind. Das ist das Konzept der AKP, die Gesellschaft in Geiselhaft zu nehmen. Seit Juli 2016 bekommt es die gesamte Gesellschaft in der Türkei mit aller Härte zu spüren, was es heißt, unter diesem Ausnahmezustand zu leben. Jetzt nach dieser Ge-

schmacksprobe heißt es, wenn ihr nicht mehr so leben wollt, dann müsst ihr beim Referendum für die Verfassung stimmen. Diese Rechnung ging bereits zu den Parlamentswahlen 2015 auf. Als die AKP am 7. Juni 2015 ihre absolute Macht verloren hatte, begann sie einen unerbittlichen Krieg in Kurdistan. Auch damals erklärten die AKP-Vertreter*innen, hätten wir 400 Sitze bekommen, wäre das Land nicht in diesem Zustand. Ihr seid durch euer Fehlverhalten bei der Wahl dafür verantwortlich ...

Die AKP verfolgt neben den oben beschriebenen politischen Zielen auch ein Konzept, mit dem sie die Gesellschaft gemäß ihrer Weltanschauung formen will. Alle, die die Türkei kennen, wissen, dass die Gesellschaft mit der AKP immer konservativer, religiöser und frauenfeindlicher geworden ist. Die unterschiedlichen Lebensweisen in der Türkei geraten zunehmend unter Druck. Neben einer unverhohlenen Politik, die bestimmt ist von entsprechenden Gesetzesänderungen (z. B. herabgesetztes Heiratsalter), politischen Erklärungen (wie sich z. B. Frauen und junge Menschen zu verhalten haben), investiert die AKP auch intensiv in Medien und TV-Serien, über die bestimmte konservativ-patriarchale Lebensweisen transportiert und produziert werden. In letzter Zeit haben wir auch eine Zunahme physischer Angriffe auf Menschen aufgrund ihrer Lebensform zu verzeichnen. Eine Frau in Shorts wird attackiert, eine joggende schwangere Frau wird angegriffen, weil einige sich das Recht herausnehmen zu sagen, was sich gehöre und was nicht.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage unsinnig, ob die AKP den Ausgang des Referendums denn manipulieren könne. Unter diesen Umständen, unter denen das Land im Ausnahmezustand regiert wird, jegliche freie und unabhängige Presse quasi abgeschafft wurde, eine wichtige Oppositionskraft wie die Demokratische Partei der Völker (HDP) und die Partei der Demokratischen Regionen (DBP) aus dem Parlament und den Kommunen gedrängt und ihre Mitglieder in die Gefängnisse gesteckt werden, die Opposition unter dem Vorwand der »Terrorismusunterstützung« ihrer Lebensgrundlage beraubt und Eigentum beschlagnahmt wird, Menschen offen verfolgt und gelyncht werden –, in einem solchen Land können keine freien Wahlen erwartet werden. Das Land ist ein Gefängnis, unter Bedingungen der Gefangenschaft soll das Referendum zu Gunsten Erdoğans bestimmt werden. Die Grundlagen für freie Wahlen sind in der Türkei nicht gegeben.

Die Frage ist nun, warum hat er es so eilig, das Präsidialsystem so schnell wie eben möglich einzuführen? Diese Eile spricht nicht für Stärke und ist eher ein Ausdruck von Schwäche und Angst. Diese Angst ist zum einen ein Resultat der Erkenntnis, dass all diejenigen, die Opfer seiner Machtgier geworden sind, nur auf den richtigen Moment warten, um ihm einen Strich durch seine Rechnung zu machen. Schon jetzt haben zahlreiche unterschiedliche Kreise angekündigt, dass sie beim Referendum Erdoğan die Rote Karte zeigen wollen. Die HDP dazu: »Ein Nein beim Referendum ist gleichbedeutend mit dem Ende der Unrechtsherrschaft durch AKP/MHP. Ein Nein beim Referendum ist aber auch gleichbedeutend mit der Möglichkeit, den demokratischen Lösungsprozess in der kurdischen Frage wieder aufzunehmen.«

Auch die Republikanische Volkspartei (CHP) wird eine Nein-Kampagne führen. Sogar ein Kreis von Parteimitgliedern innerhalb der MHP, die zu Parteichef Bahçeli in Opposition stehen, will mit Nein stimmen. Wenn wir zusammenzählen, wer im Referendum für Nein stimmen will, dann wird ersichtlich, dass es kein leichtes Spiel für Erdoğan sein wird: Die Kurd*innen, Alevit*innen und andere ethnische und religiöse Minderheiten, die CHP und andere Kemalist*innen, Mitglieder der Fethullah-Gülen-Gemeinde, sogar ehemalige AKP-Gründungsmitglieder und -Funktionsträger*innen haben sich öffentlich gegen das Ein-Mann-System Erdoğans positioniert. Alle, die in der jüngsten fünfzehnjährigen AKP-Regierungszeit ausgegrenzt, drangsaliert, diskriminiert, unterdrückt und benachteiligt worden sind, werden die Chance nicht ungenutzt lassen.

Der andere Grund für die Angst Erdoğans liegt in seiner Außenpolitik begründet. Die Türkei hat seit der letzten Ausgabe des Kurdistan Reports bis heute ihre Syrienpolitik um 180 Grad gewendet. Im Namen der AKP-Regierung wurde sogar die offizielle Syrienpolitik ab 2011 für falsch erklärt. Was sind nun die Veränderungen: Die Türkei ist von ihrem regimefeindlichen Kurs zu Gunsten ihres eigentlichen strategischen antikurdischen Kurses abgerückt. Sie hat im Gegenzug für Al-Bab die zuvor lange umkämpfte und völlig zerstörte Metropole Aleppo dem syrischen Regime überlassen und die Kräfte der Freien Syrischen Armee (FSA) unter ihrer Kontrolle nach Idlib abgezogen *[s. a. Interview mit Rıza Altun, S. 29]*. Die Türkei ist seit Ende August 2016 in Nordsyrien militärisch präsent. Nach Cerablus (Dscharabulus) ist sie mit Unterstützung Russlands bis nach Al-Bab vorgedrungen. Noch vor Kurzem war sie dermaßen impulsiv zu erklären, niemand wird uns aufhalten können, nach Al-Bab werden wir Minbic (Manbidsch) einnehmen und von dort nach Raqqa vordringen. Aber jetzt scheint die Ernüchterung eingekehrt zu sein. Erdoğan verlautete Ende Januar 2017, die Türkei werde bei Al-Bab stehen bleiben und keinen weiteren Vorstoß unternehmen.

Sie hat in der Syrienpolitik einen Kurswechsel vom sunnitischen zum schiitischen Block vollzogen. Mit ihrer neuen Syrienpolitik, die auf Russland ausgerichtet ist, auf das syrische Regime und Iran, agiert sie nun den schiitischen Block stärkend. Diese Entwicklung wiederum führt dazu, dass sie

erstmals die dschihadistischen Kräfte fallen lässt und Auseinandersetzungen mit ihnen nicht mehr umgehen kann. Sie glaubt, mit der Annäherung an Russland den Westen und die USA erpressen zu können, um sie so zu Zugeständnissen in der Kurd*innenpolitik und bei der diktatorischen Staatsform zu bewegen.

Die Realität zeigt jedoch, dass die Türkei von Russland für dessen eigene Machtexpansion instrumentalisiert wird. Die Türkei gerät so in eine noch stärkere Abhängigkeit, was ihre Handlungsfähigkeit weiter einschränken wird.

Die Türkei steht stellvertretend für ein Land, das durch kurzfristig angelegte Politik zu lang anhaltenden Problemen und Krisen mit erheblichen Auswirkungen beiträgt. Sie lebt regelrecht von Chaos und Krise und ist angewiesen auf kurzlebige Erfolge.

Die Türkei scheint ihre Ziele minimalisiert zu haben. Wenn man sich anschaut, was sie in den letzten Jahren alles aufgegeben hat, welche Kompromisse sie eingegangen ist, dann scheint nur ihre antikurdische Politik unverändert kompromisslos geblieben zu sein. Also richtet sie ihre Strategie und Taktik sowie ihre Bündnisse daran aus, die Kurd*innen in ihrer Entwicklung einzudämmen und weiterhin ohne gesicherten Status zu lassen. Diese Art der Außenpolitik treibt sie immer weiter in neue Konflikte.

Neben den beschriebenen innen- und außenpolitischen Faktoren, welche die Entwicklungen in der Türkei beeinflussen werden, gibt es auch noch die wirtschaftliche Komponente, die sich auf die gesamte Politik der Türkei auswirken wird. Ihre wirtschaftliche Situation hat sich zunehmend verschlechtert. Der Wertverlust ihrer Währung geht einher mit sinkenden Auslandsinvestitionen und der Verteuerung von Krediten. Es fehlt ausländisches Kapital, von dem sich die AKP mit ihrer strikt neoliberalen Wirtschaftspolitik so stark abhängig gemacht hat. Auch deshalb scheinen die Zeiten des großen Wirtschaftswachstums vorbei zu sein. Über dieses Wachstum hatte die AKP-Regierung ihre Macht im Staat konsolidieren können. Wenn jetzt der ökonomische Abwärtstrend bei der breiten Masse der Bevölkerung ankommt, dann droht auch die Macht der AKP zu bröckeln. *[s. a. S. 11]*

Die Republik Türkei steht vor einem historischen Wendepunkt: Entweder werden die demokratischen Kräfte die Türkei



Berlin: Aktion am Brandenburger Tor am Jahrestag der Verschleppung von Abdullah Öcalan. Foto: ANF

demokratisieren oder Erdoğan wird das Land in eine weitaus reaktionärere Ein-Mann-Diktatur verwandeln.

Schauen wir uns jetzt an, welchen Regierungsstil Trump an den Tag legt. Innerhalb von zehn Tagen hat Trump 18 Dekrete erlassen, jedes einzelne ein Eklat. Diese Präsidentenverordnungen ermöglichen es ihm, am Kongress vorbei das Land zu regieren. Er unterzeichnete u. a. die Verordnungen über den Bau der Grenzmauer zu Mexiko, die Freigabe des von Obama gestrichenen Pipelineprojekts, den Rückzug aus dem transpazifischen Handelsabkommens TPPA, die Angriffe auf die Gesundheitsreform (ObamaCare), das Einreiseverbot für Bürger*innen aus Irak, Iran, Jemen, Libyen, Somalia, Sudan und Syrien – auch als Einreiseverbot für Muslim*innen bezeichnet. Allen Flüchtlingen ist für 120 Tage die Einreise in die USA untersagt worden, syrischen Flüchtlingen sogar auf unbestimmte Zeit. Trump hat den Justizminister entlassen, weil der sich öffentlich kritisch zum Einreiseverbotsdekret geäußert hatte.

Eine Parallele zu Erdoğans Regierungsstil ist auch sein Umgang mit der oppositionellen Presse. Sein Militarisierungskurs ist genauso ein Teil seiner Politik. Trump rüstet das Militär auf und plant zusätzlich zu den bereits bestehenden einen eigenen Sicherheits- und Geheimdienst.

Das sind ebenfalls eilige Entscheidungen mit langfristigen Wirkungen. Desgleichen fällt Trump mit seinen menschenverachtenden Äußerungen, die rassistisch und sexistisch sind, auf. Das ist die Politikform reaktionärer Kräfte. Sie verursachen Krisen und Probleme und schieben die Verantwortung dafür anderen in die Schuhe – sehr beliebt sind die unkonkreten äußeren Feinde, die das Land ruinieren wollen, oder aber Ausländer*innen, die für Armut und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden.

Wir haben es mit einer globalen Systemkrise zu tun, die u. a. bedingt ist durch die bestehende Ordnung. Nun geht es darum, diese Ordnung – die schon längst zu bröckeln begonnen hat – zu erneuern. Soll sie zugunsten einer kleinen Machtelite, die für sich alle Macht und alle Privilegien beansprucht, erneuert werden oder zugunsten der Bevölkerung?

Die Menschen haben Einwände gegen Regierungsformen und Systeme, die über ihre Köpfe hinweg zu ihrem Nachteil herrschen, sie haben Einwände dagegen, dass Menschen in Kriegen sterben, die nicht ihre Kriege sind. Sie haben etwas dagegen, dass nicht gerecht geteilt wird, dass eine kleine Elite immer reicher wird, während die Mehrheit immer weniger bekommt, sie haben etwas dagegen, dass die Profitgier von Großunternehmer*innen die Lebensgrundlagen auf dieser Erde zerstört, die Umwelt und die Gesundheit beeinträchtigt ...

Aber wir sind viele: Da sind die 300 000 Frauen, die in den USA gegen Trump auf die Straßen gegangen sind, die Hunderttausenden, die weltweit gegen TTIP auf den Straßen waren, die Menschen, die an vielen Orten gegen rechtspopulistische Parteien und Faschismus kämpfen, die Demonstrant*innen, die gegen die entwürdigende Flüchtlingspolitik protestieren, da sind die Millionen, die in diesem Jahr zum Widerstandsfest Newroz in Kurdistan und überall auf der Welt auf die Straßen gehen und beim Referendum in der Türkei mit »Nein« stimmen werden. Und eine Erwähnung wert ist auch der elftägige internationalistische Marsch für die Freiheit von Abdullah Öcalan, an dem Menschen aus insgesamt 19 Ländern teilgenommen haben. Die Kämpfe sind universal, sie werden von sehr vielen Menschen getragen und sie reißen die Grenzen ein, mit denen man sie zu spalten versucht.

Wir haben eine Zeit voller Kämpfe vor uns. Die beiden Systeme werden künftig heftiger und öfter aufeinanderprallen. Zwar hat die reaktionäre Politik unter Trump universellen Charakter angenommen, aber gleichzeitig wird der Widerstand ebenfalls globalen Charakter bekommen. Überall auf der Welt wird der Widerstand wachsen und auch die Notwendigkeit zu solidarischem Handeln und sich zu organisieren wird sich entwickeln. Die Geschichte lehrt uns, dass kein einziges reaktionäres Regime bestehende Probleme der Menschen gelöst hat. Jedes dieser Regime hat vielmehr diese Probleme verursacht und in die Ausweglosigkeit getrieben. Nur der Widerstand und der Kampf der großen Massen haben zu positiven Entwicklungen beitragen. Daher können wir keine positiven Erwartungen hegen an Erdoğan, Trump oder wie sie auch immer heißen werden. Wir müssen lernen, unsere eigenen Kämpfe zu führen, der Widerstand wird vielseitig sein.

Wie dieser Kampf der Systeme ausgehen wird, kann nicht vorausgesagt werden. Diejenigen, die Widerstand leisten, können ebenso erfolglos bleiben, das wusste auch schon Brecht: »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.« In dieser Zeit reicht es auch nicht mehr aus, nur gegen die herrschende Politik und Regime zu protestieren, sondern wir müssen uns organisieren, wenn wir nicht fremdbestimmt regiert werden wollen. Wir müssen uns organisieren und unsere Alternative aufbauen. Vor diesem Hintergrund ist die Alternative, wie sie beispielsweise in Rojava entwickelt und umgesetzt wird, auch unsere Alternative, an der sich alle Bewegungen orientieren können. Die Entwicklung eines Alternativsystems zugunsten von Frauen, Kindern, Umwelt, unterdrückten ethnischen und religiösen Gruppen sowie zugunsten unterdrückter Klassen ist möglich. Das zeigt uns Rojava, das zeigen uns die Bewegungen weltweit. ♦

Der Weg zum Referendum in der Türkei

Ein Ende des Terrors nur mit einem Ende der AKP-Herrschaft

Hatip Dicle, Kovorsitzender des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK

Der Kovorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) Hatip Dicle nahm in einem Interview für den Kurdistan Report Stellung zu dem für den 16. April von der AKP-Regierung angestrebten Referendum über eine Verfassungsänderung in der Türkei.

Herr Dicle, die Türkei bewegt sich auf ein Referendum zu, mit dem nach dem Willen der AKP das Präsidialsystem eingeführt werden soll. Meine erste Frage an Sie ist, ob Sie uns in einem kurzen Rückblick die Etappen auf dem Weg zu diesem Referendum zusammenfassen können?

Die Entwicklung der AKP nach ihrer Regierungsübernahme im Jahr 2002 gleicht in der Tat der Entwicklung, welche das Komitee für Einheit und Fortschritt (türk.: İttihat ve Terakki Cemiyeti) nach seiner Machtübernahme im Osmanischen Reich durchgemacht hat. Denn auch das Komitee hat bei der Machtübernahme ein Bild von sich selbst erzeugt, das es im Gegensatz zu den bisherigen Machthabern des Osmanischen Reiches relativ liberal erscheinen ließ. Doch dann hat diese Partei Schritt für Schritt eine Transformation in Richtung Religiosität und türkischen Nationalismus durchgemacht, die letztlich im Genozid an den Armeniern und Suryoye mündete. Und auch die AKP wirkte zu Beginn ihrer Regierungszeit für viele Kreise wie eine Partei, die das Land in Richtung Demokratie und EU-Beitritt voranbringen will. Viele glaubten, die AKP habe sich zur Mission gemacht, eine demokratische türkische Republik zu schaffen. Obwohl sie also an der Macht war, agierte sie mit ihrer Wortwahl eher wie eine Oppositionspartei gegenüber dem gegebenen türkischen Staatssystem. Und so haben viele liberale und demokratische Gruppen in der Türkei sie zunächst unterstützt. Dasselbe galt auch für die EU.

Allerdings hat die Regierungspartei, nachdem sie tatsächlich die Macht im Staat erlangt, also ihre eigenen Leute im Staatsapparat platziert hatte, offenbar ihre Politik im Sinne ihrer eigentlichen Agenda umgesetzt. Und was war das? Sie hat die türkische Republik in ihrem Interesse umzugestalten versucht. Wie Sie wissen, ist die Republik aus den Trümmern des Osmanischen Reiches als eine oligarchische Republik hervorgegangen. Und genauso wie die Linken, die Kurden oder die Aleviten in dieser neuen Republik benachteiligt und ausgegrenzt wurden, sind hier auch die islamischen Kreise marginalisiert worden. Und das wollte die AKP im Sinne ihrer Klientel korrigieren. Dafür sind sie ein Bündnis mit den nationalistischsten Kreisen im Land, den sog. Ergenekon-Vertretern, eingegangen und haben mit einer neoosmanischen Ideologie zu regieren begonnen. Und eben das hat die İttihat-und-Terakki-Bewegung im Laufe ihrer Herrschaftszeit getan. Sie wollte auch die gesamte islamische und türkische Welt unter dem Dach des Osmanischen Reiches vereinen. Mit diesem Ziel waren sie damals in den Ersten Weltkrieg eingetreten.

Die AKP will nun dem Neoosmanismus entsprechend ihre Macht im Mittleren Osten von Neuem etablieren. Und dafür gehen sie zum einen radikal gegen jede Opposition im Inland vor. Und zum anderen verfolgen sie nach außen eine hegemoniale Politik. Und während in der Zeit von İttihat und Terakki die Armenier und Suryoye als größtes Hindernis erachtet wurden und deshalb dem Genozid zum Opfer fielen, betrachtet die AKP heute die Kurden als wichtigste Kraft gegen ihre eigenen Ziele. Deshalb will sie alle Errungenschaften, welche die Kurden in den letzten hundert Jahren seit Sykes-Picot erlangt haben, zunichtemachen. Sie führt deshalb gegenwärtig in Syrien einen Krieg und hat die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und die Volksverteidigungseinheiten (YPG), die von der internationalen Gemeinschaft als effektivste Kraft gegen den Islamischen Staat (IS) betrachtet werden, zu Terroristen und so zu Feinden erklärt. Im Inland haben sie aus eben diesem Grund nach zweieinhalb Jahren direkten Gesprächen mit den Kurden den Verhandlungstisch umgeworfen und so die Möglichkeit begraben, eine wirklich demokratische türkische Republik zu schaffen. Heute sind die Kurden, ebenso wie in der Vergangenheit die Armenier oder die Suryoye, der ernsthaften Gefahr eines Genozids ausgesetzt. Damit einher-

gehend ist die AKP für die Errichtung des Präsidialsystems in eine Referendumsphase eingetreten. Eigentlich handelt es sich nicht um ein klassisches Präsidialsystem, sondern eher um eine Präsidialdiktatur. Denn so gut wie alle Befugnisse sollen auf die Person des Staatspräsidenten konzentriert und die Gewaltenteilung aufgehoben werden. Allein elf von insgesamt fünfzehn Verfassungsrichtern sollen beispielsweise vom Staatspräsidenten ernannt werden. Somit wird die Unabhängigkeit der Justiz aufgehoben. Das Parlament wird praktisch außer Kraft gesetzt. Ein solches System wollen sie schaffen, gleichzeitig in der Gesellschaft die Ideologie der türkisch-islamischen Synthese etablieren.

Sie haben die türkisch-islamische Synthese erwähnt. Es findet also geradezu der Versuch eines Social Engineering statt. Fruchtet dieser Versuch? Wie hat sich die türkische Gesellschaft in jüngster Zeit verändert?

Ja, sie haben tatsächlich seit ihrer Machtübernahme Schritt für Schritt versucht, das strikt laizistische Selbstverständnis der türkischen Republik auszuhöhlen. Sie fingen beispielsweise mit der Aufhebung des Kopftuchverbots an, die Unterstützung der islamischen Kreise für sich zu gewinnen. Darauf aufbauend haben sie langsam, aber sicher begonnen, den Prozess der Islamisierung der Gesellschaft im Sinne eines politischen Islams voranzubringen. Das macht die AKP gefährlich. Allerdings, wenn wir uns die Frage stellen, ob der strikte Laizismus, wie bei der Gründung der Republik propagiert, richtig war, so müssen wir sagen, dass es in der Türkei nie einen wirklichen Laizismus gab. Vielmehr handelte es sich um einen, der die Kontrolle der Religion unter das Monopol des Staates gestellt hatte. Die Gesellschaft konnte ihre Religiosität nicht leben, wie sie wollte. Das gilt beispielsweise für die Aleviten, deren Gotteshäuser staatlicherseits offiziell nie als solche anerkannt worden sind. Das bedeutet, dass sie ihre Religion nie frei leben durften. Auch die wirklichen Muslime konnten ihre Religion nie frei im Sinne eines kulturellen Islams leben. Es herrschte stets die Rigidität eines politischen Islams. Es gibt auch islamische Kreise in der Türkei, die das kritisieren. Doch die AKP setzt auf einen politischen Islam, den sie auch in ihrer Außenpolitik in Bündnissen mit Ländern wie Saudi-Arabien oder Katar hegemonial zu gestalten versucht. Sie scheut auch keine Bündnisse mit radikalislamischen Gruppen wie dem IS und der Al-Nusra-Front. Und das macht ihre Politik besonders gefährlich. Deshalb ist ihr beabsichtigtes Präsidialsystem nicht bloß für die Türkei eine Gefahr, sondern für den gesamten Mittleren Osten und eigentlich auch für Europa und die gesamte Welt.

Nun sind im Zuge des Ausnahmezustands unzählige Menschen gefeuert worden. An ihrer statt wurden andere eingestellt. Ist das auch Teil dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung, auf die die AKP abzielt?

Selbstverständlich. Sie haben alle, die ihnen gegenüber oppositionell eingestellt sind, entweder zu Fethullah-Gülen-Anhängern oder PKKlern erklärt und sie so ohne rechtliche Grundlage aus den öffentlichen Stellen beseitigt. An ihrer statt werden der Haltung der AKP Nahestehende eingestellt. Auf diese Weise wird der Staat tiefgreifend umgestaltet. Mehr als 100 000 Menschen sind so aus dem staatlichen Bereich verdrängt worden. Auch wenn sie trotz ihrer oppositionellen Gesinnung nicht gegen Gesetze verstoßen haben. Einziger Grund für ihre Kündigung war, dass sie nicht die Geisteshaltung der AKP geteilt haben.

Am stärksten betroffen davon waren die Kurden. Sie waren in den staatlichen Strukturen ohnehin nur schwach vertreten. Doch auch dem letzten kurdischen Lehrer, Akademiker und anderen im öffentlichen Sektor Beschäftigten wurde derart gekündigt. Weshalb wurden beispielsweise unsere Bürgermeister abgesetzt, die Abgeordneten festgenommen? Den Kurden sollte die letzte demokratische Repräsentation innerhalb des Staates genommen werden. Sie müssen bedenken, dass die aus dem öffentlichen Sektor Gekündigten auch nicht mehr so einfach eine Stelle im privaten Sektor finden können. Die Kurden sollen also gezielt in die Armut getrieben werden. Hinzu kommt, dass auch das Eigentum dieser Menschen konfisziert wird. Das ist etwas völlig Neues. In keinem Militärputsch war es Teil der staatlichen Praxis, das Eigentum der Menschen zu beschlagnahmen. So etwas kennen wir in der Region vielleicht aus der Ära İttihat und Terakki, als das Eigentum der verfolgten Christen beschlagnahmt wurde. Es handelt sich um eine offen faschistische Praxis des Staates. Stellen Sie sich das vor, ein Lehrer, der sich vielleicht mühsam mit seinem Lohn eine Eigentumswohnung gekauft hatte, wird nun nicht nur entlassen, sondern es wird ihm auch seine Wohnung weggenommen.

Sie sind auch bereits auf das anstehende Referendum eingegangen. Wie wird die AKP nun bis zum Referendum vorgehen? Was wird uns bis dahin erwarten?

Aus den Äußerungen Erdoğans oder seiner Vertreter wird ersichtlich, dass sie auf dieselbe Strategie setzen werden wie zwischen den Wahlen vom 7. Juni und 1. November 2015. In jener Phase sind in geheimer Übereinkunft mit dem IS und anderen Islamisten in der Türkei die Bomben hochgegangen und die Gesellschaft wurde damit verunsichert. Ziel ist es, in

der Gesellschaft ein Gefühl zu erzeugen, durch das Erdoğan zum Einzigen gemacht wird, der das Land vor einer solchen Gefahr schützen kann. Nach dem 7. Juni sind beispielsweise in Pîrsûs (Suruç) und in Ankara Bomben explodiert, um die Menschen davon zu überzeugen, dass nur durch eine alleinige AKP-Herrschaft diese Art Anschläge zu einem Ende kommt. Das ist natürlich falsch, ein Mittel der psychologischen Kriegsführung. Die einzige realistische Haltung zu dieser Gefahr muss sein, dass ein Ende dieses Terrors nur mit einem Ende der AKP-Herrschaft einhergehen kann. Es zeigt sich, dass ein Ende des Terrors und ein wahrhafter Frieden nur auf diesem Weg erreicht werden können.

Und was muss die Opposition tun, um einem solchen Frieden den Weg zu ebnen?

Die Opposition gegen die Präsidialdiktatur umfasst eine große Bandbreite gesellschaftlicher Gruppen und Parteien. Es gibt beispielsweise islamische Parteien wie die Saadet-Partei, die ihr Unbehagen über das Präsidialsystem äußern. Auch nationalistische Kreise – wie Teile der MHP – erklären, dass sie dieses System als Gefährdung ihrer eigenen Ziele betrachten. Wir dürfen daher erwarten, dass die Nein-Kampagne beim Referendum in ein großes Bündnis all dieser Gruppen münden wird. Jeder wird versuchen, auf seine Zielgruppe einzuwirken, um so die geplante Verfassungsänderung zu unterbinden. Natürlich gibt es Befürworter der Verfassungsänderungen, die sich aus den Kreisen der AKP-Unterstützer und weiten Teilen nationalistischer Kreise zusammensetzen. Doch außer den Genannten stellen sich die liberalen, demokratische und sozialdemokratische Kreise, die Aleviten, die Kurden bis hin zu den liberalen Muslimen gegen das Vorhaben der AKP. Insbesondere unter diesen Gruppen kann sich während der Nein-Kampagne eine starke Dynamik entwickeln. Und so zeigen auch jüngste Umfragen, dass sich ein heftiger Widerstand gegen die Präsidialdiktatur entfalten wird.

Die AKP hat deshalb, wie bereits erwähnt, besondere Pläne entwickelt, um das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden. Sie werden auf verstärkten Terror setzen. Sie werden vermutlich im Rahmen des Ausnahmezustands die öffentlichen Aktivitäten des Nein-Lagers zu verhindern versuchen. Auch gezielte Anschläge gegen die Unterstützer der Nein-Kampagne sind nicht ausgeschlossen. Mit diesen Mitteln werden sie versuchen, die Ja-Stimmen beim Referendum zu mehren. Bis hin zu Wahlfälschungen liegt alles im Bereich des Möglichen. Denn das Referendum ist aus ihrer Sicht eine historische Gelegenheit, ihre Agenda vollständig durchzusetzen.

Zum Schluss möchte ich Sie noch fragen, welche Rolle die europäische Öffentlichkeit für die Unterstützung der Nein-Kampagne spielen kann?

Zunächst müssen die europäische Öffentlichkeit und die europäische Politik richtig analysieren, welche Folgen eine Verfassungsänderung im Sinne der AKP für die Gesellschaft der Türkei und auch für sie selbst haben wird. Ich glaube, an diesem Punkt herrscht noch eine gewisse Unklarheit. Allein dass Frau Merkel ähnlich wie nach den Wahlen vom 7. Juni dem türkischen Staatspräsidenten einen Besuch abstattet, birgt große Gefahren. Es mag sein, dass sie nicht so denkt wie Erdoğan und gegen eine Diktatur in der Türkei ist. Aber Erdoğan weiß diesen Besuch in seinem Sinne auszunutzen, indem er erklärt, dass die deutsche Kanzlerin »zu seinen Füßen kommt«. Dasselbe haben sie auch beim Besuch Theresa Mays, der neuen Premierministerin Großbritanniens, gemacht. An dem Punkt hat beispielsweise Putin sich anders verhalten. Und nun läuft Erdoğan ihm hinterher. Die europäische Politik hat leider keine ähnliche Haltung zeigen können. Sie haben auf Erdoğans Drohungen hin in der Flüchtlingsfrage zu große Zugeständnisse gemacht, und dadurch wurden die Karten des türkischen Staatspräsidenten im Umgang mit der demokratischen Opposition im eigenen Land gestärkt.

Wir setzen deshalb unsere Hoffnung auf die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland und Europa. Auch in Europa werden sich rund eine Million Menschen am Referendum beteiligen. Wir wünschen uns, dass die demokratische Öffentlichkeit die demokratischen Kreise bei ihrer Nein-Kampagne hier unterstützt. ♦

Ankara: Studierende werden von zivilen »Sicherheitskräften« angegriffen. Ihre Aktion richtet sich gegen die Einführung des Präsidialsystems: »Macht, was ihr wollt – Wir sagen Nein«. Foto: ANF

Ein Blick auf die wirtschaftliche Situation in der Türkei

Die Ökonomie als Opfer der politischen Krise

Ehmed Pelda, Wirtschaftswissenschaftler

Die Türkei steckt in jedem Bereich in einer ernsthaften Krise. Diese Krise hat unmittelbaren Einfluss auf die Wirtschaft. Deshalb hat nach Moody's und Standard & Poor's auch Fitch die Kreditwürdigkeit der Türkei auf die niedrigste Stufe herabgesetzt. Da dieser Staat mit allen Staaten, mit denen er gute wirtschaftliche Beziehungen pflegt, gleichzeitig eine politische Krise erlebt. Gleichzeitig hat sich im Innern die politische, kulturelle und gesellschaftliche Krise verschärft. Aufgrund unserer Thematik werden wir analysieren, was sich an der wirtschaftlichen Front ereignet.

»Heißes Geld« und Verbraucherkredite

Aufgrund der globalen Krise von 2008 hatten die USA in ihrem eigenen Interesse angefangen, mehr Dollarnoten zu produzieren und so einen Teil ihrer Schulden zu begleichen. Dies hatte zur Folge, dass die Zinsen in den USA niedrig blieben. Die Dollarbesitzer richteten ihren Fokus zwecks Geldverwertung, Zins- und Börsengeschäften auf neue Märkte. Dieses »heiße Geld« hätte in den Ländern, in denen es Einzug hielt, für Spekulation und Risiken gesorgt. Deshalb akzeptierten die entwickelten Volkswirtschaften wie Brasilien, China, Südafrika und Argentinien dieses Geld unter der Voraussetzung, dass es die realen Investitionen und die Steigerung der Beschäftigtenzahlen fördert. Ansonsten haben sie das Geld, das nur zum Erzielen von Zinsgewinnen investiert wird, mit hohen Steuern belegt und damit die Destabilisierung der realen Wirtschaft und der Märkte verhindert.

Wohingegen die Türkei die Tore für das »heiße Geld« vollkommen geöffnet hat, anstatt Steuern, Zinsen oder reale Investitionen als Hinderungsinstrumente einzusetzen. Solche Kredite gingen sowohl an den Staat als auch den privaten Sektor. Sollte einer von ihnen zur Schuldentilgung gedrängt werden, so haftet der Fiskus. Daher wurde der Zufluss fremden, heißen Geldes, insbesondere von Dollars, in die Türkei beschleunigt. Dieses Geld ist in die Märkte in Form von Verbraucherkrediten über die Banken direkt an die Bevölkerung geflossen. Mithin hatte der Produktionssektor davon keinen Nutzen.

Die Menschen, die relativ einfach an die Verbraucherkredite kamen, empfanden sich plötzlich als reich. Anstatt für langfristige Hypotheken haben sie ihr Einkommen für Essen, Trinken, Kleidung, Haus und Auto ausgegeben. Das sorgte für Auftrieb bei der Baubranche und dem Baugewerbe und hat in der Türkei auch gewisse Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings ist vor allem der Import gestiegen, da die aufgrund der Verbraucherkredite nachgefragte weiße Ware, die Autos und Elektronikprodukte fast alle eingeführt werden mussten. Im Gegensatz zu den importierten Produkten konnten lediglich Ersatzteile und landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert werden. Außerdem schickten die im Ausland Tätigen ihr Erspartes. Aber die ganzen Einnahmen deckten nicht die Ausgaben, also der Export deckte nicht die Importe. So entstand im Durchschnitt ein monatliches Außenhandelsdefizit von fast drei bis vier Milliarden Dollar. Insbesondere in der letzten Phase, als zum einen das Außenhandelsdefizit gewachsen war und zum anderen die USA die Zinsen erhöht haben, womit das Land wieder attraktiv geworden ist und damit Devisen ihre Richtung geändert und die Türkei verlassen haben. Die nach diesem Mechanismus verschuldeten Exporthändler, Banken und Verbraucher stehen auf der Risikoskala ganz oben. Die Insolvenzen bei den mittelständischen Firmengruppen, Banken und Betrieben mit Einnahmen in Türkischer Lira, aber Schulden in Devisen haben bereits begonnen.

EU-Beitrittsverhandlungen und Unterstützung aus den Fonds

Die erste Regierungsperiode der AKP unter Tayyip Erdoğan war geprägt von EU-Reformen und -Konformität. Das beeinflusste die Wirtschaft positiv. Gemäß den verhandelten Punkten der Vereinbarung musste die Türkei ihre Wirtschaft struk-

turell anpassen, sie hat dadurch Unterstützung aus den Fonds erhalten und Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital geschaffen. In diesem Zusammenhang konnten in einigen Branchen positive Entwicklungen beobachtet werden. Die gegenseitige Beeinflussung im produzierenden Gewerbe hatte eine Multiplikatorfunktion und das Wirtschaftswachstum wurde dadurch beschleunigt. Im landwirtschaftlichen Sektor beispielsweise wurde Produktionsvielfalt und eine Steigerung der Beschäftigtenzahl und des Exports erreicht. Die klassische Landwirtschaft wurde durch moderne Produktion und Methoden ersetzt, viele unberührte Gebiete wurden für die Landwirtschaft freigegeben. Der Tourismus ist jedes Jahr gewachsen, das Import- und Export-Volumen und die wirtschaftliche Kapazität ebenso.

Das hat aber nicht lange angehalten. Dass die AKP unter Tayyip Erdoğan sich wieder einer autoritären Politik zuwandte, sich im Innern nicht einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage annäherte, sich an den Kämpfen im Nahen Osten beteiligte, die Reformen beendete, das hat die Beziehungen zur EU belastet. Die Verhandlungen stockten. Neue Kapitel und Themen wurden nicht eröffnet. Das hat die politischen Spannungen verstärkt und ökonomisch zur Einschränkung der Zuflüsse aus den Fonds und der Reformarbeiten sowie in vielen Bereichen zu einer Kürzung und Beschränkung geführt.

Zunehmende politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Südkurdistan

Anstatt vielfältige Beziehungen aufzubauen, sich um Integration in die globale Wirtschaft zu bemühen, herrscht in der Mentalität der türkischen Gesellschaft und Politik immer eine Ost-West-Gegnerschaft vor. Wird eine Entscheidung in eine Richtung getroffen, muss das andere abgelehnt werden. Als sich die Türkei nach Osten wandte und sich nach einer Alternative zum Wirtschaftsraum der EU und der USA, dem West-Block, umschaute, fand sie Südkurdistan und die arabischen Staaten vor.

Aufgrund ihrer Verleugnung der Kurden verwendete sie zunächst die Bezeichnung Nordirak und dann Regionalverwaltung, um Geschäftsbeziehungen mit Südkurdistan anzubahnen. Von da an konnte man sich günstiges Erdöl und -gas besorgen. Außerdem sah man Kurdistan als einen Markt für die aufgrund ihrer niedrigen Qualität auf dem europäischen und dem russischen Markt nicht absetzbaren Waren. Im Ergebnis wurden die Beziehungen vertieft. Im Jahr beträgt das Handelsvolumen mittlerweile acht bis zehn Milliarden Dollar, zwischendurch waren es sogar zwölf Milliarden. Das hat die türkische Wirtschaft relativ beruhigt. Neben der Möglichkeit, günstig an Energie zu gelangen, einen einfachen und konkurrenzlosen Markt zu erreichen sowie umfangreiche Gelegenheiten für die Investition »heißen Geldes« zu finden, konnte man politisch und gesellschaftlich in den Markt eindringen, womit auch die Chance geboten wurde, im eigenen Interesse gegen die Kurden in den anderen Gebieten politisch aktiv zu werden. Die Intensivierung der Kämpfe im Nahen Osten und die Parteinahme für die Radikalislamisten, vor allem für den Islamischen Staat (IS), hat die wirtschaftlichen Interessen beeinträchtigt, da die Türkei damit gerechnet hatte, dass der IS und die anderen Gruppierungen in Şengal (Sindschar), auch in Südkurdistan und Rojava eindringen würden. Deshalb hätte die Türkei die Kurden nicht benötigt und damit in das ganze Gebiet eindringen können, somit ignorierte sie die Notrufe aus Südkurdistan. In Nordkurdistan hat sie sich zur Aufgabe gemacht, die kurdische Freiheitsbewegung zu attackieren und in Dolmabahçe wurde der Tisch der Friedensverhandlungen umgestoßen. In Cizîr (Cizre), Sûr, Nisêbîn (Nusaybin) und Hezex (İdil), in den grenznahen Gebieten, beging der Staat offen Massaker.

Das hat auch die Wirtschaft getroffen. Das Handelsvolumen mit Südkurdistan ist auf zwei bis drei Milliarden jährlich gesunken. Auf beiden Seiten haben sich die wirtschaftliche Krise und die politische Instabilität verstärkt.

Günstiges Öl vom IS und der Warenverkauf

Wie oben bereits erwähnt hatte die Türkei große Hoffnungen in den Aufstieg des IS und der anderen Radikalislamisten gesetzt. Parallel zur Entwicklung dieser Gruppen hat sie ihre Allianzen als auch ihre wirtschaftlichen Beziehungen geändert. Beispielsweise hat sie das Erdöl vom IS aus Mûsil (Mossul) gekauft. Als der noch die Herrschaft in Syrien hatte, wurde aus vielen Gebieten, vor allem über Al-Shaddadah, Öl an die Türkei verkauft. Pro Barrel vier Dollar, also zwischen 1/14 oder 1/15 des Weltmarktpreises.

Aus diesem Grund begann die Türkei, die Südkurden nicht mehr zu berücksichtigen. Die Gebiete der Radikalislamisten waren genauso ein Markt für sie. Trotz eines offiziellen Embargos gegen die Kurden in Rojava wurde der Handel über türkeinahe Kanäle fortgesetzt.

Darum waren türkische Waren in Mûsil, Ramadi, Falludscha, Al-Shaddadah, Hol, Heseke, Raqqa, Halep (Aleppo), Hezex und ähnlichen Gebieten zu finden. Die Höhe der Umsätze wird nicht veröffentlicht, weil es kein offizieller Handel ist. Dass er aber die türkische Wirtschaft belebt, ist unbestritten.

In Rojava haben vor allem Kurden und ihre Verbündeten ihre Einflussgebiete ausgeweitet, das hatte hier den Rückzug des IS zur Folge und damit verlor die Türkei diesen Markt. Zumindest ist er instabiler und unkontrollierbarer geworden. Im Endeffekt gibt es Einschränkungen sowohl beim billigen Erdöl als auch auf dem Markt. Damit erzielt die Türkei nicht mehr die erhofften Einnahmen aus diesem Bereich.

Einfluss arabischen Kapitals auf die Türkei

Eine der Absichten der Türkei war es gewesen, aus ihrer sunnitisch-islamischen Politik wirtschaftliches Kapital zu schlagen. Das »heiße Geld« der Araber, ihre große Bevölkerungszahl, ihre Konsumwünsche und Energiereserven haben den Appetit der Türkei geweckt. Bei der Privatisierung von Staatsbetrieben wurde arabisches Kapital gegenüber europäischem bevorzugt. Bei manchen privaten Firmen ist man besonders bemüht gewesen, arabische Teilhaber zu installieren. Bei Firmenverkäufen wurde der Verkauf an arabische Interessenten gefördert, ebenso bei Investitionen im Bau- und Immobilienwesen. Auch die touristischen Anlagen und Konsumgüter wurden entsprechend angepasst. Die gegenseitigen Besuche auf kultureller, religiöser, politischer und militärischer Ebene wurden ausgeweitet. Natürlich hat das die Wirtschaft positiv beeinflusst. In den Tourismus, das Baugewerbe und den Immobiliensektor in der Türkei floss bedeutendes arabisches Kapital. Nach manchen Behauptungen wurde sogar ein Teil der arabischen Dollars, die früher auf privaten Konten in der Schweiz und Großbritannien landeten, in die Türkei umgeleitet.

Allerdings hat der Krieg in Syrien und Irak den Handel mit der Türkei auf dem Landweg beeinträchtigt. Der Konsumgüterexport hat die anfänglichen Hoffnungen nicht erfüllt und ist auch begrenzt geblieben. Der eingeschränkte Handel über den Seeweg ist unzureichend.

Aufgrund der Haltung der Türkei in den letzten zwei Jahren im sunnitischen Block vertrauen ihr die Araber nicht mehr. Wegen ihrer Gegnerschaft zu den Kurden hat sie die mit den Arabern gegründeten Organisationen ohne Weiteres verlassen oder sie gegeneinander ausgespielt bzw. sie im eigenen Interesse ausgenutzt, sie hat sogar den gesamten sunnitischen Block für ihre Feindschaft gegen die Kurden einzuspannen versucht, dabei ist sie auch in großen Teilen erfolgreich gewesen und das hat den Prozess und die Beziehungen verhindert. Aktuell zeigen Saudi-Arabien, Qatar und Kuwait nicht mehr ihr altes Interesse.

Das fordert auch seinen Preis. Die Araber kommen nicht mehr wie früher in den großen Basar von Istanbul. Der Immobilienkauf hat sich auch reduziert. Die Reisen der arabischen Prinzen mit ihren Frauen, Familien und Bediensteten in die touristischen Gebiete der Türkei, wo sie komplette Hotels und ihre Zu- und Abgänge sperren ließen, finden mittlerweile nicht mehr statt. Für den Konsum von Luxusgütern bevorzugen sie Europa.

Somit hat die Türkei ihre Erwartungen zwar zurückgeschraubt, aber auch das vorhandene Potenzial verloren. Wenn die Situation anhält, dann wird die Türkei diesen Ländern möglicherweise gegenüberstehen und der komplette Markt wäre dann dort verloren.

Der russische Markt

Für die türkischen Wirtschaftsbeziehungen war Russland wertvoll. Von dort wurde Erdgas bezogen, es gab wichtige Wirtschaftsvereinbarungen. Schließlich kamen aus Russland jedes Jahr eine bedeutende Menge Touristen, die viel Geld im Land ließen. Gleichzeitig wurde ein wesentlicher Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Russland verkauft. Trotzdem hatte die Türkei gegenüber Russland immer ein Handelsdefizit, da Erdgas teuer war und viel verbraucht wurde. Die Türkei benutzt Erdgas nicht nur zum Heizen, sondern auch industriell.

Mit dem Abschuss des russischen Kampfflugzeuges durch die Türkei an der türkisch-syrischen Grenze wurden die Beziehungen für eine lange Weile abgebrochen. Russland un-



Leben am untersten Rande des Existenzminimums. Foto: ANF

terband jeden Verkehr in die Türkei und damit den gesamten Feier- und Koffer-Tourismus, der enorme Einnahmen beschert hatte. Das bedeutete Milliardenverluste. Russland stoppte den Kauf türkischer Agrarprodukte, um die Handelsaktivitäten türkischer Unternehmen in Russland zu beenden. Das Erdgas wurde als Druckmittel benutzt.

Auch wenn Erdoğan sich bei Putin entschuldigt hat und dies für die politischen Beziehungen vorteilhaft war – wirtschaftlich hat sich das noch nicht ausgewirkt. Russland importiert weiterhin keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Türkei mit der Begründung, es bestünden »alternative Vereinbarungen« . Das Tourismusgeschäft läuft nicht, weil keine Saison ist und wegen der Bombenexplosionen in den großen Städten.

Offensichtlich wird diese wirtschaftliche Front Opfer der politischen Probleme.

Aufschwung und Absturz der Binnenwirtschaft

Seit Jahren gibt der »TIT« der türkischen Wirtschaft ihre Form. Für die Kurden ist TIT ein angstbesetzter Begriff. Bekannt insbesondere aus den 1990er Jahren ist TIT die zum Staat gehörende Organisation »Türkische Rachebrigade« (Türk İntikam Tugayı). Sie hat in Kurdistan Zivilisten massakriert. Für den Rest der Türkei ist TIT aber bekannt als der Zusammenschluss der Branchen Tourismus, Bau und Textil (»Turizm, İnşaat ve Tekstil Sektörü«). Diese drei Branchen sind im Grunde der Motor der türkischen Wirtschaft. Neben der Tatsache, dass keine fortschrittlichen Technologien und Investitionen dafür benötigt werden, werden mit günstiger Arbeitskraft und geringen Ausgaben hohe Gewinne gewährleistet.

Die meisten Arbeiter in diesen Branchen sind Kurden. Sie haben keine unbefristeten oder langfristigen Verträge. Ihre Sozialbeiträge werden nicht eingezahlt. Ihre Verdienste liegen unter dem Mindestlohn. Sie arbeiten temporär. Sie werden nach den Wünschen der Betreiber der Betriebe eingestellt oder entlassen.

Zuletzt kamen die syrischen und arabischen Flüchtlinge hinzu. Die meisten von ihnen kommen nicht in Lagern unter und erhalten keinerlei staatliche Unterstützung. Deshalb sind sie gezwungen zu arbeiten. Sie nehmen daher an jedem Ort jede Art der Arbeit zu jedem Lohn an. Manchmal werden sie nach ihrer Arbeit nicht entlohnt, aber mit Tritten und Schlägen rausgeworfen. Zudem können sie keine juristischen Rechte geltend machen.

Außerdem hat der Bausektor in der Türkei eine Sättigung erreicht. Viele Firmen können ihre Bauobjekte nicht verkaufen. Es gibt mehr Häuser als Nachfrage. Oft werden Häuser gekauft, nicht um sie zu bewohnen oder zu mieten, vielmehr wird mit ihnen spekuliert. Allerdings können Familien, die wie oben erwähnt Verbraucherkredite in Hypotheken investiert haben, sie nicht bedienen. Da in naher Zukunft viele Raten nicht beglichen werden können, werden diese Immobilien beschlagnahmt oder gehen in die Insolvenz. Deshalb ist eine Hypothekenkrise wie in den USA nicht ausgeschlossen, sie könnte alles aus dem Gleichgewicht bringen.

In der Tourismusbranche herrscht eine ähnliche Situation. Zahlreiche Betriebe haben mit Förderung und Krediten Hotels und Ferienresidenzen gebaut. Da die Touristen ausbleiben, stecken sie in einer Krise. Die Kapazitäten sind um 60–70 % eingebrochen. Auch für das neue Jahr wecken die Reservierungszahlen keine Hoffnung.

Der Durchbruch von Indien und Bangladesch in der Textilbranche hat die Türkei im globalen Wettbewerb benachteiligt. Denn die Produktionskosten für Baumwolle und Stoffe sowie die Kosten für das Nähen sind in der Türkei mittlerweile sehr hoch und die Profitspanne ist dementsprechend gering. Wer es schafft, versucht den Betrieb zu übergeben, die Mitarbeiter zu entlassen, und sucht nach Alternativen.

Fazit

Wie oben dargestellt ist die Krise der türkischen Wirtschaft gleichzeitig eine politische. Die Krise in den Beziehungen zu den Kurden manövriert die Türkei in eine Sackgasse. Die Kurden zurückzudrängen liegt aktuell außerhalb der Grenzen ihrer Macht, weshalb sie andere Verbündete sucht sowie alternative Maßnahmen. Die Interessen der aktuell relevanten Mächte sind aber anders gelagert, darum akzeptieren sie die Türkei nicht wirklich. Sie erwarten im Gegenteil, dass der Staat seine Sturheit aufgibt. Wenn er das schafft und andere, nachhaltige Bündnisse schließt, wird sich eine Chance für die Stabilität im Nahen Osten und für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen in der Türkei entwickeln. Allerdings hat sie noch keine Entscheidung in diesem Sinne getroffen und solange sie mit der Entscheidung wartet, wird sich vor allem die wirtschaftliche sowie die gesellschaftliche, politische, kulturelle Erosion verstärken und die Krise wird weiter vertieft.

Im Endeffekt haben Standard & Poor‘s, Moody‘s und später Fitch die Kreditwürdigkeit der Türkei herabgesetzt und somit das Land zum Investitionsrisiko erklärt. Als Gründe wurden weniger ökonomische Faktoren genannt, vielmehr die erwähnten unzuverlässigen und unbeständigen politischen Mechanismen, die gesellschaftliche Spaltung und der beginnende wirtschaftliche Zusammenbruch. ♦

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion DITIB

Erdoğans Marionetten

Nick Brauns, Historiker und Journalist

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion DITIB mit ihren fast 1000 angeschlossenen Moscheevereinen ist die nach eigenen Angaben mitgliederstärkste Migrantenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Verband ist Gründungsmitglied des Koordinierungsrates der Muslime und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Aufgrund von Staatsverträgen oder anderen Abkommen nimmt der Verband in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Niedersachsen, Hamburg und Bremen direkten Einfluss auf den islamischen Religionsunterricht in vielen Grund- und Mittelschulen sowie die Lehrstühle für islamische Theologie. In verschiedenen Bundesländern ist DITIB Partner der Innenbehörden in Programmen gegen »Extremismus« und Salafismus.

DITIB-Vertreter dementieren eine direkte Verbindung ihres Verbandes zur türkischen Regierung, lediglich die Imame seien aus dem türkischen Staatsetat bezahlt, nicht aber Inhalte der Predigten vorgegeben. Dabei handelt es sich um eine bewusste Täuschung der deutschen Öffentlichkeit und Politik. Denn in Wahrheit ist DITIB eine 100-prozentige Tochter des Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet), das wiederum dem Amt des türkischen Ministerpräsidenten angegliedert ist. So gelangen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages aufgrund der Analyse der beim Amtsgericht Köln hinterlegten Satzung des Verbandes zu dem Fazit: »DITIB ist gemäß Satzung an das staatliche Präsidium für Religiöse Angelegenheiten der Türkei in Ankara (Diyanet) angebunden.« Diyanet »nimmt gegenüber der DITIB Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollbefugnisse wahr. So besteht der mächtige Beirat, der an Entscheidungen über alle grundlegenden Fragen des Verbandes beteiligt werden muss und zumeist die endgültige Entscheidungsbefugnis hat, ausschließlich aus Diyanet-Funktionären. Zudem haben Diyanet-Vertreter in den DITIB-Mitgliederversammlungen ein größeres Stimmengewicht als die Vertreter der 896 DITIB-Ortsgemeinden.«[1]

Staatskontrolle über die Religion

Um DITIB politisch einzuordnen, ist ein Blick auf Diyanet und die Religionspolitik in der türkischen Republik unerlässlich. Im Befreiungskrieg hatte der Führer der türkischen Nationalbewegung Mustafa Kemal noch auf die Mobilisierung religiöser Gefühle der anatolischen Landbevölkerung gegen die »ungläubigen« Griechen gesetzt. Doch kurz nach Gründung der türkischen Republik schaffte Staatsgründer Mustafa Kemal im Zuge der von ihm propagierten Modernisierung und Verwestlichung des Landes das Kalifat sowie das Amt des obersten islamischen Rechtsinterpreten Scheich ül-Islam ab, später folgte das Verbot der mächtigen islamischen Bruderschaften, von Scharia-Gerichten sowie religiöser Kleidung wie dem Fes. Die Religion erschien den meist aus der Armee stammenden kemalistischen Führern nun als Instrument der Konterrevolution gegen die von ihnen vorangetriebene Erziehungsdiktatur. Angesichts der Realität, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, die wiederum in ländlichen Gebieten lebte, aus überzeugten Muslimen bestand, setzten die Kemalisten auf die staatliche Kontrolle der Religion. Diesem Ziel diente das 1924 gegründete Diyanet Işleri Başkanlığı (Diyanet), das als oberster Islaminterpret des Landes an die Stelle des abgeschafften Scheich ül-Islam trat. Das direkt dem Amt des Ministerpräsidenten angegliederte Diyanet war zuständig für den Unterhalt der Moscheen, in die es seine als weisungsgebundene Staatsbeamte angestellten Prediger, Imame und Muezzine entsandte. Diyanet regelte die Ausrichtung von Korankursen und verfasste zentral die nun in türkischer statt arabischer Sprache verkündeten Freitagspredigten. Es gehört zu den Lebenslügen der Kemalisten, dass in der Türkei jemals echter Laizismus – also Trennung von Staat und Kirche – geherrscht habe. Vielmehr wurde der sunnitische Islam verstaatlicht, um die Kontrolle über die Gläubigen auszuüben. Nicht im Diyanet vertreten waren von Anfang an die wenigen in der Türkei verbliebenen Christen und Juden, aber auch die heute rund 20 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Aleviten.

1 http://www.deutschlandfunk.de/satzung-des-islamverbands-ditib-tuerkische-funktionaere.886.de.html?dram:article_id=375487

In der Frühphase der Republik sollte Diyanet als Instrument zur Umgestaltung der Gesellschaft die Ideologie der kemalistischen Reformen in die Moscheen der Dörfer tragen. Vorbeter propagierten so, dass das Ablegen des Schleiers bei Frauen keineswegs eine Sünde sei, während das Tragen eines Hutes zur religiösen Pflicht erklärt wurde. Dahinter stand die Hoffnung der fortschritts- und erziehungsgläubigen Kemalisten, mit Hilfe von Diyanet die Religion mehr und mehr zu verdrängen. Dies sollte sich in einer so tief von der islamischen Kultur geprägten Gesellschaft wie der türkischen als Illusion erweisen. Stattdessen bediente sich die auf die Einparteienherrschaft der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) in den 1950er Jahren folgende restaurative Regierung der Demokratischen Partei (DP) unter Ministerpräsident Adnan Menderes offen der Religion zur Sicherung einer konservativen Wählerschaft. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 leitete die herrschende Junta eine aktive Religionspolitik ein. Ziel war es, den ideologischen Einfluss der nunmehr blutig zerschlagenen sozialistischen Linken in der Gesellschaft zurückzudrängen. In den Schulen wurde islamischer Religionsunterricht eingeführt, im ganzen Land wurden neue Moscheen errichtet und der Staatsapparat wurde für Anhänger der religiösen Orden wie der Gülen-Bewegung geöffnet. Das Diyanet diente der aktiven Propagierung der nunmehr anstelle des säkularen Kemalismus zur neuen Staatsideologie ernannten türkisch-islamischen Synthese.

Diyanet unter der AKP

Die wachsende Bedeutung des Diyanet unter der seit 2002 regierenden AK-Partei spiegelt sich in der wachsenden Zahl der Religionsbeamten wider, die von rund 85 000 (darunter 60 600 Imame) im Jahr 2007 auf 100 000 im Jahr 2014 und 120 000 im Jahr 2016 anstieg. Dem Amt unterstehen etwa 85 000 Moscheen in der Türkei – Tendenz steigend. Mit dem konservativen Hardliner Mehmet Görmez aus Dîlok (türk. Gaziantep) an der Spitze bekam Diyanet den Status eines Staatssekretariats, dessen Jahresetat im Jahr 2016 bei rund zwei Milliarden Euro lag – das entsprach den Mitteln von neun türkischen Ministerien. Die von Diyanet vertretene Religionspolitik fügt sich in eine von der AKP-Regierung betriebene fundamentale De-Säkularisierung der türkischen Gesellschaft mit dem von Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärten Ziel, eine »religiöse Jugend« heranzuziehen. Die konservativ-reaktionäre Ausrichtung des Diyanet wird durch eine Reihe von Fatwas – religiösen Rechtsvorschriften – der letzten Jahre deutlich. So erließ Görmez, der die Anerkennung des Alevitentums als eigenständige Religion und der Cem-Häuser als Alternative zur Moschee als »rote Linie« bezeichnet, 2015 eine Fatwa, die Heiraten von Sunniten mit Aleviten untersagte, wenn sich letztere nicht als Muslime verstehen. Mit einer Fatwa im Jahr 2016 wollte Görmez Verlobten Händchenhalten in der Öffentlichkeit und unbeobachtetes Zusammensein verbieten.

Keine Berührungsängste zeigt die staatliche Religionsbehörde mit terroristischen Gruppierungen, die im Namen des Islam im benachbarten Syrien schwerste Kriegsverbrechen insbesondere gegen religiöse und ethnische Minderheiten wie Alawiten, christliche Assyrer und Armenier sowie Kurden begehen. So veröffentlichte die kurdische Tageszeitung Özgür Gündem ein ihr zugespieltes Schreiben des damaligen türkischen Innenministers Muammer Güler vom 15. März 2013 an den Gouverneur von Hatay und mutmaßlich weitere Gouverneure der an Syrien grenzenden Provinzen. Darin erteilte der Innenminister die Order, die aus verschiedenen Ländern stammenden Glaubenskrieger vor dem Grenzübertritt in Gästehäusern des Diyanet unterzubringen und ihnen Trainingsmöglichkeiten zu geben. Mit den als »Mudschaheddin« bezeichneten Glaubenskriegern waren die Anhänger der zu Al-Qaida gehörenden Al-Nusra-Front gemeint, derer sich die Türkei zum Kampf gegen die syrische Regierung sowie kurdischen Selbstverwaltungskantone im Norden Syriens bediente.[2]

Kontrolle über die »Auslandstürken«

DITIB ist ein Kind der Militärdiktatur nach dem Putsch vom 12. September 1980 in der Türkei. Um auch die Kontrolle auf die »Auslandstürken« in Deutschland auszudehnen und zugleich den Einfluss vom türkischen Staat unabhängiger radikal-islamistischer Strömungen zurückzudrängen, wurde die Union als Ableger des Diyanet Anfang der 1980er Jahre gegründet. Die erste DITIB-Moschee wurde 1982 in Berlin eröffnet, 1984 entstand die Zentrale des Dachverbands mit damals 230 Mitgliedsvereinen in Köln. Zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch die AKP in der Türkei im Jahr 2002 verfügte DITIB in Deutschland bereits über 770 Moscheevereine. Heute sind es rund 960. Vielfach handelt es sich zwar nur um sogenannte Hinterhofmoscheen, doch als einziger der Islamverbände kann DITIB so ein relativ flächendeckendes Netzwerk von muslimischen Gebetsstätten anbieten, das auch in kleineren Orten vertreten ist. Viele Muslime gehen schon mangels Alternative dort zum Freitagsgebet. Alle Imame von Diyanet in Deutschland sind Religionsbeamte von Diyanet, die eigens für diesen auf jeweils fünf Jahre angelegten Auslandsdienst ausgebildet wurden und aus dem Budget der Religionsbehörde finanziert werden. Auch die in Deutschland gelesenen Freitagspredigten werden zentral in Ankara verfasst. Entsprechend den Vorgaben aus dem Mutterland wird in den

2 http://www.hurriyetdailynews.com/chp-lawmakers-accuse-turkish-government-of-protecting-isil-and-al-nusra-militants.aspx?pageID=238&nID=67750&NewsCatID=338

DITIB-Moscheen heute ein konservativer türkisch-nationalistisch und neoosmanisch geprägter Islam vermittelt.

Bezeichnend für Probleme mit der Abgrenzung von radikalen Dschihadisten ist ein im Juli 2015 von der FAZ und Report München veröffentlichtes Bild eines DITIB-Funktionärs aus der Ruhrgebietsstadt Dinslaken gemeinsam mit einem jungen Mann, der nicht nur den Zeigefinger nach Art des sogenannten Islamischen Staates (IS) erhebt, sondern das Symbol der Terrororganisation auch auf seinem T-Shirt gedruckt hat. Aus Dinslaken hatten sich zuvor rund zwei Dutzend junger Männer dem IS in Syrien angeschlossen, darunter ein früherer DITIB-Aktivist. Es gäbe oft eine »stillschweigende Solidarität« der alten Herren in den Moscheevorständen mit den fehlgeleiteten wütenden jungen Männern, zitierte die FAZ einen Islamismusfachmann.[3] Angesichts der Unterstützung der terroristischen Glaubenskämpfer durch die Mutterorganisation Diyanet in der Türkei erscheint diese Haltung kaum verwunderlich.

Antisemitismus, Christenfeindschaft, Genozidleugnung

Während DITIB vom Bundesinnenministerium und verschiedenen Landesregierungen als Partner im Kampf gegen »Extremismus« hofiert wird, sind einzelne DITIB-Vereine durch das Propagieren unverhohlener Judenfeindschaft aufgefallen. So enthüllte das Magazin defacto des Hessischen Rundfunks, dass auf offiziellen Facebook-Seiten verschiedener DITIB-Gemeinden heftig gegen Juden gehetzt wird. In türkischer Sprache fanden sich Äußerungen wie »Der kannibalische Jude kotzt den Tod in Palästina« oder »Um die Barbarei der Juden zu beschreiben, werdet ihr nicht die richtigen Worte finden können«. Die Beiträge seien nicht von Einzelpersonen, sondern von den DITIB-Gemeinden selbst ins Netz gestellt worden, so defacto. Auch christenfeindliche Äußerungen finden sich auf den DITIB-Seiten in sozialen Netzwerken. So wurde dort gegen Weihnachts- und Silvesterfeiern der »Kuffar« (Ungläubigen) gehetzt. Bilder zeigten einen »Muslim«, der einen Weihnachtsmann verprügelt.[4] Dies entsprach der Linie von Diyanet. Die Behörde hatte in einer Freitagspredigt kurz vor Jahreswechsel Silvesterfeiern als »illegitimen Brauch einer fremden Kultur, die sich nicht mit den türkischen Werten vereinbaren lasse«, bezeichnet.[5]

Eine rege Tätigkeit entfaltete DITIB im Zusammenhang mit der Leugnung des Genozids an den Armeniern im Ersten Weltkrieg. Die nach Deutschland entsandten Imame erhalten diesbezüglich eine Sonderausbildung. Einen Tag, bevor der Bundestag im Juni 2016 endlich die unter Mitwirkung des verbündeten deutschen Kaiserreichs begangenen Verbrechen an den Armeniern klar als Völkermord benannte, gehörte DITIB gemeinsam mit AKP-Lobbyverbänden, faschistischen Grauen Wölfen, Rockern der Osmanen Germania und Salafisten zu den Teilnehmern einer nationalistischen Großkundgebung am Brandenburger Tor in Berlin. Insbesondere türkeistämmige Abgeordnete wurden in der Folge aus dem türkisch-islamistisch-nationalistischen Milieu heraus regelrecht bedroht, sollten sie für die Anerkennung des Genozids stimmen. Zwar distanziert sich DITIB von Mord- und Gewaltaufrufen. Doch aufgrund der Zustimmung des Bundestages zu der Armenierresolution wurden mehrere Abgeordnete sowie Bundestagspräsident Norbert Lammert von einem Iftar-Empfang in der zu DITIB gehörenden Şehitlik-Moschee in Berlin wieder ausgeladen. Die Şehitlik-Moschee – der Name bedeutet Märtyrer – ist benannt nach zwei dort beerdigten Politikern des jungtürkischen Komitees für Einheit und Fortschritt, die eine führende Rolle bei der Vernichtung der Armenier gespielt hatten und 1919 im Berliner Exil den Schüssen eines armenischen Rachekommandos zum Opfer fielen. Überhaupt sind auffällig viele DITIB-Moscheen nach Kriegsherren wie dem Eroberer von Konstantinopel Sultan Mehmet II. oder dem Aleviten-Schlächter Sultan Yavus benannt.

Ein nahezu symbiotisches Verhältnis geht die 2004 als AKP-Lobbyverband gegründete Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) mit DITIB ein. In vielen DITIB-Vereinen fand die UETD, die bis 2013 kaum über eigene Infrastruktur verfügte, Räume und Unterschlupf. Regelmäßig sind auf Einladung der UETD Politiker der türkischen Regierungspartei AKP in DITIB-Moscheen zu Gast. Die UETD organisiert anlässlich von Wahlen in der Türkei Busse zu den Wahllokalen in den Konsulaten, die vor den DITIB-Moscheen abfahren. Auch zu Kundgebungen etwa gegen die Armenierresolution des Bundestages mobilisierte die UETD.[6]

Moscheen als Horchposten

In den Abendstunden des 15. Juli 2016 putschten Teile der türkischen Armee gegen Staatschef Erdoğan. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte Erdoğan schon lange vorher von den Putschplänen Wind bekommen, so dass sich die Regierung auf die Abwehr des Staatsstreiches und die nachfolgenden massiven Säuberungen des Staatsapparates von Opponenten vorbe-

3 http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-und-report-muenchen-berichten-ueber-dschihadisten-in-dinslaken-13699018.html

4 http://www.ardmediathek.de/tv/defacto/Zweifelhafter-Partner-Ditib-Wie-unabh%C3%A4/hr-fernsehen/Video?bcastId=3437388&documentId=38911946; https://www.welt.de/regionales/hamburg/article160951722/Tuerkischer-Verband-soll-gegen-Christen-hetzen.html

5 http://www.deutschlandfunk.de/religionsbehoerde-diyanet-das-offizielle-gesicht-des.886.de.html?dram:article_id=376702

6 https://correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2017/01/05/die-uetd-erdogans-integrationsblocker/



Plakat der Studierenden aus Kurdistan YXK/JXK zu ihrer Veranstaltungsreihe »DITIB, Die Marionetten Erdogans? Foto: YXK

reiten konnte. Eine zentrale Rolle spielte in der Putschnacht das Religionsamt Diyanet, als die Muezzine der Moscheen die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Putschisten auf die Straße riefen. Auch in den folgenden Tagen versammelten sich AKP-Anhänger, darunter zahlreiche radikale Islamisten, zu sogenannten Demokratiewachen. Dabei kam es zu Angriffen des durch die Vorbeter aufgepeitschten Mobs auf alevitische Stadtviertel in Istanbul. Erdoğan und die AKP-Regierung beschuldigten umgehend die lange mit ihnen verbündete, aber seit Ende 2013 als Staatsfeind Nummer eins verfolgte Gülen-Bewegung, hinter dem Putsch zu stecken. Beweise dafür konnte die AKP bislang nicht vorlegen. Doch eine Verwicklung der Gülen-Anhänger gemeinsam mit anderen unzufriedenen Strömungen innerhalb der Streitkräfte ist wahrscheinlich. So nutzte Erdoğan das »Geschenk Gottes« – als das er den Putschversuch bezeichnete –, um sich gedeckt durch den Ausnahmezustand seiner Gegner in Staat und Gesellschaft durch Entlassungen, Massenfestnahmen und Verhaftungen zu entledigen. Auch in DITIB-Moscheen wurde in Freitagsgebeten gegen die Gülen-Anhänger agitiert. Jene, die seit 40 Jahren »Aufwiegelei, Aufruhr und Feindschaft« säten, hätten dem Volk »sehr großen Schaden« zugefügt und Verrat »gegenüber unserem Volk und der Religion der Wahrheit, Gerechtigkeit und Barmherzigkeit« begangen, heißt es in einer auf der DITIB-Website veröffentlichten Predigt vom 22. Juli 2016.[7] In einer Hagener DITIB-Moschee warnte ein Schild am Eingang, dass »Verräter beim Gebet unerwünscht« seien. »Gott möge euch lohnen«, fand der Imam einer Kasseler DITIB-Moschee lobende Worte für einen Angriff auf einen Gülen-nahen Verein. Schließlich enthüllte die liberale Tageszeitung Cumhuriyet in der Türkei unter der Überschrift »Diyanet ist wie MIT«, dass die Imame der Religionsbehörde aus 38 Ländern Spitzelberichte über vermeintliche Gülenisten nach Ankara geschickt hatten. Auch DITIB-Imame aus den Regionen Köln, Düsseldorf und München hatten sich an der Spitzelei beteiligt. In ihren Berichten finden sich auch die Namen deutscher Journalisten wie Sabine Christiansen sowie mehrerer Bundestagsabgeordneter. Anfangs bestritt DITIB-Sprecher Bekir Alboğa die Spionagevorwürfe gänzlich. Nach der Veröffentlichung der Spitzelberichte sprach er von einer »Panne«, die schriftliche Anweisung von Diyanet sei nicht an die DITIB-Imame gerichtet gewesen, doch einige

7 http://www.ditib.de/detail_predigt1.php?id=304&lang=de

Imame hätten ihr fälschlicherweise Folge geleistet.[8] Die Generalbundesanwaltschaft hat mittlerweile Ermittlungen wegen Spionage eingeleitet, doch die beschuldigten Imame wurden von der türkischen Religionsbehörde rechtzeitig in die Heimat zurückbeordert.

Dass DITIB-Moscheen dem türkischen Geheimdienst MIT zuarbeiten, ist keineswegs eine neue Erkenntnis. Bereits 1994 hatte das Magazin Focus darüber berichtet. »Horchposten sind hier die zirka 700 staatlichen Moscheen in Deutschland. Nach FOCUS-Recherchen sind die über die Konsulate bezahlten Imame als geistliche Oberhäupter verpflichtet, alle vier Monate einen detaillierten Bericht über das Innenleben der türkischen Gemeinden zu schreiben. Bei ›Angelegenheiten der Inneren Sicherheit‹, so schreibt es die Operation mit dem Decknamen ›Wohlstand‹ vor, ist das jeweilige Konsulat umgehend zu verständigen.«[9] Weiter heißt es in dem Artikel über die DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld: »Die Moschee in der Venloer Straße in Köln gilt als Zentrale des MIT in der Bundespublik. Rund 30 Agentenführer gehen hier in der ersten Etage ihrer verborgenen Arbeit nach.«[10]

Erdoğans Arm in deutschen Klassenzimmern

Jahrelang verschlossen Bundes- und Landesregierungen ihre Augen vor der engen Anbindung von DITIB an Ankara oder sie sahen diese Nähe zur türkischen Regierung als Garant für einen in den deutschen Moscheen gepredigten gemäßigten Islam an. Nicht zuletzt dürfte das große Stimmenpotential türkeistämmiger Bürger bei Wahlen für nahezu alle Parteien ein Grund für eine enge Kooperation mit dem größten Islamverband einschließlich finanzieller Förderung aus öffentlichen Mitteln gewesen sein.

In Hamburg und Bremen geben Staatsverträge DITIB so Einfluss auf den islamischen Schulunterricht, auch in anderen Bundesländern reicht der lange Arm der türkischen Regierung über DITIB bis in die Klassenzimmer deutscher Schulen. Doch seit dem gescheiterten Putsch in der Türkei und der zunehmenden Errichtung einer faschistischen Diktatur nimmt die Kritik an dem regierungsnahen Islamverband auch in Deutschland zu. In Niedersachsen wurde ein bereits unterschriftsreifer Islamvertrag auf Druck der oppositionellen CDU inzwischen auf 2018 verschoben. In Nordrhein-Westfahlen stockt die Zusammenarbeit mit DITIB seit September 2015, nach der Verbreitung eines vom Religionsamt Diyanet herausgegebenen Comic-Heftes für Kinder, in dem der Märtyrer-Tod verherrlicht wurde. Eigentlich war geplant, DITIB im Rahmen des Präventionsprogramms »Wegweiser« des dortigen Verfassungsschutzes in ein gemeinsames Vorgehen gegen Salafismus einzubinden. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat nun ein unabhängiges religionswissenschaftliches Gutachten zur »Staatsferne« des Verbandes in Auftrag gegeben. In Rheinland-Pfalz hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer im September 2016 die Gespräche mit DITIB über einen Rahmenvertrag zum islamischen Religionsunterricht nach Hamburger Vorbild ausgesetzt. Ein Gutachten soll auch hier die Rolle von DITIB klären. Das Bundesinnenministerium will den Dialog mit dem Islamverband trotz der laufenden Spionageermittlungen indessen fortsetzen.

Auf seiner Website behauptet DITIB, über 70 Prozent der Muslime in Deutschland zu vertreten.[11] Das ist ganz offensichtlich eine Anmaßung. Denn von den laut einer Schätzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 4,4 bis 4,7 Millionen Muslimen in Deutschland sind nur 2 640 000 Anhänger der sunnitischen Glaubensrichtung und von diesen wiederum längst nicht alle türkeistämmig. DITIB ist zwar der mit Abstand größte unter den Islamverbänden, doch nur etwa 20 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime sind überhaupt in einer dieser Vereinigungen organisiert. Zum Zeitpunkt der Gründung des Islamrates im Jahr 2007 gehörten DITIB rund 140 000 Mitglieder an. Aktuelle Zahlen zur DITIB-Mitgliedschaft liegen nicht vor. Doch selbst bei einem deutlichen Anstieg der Mitgliedszahl innerhalb der letzten zehn Jahre vertritt DITIB weiterhin nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden Muslime.[12]

Die inzwischen erhobene Forderung einiger Politiker wie des Grünen-Chefs Cem Özdemir, DITIB müsse sich von Ankara unabhängig machen, erscheinen angesichts der strukturellen und finanziellen Anbindung des Verbandes an die türkische Regierung illusorisch. Angesichts der tatsächlichen Rolle von DITIB bei der Bespitzelung und Einschüchterung türkeistämmiger Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, der über den Verband verbreiteten Hetze gegen Andersdenkende und Minderheiten und einer offenen Flanke zum Dschihadismus erweist sich der Islamverband als ein Hindernis bei der Integration. Von daher wäre es dringend erforderlich, dem Verband alle Privilegien und Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu streichen, bestehende Staatsverträge aufzukünden und die türkischen Religionsbeamten als Agenten Erdoğans auszuweisen. Dies wäre auch im Interesse vieler Muslime in Deutschland, die so aus der Umklammerung Ankaras befreit würden. ♦

---

8 http://www.rp-online.de/politik/deutschland/ditib-imame-sollen-lehrer-in-nrw-bespitzelt-haben-aid-1.6555494

9 http://www.focus.de/politik/deutschland/tuerkischer-geheimdienst-erpresser-im-freundesland_aid_145832.html

10 Mittlerweile soll die MIT-Zentrale für Deutschland an einem anderen Ort in einer anderen Stadt sein.

11 http://www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de

12 http://www.berliner-zeitung.de/das-bundesinnenministerium-begruesst-bildung-eines-muslimrats--experten-sehen-ihn-eher-kritisch-bedenken-gegen-kooperation-islamischer-verbaende-15896306

Demokratische Föderation Nordsyrien nimmt Gestalt an

Lösung für Syrien auf dem Weg: Demokratische Föderation

Ercan Ayboga

Als am 17. März 2016 die »Demokratische Föderation Rojava – Nordsyrien« von insgesamt 151 Delegierten aus verschiedenen nördlichen Gebieten des Staates Syrien – inklusive Rojava – ausgerufen wurde, waren die regionalen und internationalen staatlichen Reaktionen fast ausnahmslos negativ. Auch die meisten syrischen Oppositionsgruppen lehnten sie ab oder hielten sich mit positiven Äußerungen zurück. Trotzdem wichen die Delegierten und die hinter ihnen stehenden Organisationen und Bevölkerungsteile nicht von ihrem Vorhaben ab und nahmen den lange vorbereiteten Gesellschaftsvertrag an. Über die in »Demokratische Föderation Nordsyrien« umbenannte neue Struktur sprachen wir mit der Ko-Vorsitzenden der Föderation Hediye Yûsif.

Wir wollten zunächst wissen, warum dieses Projekt angegangen wurde, obwohl es seit Anfang 2014 die drei funktionierenden Demokratisch-Autonomen Administrationen (DAA) Kobanê, Afrîn und Cizîrê gibt. Sie holte etwas aus und schilderte kurz die Entwicklung in Rojava *[kurd. für »Westen«, = Westkurdistan]* und Nordsyrien. Diese begann mit der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) und dem von ihr aufgebauten Volksrat Westkurdistans (MGRK) und seinen Unterstrukturen, wozu vor allem die Kommunen und Volksräte gehören. Die radikaldemokratische Struktur unternahm die ersten Schritte zur Selbstorganisierung der Gesellschaft und mit der Befreiung von Rojava im Sommer 2012 trat sie die Revolution los. Um noch größere Teile der Gesellschaft einzubinden, wurden die DAAs unter Einbeziehung der allermeisten Teile der Gesellschaft (ethnisch-religiöse sowie politische Organisationen) errichtet. Das war eine äußerst große Herausforderung, weil es in dieser Welt kaum etwas Vergleichbares gab, nämlich den Aufbau einer politischen Struktur mit einer solchen Vielfalt, die einerseits eine Absage an den Nationalstaat ist, andererseits die Existenz radikaldemokratischer Kommunen und Volksräte in den Dörfern, Straßen und Stadtteilen – aufgebaut von TEV-DEM – einbindet. Trotz der langsam immer besser werdenden Arbeit der DAAs waren sie mit der Zeit nicht ausreichend, um ihre Aktivitäten untereinander gut abzustimmen. So schaffte es die Koordination der drei Kantone auch nicht, auf anstehende Fragen ausreichend schnell zu reagieren und insbesondere die ökonomischen und sozialen Probleme auch adäquat zu lösen. Das zweite große Problem war es, sich als eine demokratische Perspektive für den andauernden Konflikt in Syrien zu präsentieren. Nach zwei Jahren DAA hatten immer noch zu wenige Teile der syrischen Gesellschaft die Idee der »demokratischen Autonomie«, wie sie von den DAAs formuliert wurde, aufgenommen.

Aber der Fakt, dass die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) 2015 und 2016 etliche weitere Gebiete in und insbesondere außerhalb von Rojava befreiten, führte zu einer wichtigen veränderten Situation: Immer mehr NichtkurdInnen, insbesondere AraberInnen, lebten in den befreiten Gebieten, und sie änderten aufgrund der positiven politischen Annäherungsweise der QSD und der politischen Kantonalstrukturen ihre Haltung zur Revolution in Rojava und den KurdInnen. Das wirkte sich bis weit in die vom terroristischen Islamischen Staat (IS) beherrschten Gebiete hinein aus. Beispielsweise fordern viele tausend AraberInnen aus Raqqa seit Monaten die QSD auf, ihre Stadt zu befreien. Oder befreite Menschen in manchen Dörfern sagen bei ihrem Zusammentreffen mit den QSD-Kräften, dass sie viel zu lange gewartet hätten.

Hediye Yûsif führt aus: »All diese Entwicklungen nährten die Basis für die Gründung des Syrisch-Demokratischen Rates (MSD) im Dezember 2015, an dem auch viele politische Kräfte von außerhalb des weitgehend befreiten Nordsyriens teilnahmen. Der MSD formulierte in seiner Gründungsversammlung das Modell eines dezentralen, demokratischen, säkularen und multikulturellen Syriens, das für den ganzen Staat vorgeschlagen wird. Das war für die demokratisch-revolutionären Kräfte in Rojava/Nordsyrien ein weiterer wichtiger Schritt in dieser ganzen Entwicklung. Die Ausgrenzung der DAAs von

den internationalen Versammlungen zur Lösung der Krise in Syrien, die allerdings alle fehlschlugen, beschleunigte in diesen Monaten all unseren politischen Bemühungen.«

Im Anschluss an die Gründung des MSD untersuchten eine Reihe politischer AktivistInnen die weltweit bestehenden verschiedenen Modelle von Föderation, Autonomie und anderen dezentralen politischen Strukturen. Gleichzeitig wurden politische VertreterInnen aus allen Regionen Nordsyriens, einschließlich Rojava, mehrmals zusammengerufen und die Idee eines zusammenhängenden politischen Gebildes als Teil eines demokratischen Syriens wurde erst an- und dann weiterdiskutiert. Dabei waren auch VertreterInnen aus Minbic (Manbidsch) und der Şehba-Region, die noch vom IS bzw. anderen Kräften besetzt waren. Es wurden natürlich die grundsätzliche Idee diskutiert, in einem zweiten Schritt die Prinzipien und dann Weiteres und ein Fahrplan.



Hediye Yûsif, Ko-Vorsitzende der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Foto: E. Munzur

Just in dieser Phase – einen Monat vor der Ausrufung – gab es Meldungen, dass die Kantone aufgehoben und durch ein ganz neues politisches dezentrales System ersetzt werden sollten. Das stellte sich als voreilig heraus, die Kantone blieben. Das macht auch Sinn, weil sie sich gerade erst zu etablieren beginnen und in ihrer Größe als bisher eher positiv herausgestellt haben.

Schließlich versammelten sich am 16. März 2016 insgesamt 151 Delegierte, um den historischen Schritt zu unternehmen, und riefen am 17. März die »Demokratische Föderation Rojava – Nordsyrien« aus. Eine Koordination von 31 Personen und die beiden Ko-Vorsitzenden Ilham Ahmed, bekannte TEV-DEM-Politikerin, und Mensur Selim, arabisch-stämmiger Mann aus Cizîrê, wurden gewählt. Die Erklärung der föderalen Struktur orientierte sich grundsätzlich am Gesellschaftsvertrag der drei DAAs. Mit der Ablehnung des Nationalstaates wurden die Stellung der Frau, die vielfältige kulturelle Struktur, die ArbeiterInnen als die wahren SchafferInnen der Produkte, das Selbstverständnis als Teil eines demokratischen Syriens und schließlich der starke Wille zu einer demokratisch-friedlichen Lösung für den Krieg in Syrien betont.

Dass die syrische Regierung und die regionalen und internationalen Staaten nicht auf Anhieb positiv reagierten, war nicht verwunderlich. »Wichtiger war es für uns, dass die Menschen in Syrien diesen Vorschlag von uns für Syrien positiv befinden. Denn das ist für uns von strategischem Interesse. Wenn wir nun ein knappes Jahr zurückblicken, war es so, dass die überwältigende Mehrheit der AraberInnen die Ausrufung der Föderation Rojava – Nordsyrien als einen Schritt zur Teilung Syriens empfand oder sich sehr zurückhielt. Heute sind wir jedoch an einem ganz anderen Punkt, was auch am Prozess der Vorbereitung des Gesellschaftsvertrages liegt«, sagt Hediye Yûsif sehr selbstbewusst. Überhaupt ist sie so begeistert und beeindruckend, als sie spricht.

Auf der Gründungsversammlung im März 2016 wurden drei grundsätzliche Beschlüsse gefasst. Das Projekt soll der Gesellschaft Nordsyriens und ganz Syriens vorgestellt und diskutiert werden. Auf internationaler Ebene soll dafür auch Unterstützung gesucht werden. Zuletzt soll der Gesellschaftsvertrag mit größtmöglicher Unterstützung innerhalb von sechs Monaten vorbereitet werden. Für diese Ziele wurden vier verschiedene Komitees gegründet. Die Diplomatie war insofern wichtig, als innerhalb und außerhalb umfassende Überzeugungsarbeit geleistet werden musste. Hediye Yûsif beschreibt ausdrucksvoll, wie intensiv sie diesen Prozess geführt haben. Sie hätten sich Tag für Tag und Nacht für Nacht getroffen und einen Entwurf vorbereitet. Innerhalb eines Monats hätten der Kommission zur Vorbereitung des Gesellschaftsvertrags die jeweiligen Entwürfe bzw. Vorschläge schriftlich eingebracht werden sollen. Alle kulturellen Gruppen und ihre politischen Organisationen in der Gesellschaft – nicht nur die die Föderation direkt unterstützenden Organisationen –, auch Einzelpersonen bis auf den Kurdischen Nationalrat in Syrien (ENKS) – ein Block von sieben kurdischen Parteien, welche die DAAs ablehnen –, hätten sich daran beteiligt. Sogar von Menschen aus Rojava/

Syrien im Ausland habe es Vorschläge gegeben. »Von April bis einschließlich Juli arbeiteten wir als zuständige Kommission in Dêrik (Al-Malikiya) fast pausenlos, indem wir alle Vorschläge zusammenbrachten. Der Vorschlag von TEV-DEM erwies sich dabei als der weitsichtigste«, so Hediye Yûsif. Das verwundert nicht, da TEV-DEM die DAAs als Idee angestoßen hatte und nun bei der Föderationsidee auch sehr aktiv dabei ist.

In einem zweiten Schritt diskutierte die Koordination der Föderationsinitiave den Entwurf abschließend und stellte ihn dann Ende Juli 2016 der Öffentlichkeit vor. Nun sollte jede Organisation den Entwurf mit der eigenen Basis diskutieren und mit Verbesserungsvorschlägen zurückkommen. Wir als TEV-DEM taten das mit hunderten Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen und Dörfern. Diese Versammlungen waren nicht nur Formsache, denn viele Menschen überraschten die TEV-DEM mit weiteren weiter gedachten Vorschlägen, die aufgenommen wurden. Weiterhin konnten Individuen wie Intellektuelle, AkademikerInnen, KünstlerInnen usw. ihre Vorschläge bis September 2016 schriftlich einreichen, damit sie in Betracht gezogen werden konnten.

Der dritte Schritt bestand aus der Vorbereitung des zweiten Entwurfs, basierend auf den mit der Bevölkerung und Öffentlichkeit geführten Diskussionen. Dieser Entwurf hat selbst viele AraberInnen überrascht. Denn viele von ihnen – besonders diejenigen, die unter dem Einfluss reaktionärer Organisationen standen – hatten noch 2015 und teilweise 2016 angenommen, dass die KurdInnen für die Unterdrückung und Enteignung ihrer Agrarflächen vor mehreren Jahrzehnten durch das Baath-Regime Rache nehmen, sie assimilieren oder einen kurdischen Staat gründen würden. »Unsere Last war von Anfang an sehr groß. Aber ich bin der Überzeugung, dass wir einiges geschafft haben«, betont Hediye Yûsif.

Der zweite Entwurf war dann so weit fertig, dass vom 27. bis 29. November 2016 die zweite Versammlung des Rates der Föderationsinitiative stattfinden konnte. Durch die langen Diskussionen und die gesellschaftliche Beteiligung kam es zu keiner großen Konfrontation. Nur die Streichung des Wortes »Rojava« und die Hinzufügung der Bezeichnung »demokratisch« führten nun zum neuen Namen »Demokratische Föderation Nordsyrien« (DFN). Einige kurdische Parteien stellten sich gegen die Streichung von Rojava aus der Bezeichnung für die neue politische Struktur, worüber es viele Diskussionen gab. Schließlich überzeugten TEV-DEM und die NichtkurdInnen mit dem Argument, dass das Territorium der DFN mehr als Rojava umfasse und dort viele Kulturen lebten – die KurdInnen nicht die Mehrheit stellten – und es schließlich als Modell für ganz Syrien gelten solle. Die Suryani (AramäerInnen/AssyrerInnen) bezeichnen den Kanton als Cizîre Gozarto bzw. Beth-Narin. Außerdem beinhaltet das Konzept der »demokratischen Nation« (die zusammen mit dem demokratischen Konföderalismus den ideologischen Rahmen bildet), dass Bezeichnungen für Territorien möglichst keinen ethnisch-religiösen Bezug haben sollen. Zwar kann über den Namen »Nordsyrien« auch kritisch diskutiert werden (es bezieht sich auf einen Staatsnamen), aber es ist immerhin der gemeinsame Nenner. Dann wurde in einem historischen Schritt der zweite Entwurf des Gesellschaftsvertrages von allen 165 Delegierten angenommen. Die 14 hinzugekommenen Delegierten kamen vor allem aus Minbic, das im August 2016 nach langem Kampf von den QSD befreit worden war.

Hediye Yûsif beschreibt weiter die Entwicklung: Anfang Januar 2017 kam die Koordination zusammen, gab dem Gesellschaftsvertrag den endgültigen Schliff und wählte sich zwei Ko-Vorsitzende, eine Kurdin (Foze Al Yusîv) und einen Suryoyo (Senherip Bersim). Mit diesem Schritt seien auch die mehrheitlich christlichen Suryoye repräsentativ besser in das ganze Projekt eingebunden. Außerdem beschloss die Koordination ein politisches Dokument, das Vorschläge für die Lösung des Konflikts in Syrien beinhaltet. Damit sollen die innerhalb Syriens und international laufenden Diskussionen im demokratischen Sinne beeinflusst werden.

Sie hat Recht, denn die reaktionären Kräfte diskutieren nicht wirklich eine Demokratisierung Syriens, wenn sie sich in Genf oder Astana treffen. Vielmehr sind sie an einer Neuaufteilung der Macht in Syrien interessiert. Sie verschweigen das Demokratieprojekt, verachten es, bekämpfen es direkt oder versuchen es für die eigenen Interessen auszunutzen. Insofern ist das politische Dokument ein weitsichtiger Schritt.

Dann kommen wir im Gespräch mit Hediye Yûsif auf die neuesten diplomatischen Bemühungen zurück. Nach elf Monaten der DFN und ersten weitgehend negativen Reaktionen habe sich die Lage im positiven Sinne geändert, so Yûsif. Das ist zweifellos auf den bisher erfolgreichen Werdegang als auch die zunehmende Unterstützung durch die Bevölkerung zurückzuführen. FeindInnen oder SkeptikerInnen der Revolution und des von ihr entwickelten Demokratieprojekts schauen genau auf die politische, gesellschaftliche und militärische Stärke und nicht darauf, wer im Recht ist. Ein Projekt, das von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird, tritt selbstsicher auf, was an Hediye Yûsif in jeder Minute immer wieder zu sehen ist.

Viele internationale Kräfte – damit sind wohl die westlichen Staaten gemeint – verträten die Meinung, dass eine demokratisch-föderale Struktur eine machbare Lösung sei, aber zu schnell angegangen werde. Das liege zum einen daran, dass sie selbst keinen Lösungsvorschlag haben, der das Land befrieden und demokratisieren kann, und zum anderen an ihrer Arro-

ganz, dass sie die wahren Vertreter der »Demokratie und Moderne« seien, was auch an ihrer kolonialistischen Vergangenheit liege. Schließlich habe das britische Außenministerium das Föderationsprojekt als eine von mehreren Optionen für die Lösung des syrischen Konflikts bezeichnen müssen. Viele Europäische PolitikerInnen aus diversen Ländern und Parteien sowie dutzende Europaparlamentsabgeordnete hätten ebenfalls die DFN begrüßt. Interessant ist zum Beispiel auch die Reaktion der Arabischen Union, welche die Föderation als diskutabel für Syrien bezeichnet habe.



Hauswand in Qamişlo. Foto: E. Munzur

Das alles hört sich positiv an, wobei der Weg zu einer wirklichen Anerkennung noch sehr lang und voller Gefahren ist. Der IS ist noch nicht besiegt und vor allem die türkische Regierung verhält sich äußerst feindselig gegenüber Rojava und Nordsyrien. Dass in einem solchen Moment die russische Regierung Mitte Januar 2017 – also vor den Astana-Gesprächen zu Syrien – einen Vorschlag für eine neue syrische Verfassung veröffentlicht, ist überraschend gewesen, zeigt aber, dass Russland die Initiative für eine Lösung im syrischen Konflikt ergreifen will. Wir wollen wissen, was die DFN, insbesondere TEV-DEM, darüber denkt. Hediye Yûsif betrachtet es als einen positiven, aber unzureichenden Schritt. Positiv, weil das »Arabisch« aus dem Staatsnamen gestrichen werden soll, außerdem neben dem Arabischen regional auch andere Sprachen offiziell anerkannt werden sollen. Dass die Kommunalverwaltungen gestärkt werden und die KurdInnen kulturelle Rechte erhalten sollen, würde sich unter normalen Umständen positiv anhören. Aber in Nordsyrien gebe es eine viel weiter gehende Realität, der der Entwurf nicht gerecht werde. Es gehe um die Dezentralisierung und Demokratisierung des Staates insgesamt und Autonomie für eine bestimmte Region, wo mehrere Kulturen zusammenleben. Yûsif fügt hinzu, dass trotz dieser Unzulänglichkeiten immerhin eine Diskussion angeregt worden sei.

Zuletzt gehen wir in diesem Interview auf die neue politische Struktur in Nordsyrien ein. Zunächst ist festzuhalten, dass die Kantone erhalten werden sollen. Ob Minbic der vierte Kanton wird, ist noch nicht ausdiskutiert. Das Wichtigste an der Demokratischen Föderation Nordsyrien ist, dass die von TEV-DEM ab 2011 aufgebauten radikaldemokratischen Strukturen nun offiziell eingebunden werden sollen. Das war nämlich bei den DAAs nicht der Fall und es wurde lange diskutiert, wie es gelingen sollte. Demnach sind ganz unten an der Basis die Kommunen (komîn), deren Zahl in Nordsyrien fast täglich zunimmt. Dann kommen die Demokratischen Volksräte (meclisa gel a demokratîk) auf den nächsten drei Ebenen, von denen die Regionsebene (genannt: herêmî, der Name Kanton fällt) die höchste bildet. Zuletzt haben wir den Demokratischen Volkskongress von Nordsyrien. Auf all diesen Ebenen werden die Gremien die wichtige Eigenschaft (demokrasi hevkirî) haben, dass 60 % ihrer Mitglieder durch Wahlen und 40 % durch Organisationen besetzt werden sollen. Bei den Organisationen handelt es sich unter anderem um soziale Bewegungen (Frauen, Jugend, Studierende etc.), Kooperativen, Berufsorganisationen, Menschenrechtsorganisationen, religiöse Gruppen. Diese Regelung war besonders für die kleineren ethnischen und religiösen Gruppen wie die ChristInnen sehr wichtig. Zweifellos gibt es für alle obersten Positionen den geschlechtergeregelten Ko-Vorsitz und die 40%-Geschlechterquote.

Zu diesen fünf Ebenen organisieren sich die AktivistInnen in mehr als zehn Gesellschaftsbereichen (desta) separiert; z. B. wären dies die Bereiche Frauen, Jugend, Wirtschaft.

Auf die Frage, wann das alles denn umgesetzt werden soll, höre ich, dass gerade an Gesetzen und Regelungen zu diesem Zweck gearbeitet werde und noch kein konkreter Zeitpunkt genannt werden könne. Wir hoffen, dass dies sehr bald sein wird. Denn eine erfolgreiche Umsetzung wird die in Rojava begonnene Revolution auf benachbarte Gebiete und eventuell ganz Syrien und andere Gebiete des Mittleren Ostens ausbreiten und schließlich die Menschheit um eine ganz besondere Erfahrung reicher werden lassen. ♦

Zum Verhältnis von Recht und Moral:

Die Dialektik der Frauengesetze in Rojava

Andrea Benario

Das Erringen und die Umsetzung von Frauenrechten war und ist ein wesentliches Anliegen feministischer und progressiver Kämpfe in Europa. Während erkämpfte Rechte wie beispielsweise das Wahlrecht, Bildungsrecht, Scheidungsrecht oder Gewaltschutzgesetze einerseits dazu führten, dass Frauen an Selbstbewusstsein und Handlungsmöglichkeiten hinzugewannen, stellte sich andererseits bei vielen der Trugschluss ein, Frauen seien de facto »frei« und »gleich«. Jedoch zeigt uns die alltägliche Realität von Frauen in Europa, dass die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht ausreicht, patriarchale Strukturen zu überwinden, geschweige denn patriarchale Gewalt zu beenden. Vielmehr besteht das Spannungsfeld zwischen gesellschaftlich erkämpften, aber staatlich niedergeschriebenen Gesetzen einerseits und gesellschaftlicher Moral und Ethik andererseits weiter fort. Die patriarchale, liberalistisch-kapitalistische Ordnung wurde durch die formale Anerkennung demokratischer Grundrechte von Frauen nicht erschüttert. Vielmehr konnten sexistische und rassistische Ausbeutung, Konkurrenz, Egoismus und Besitzdenken weiterhin gefördert werden, da es nicht gelang, die progressiven rechtlichen Normen in einer freiheitlichen, solidarischen Ethik zu verankern, die auf kollektiven moralischen Werten wie Empathie und gesellschaftlicher Verantwortung beruht.

Die Revolution und der Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava wird immer wieder als eine »Frauenrevolution« bezeichnet. Was macht eine Frauenrevolution aus? Was bedeutet sie im Alltag? Wie fühlt sie sich an? Was hat sich im sozialen Leben, in den Familien, in den Rollenzuschreibungen in den letzten sechs Jahren in Rojava verändert? Welche Schwierigkeiten und Hindernisse gibt es? Was wurde erkämpft, und was müssen wir uns noch erkämpfen?

Die aktuellen Debatten rund um die »Frauengesetze« in Rojava und Entwicklungen, die in diesem Kontext angestoßen wurden, können meiner Meinung nach einige Eindrücke vermitteln, um Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Definition gemeinsamer Prinzipien und Ausarbeitung eines Gesellschaftsvertrages waren wichtige Schritte für den Aufbau der Demokratischen Autonomie in Rojava und der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Jedoch bestand von Anfang an ein Bewusstsein dafür, dass der Aufbau einer demokratischen, ökologischen Gesellschaft auf der Grundlage der Frauenbefreiung nur dann gelingen kann, wenn diese Kriterien auch in der gesellschaftlichen Moral und Ethik verankert werden. Derzeit sind an vielen Orten in Rojava – sei es auf politischen Versammlungen oder auf Konferenzen des Frauenkongresses Kongreya Star, sei es in den Kommunen, in den Familien, auf den Straßen oder beim Teetrinken in der Nachbarschaft – die sogenannten »Frauengesetze« ein immer wieder heiß diskutiertes Thema.

Wie entstanden die »Frauengesetze«?

Mit der Gründung des Gesetzgebenden Rates der Demokratischen Autonomie im Kanton Cizîrê bildete sich am 21.01.2014 zugleich ein Frauenausschuss mit der Zielsetzung, eine offizielle Vertretung der Frauen und ihrer gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen, politischen und rechtlichen Interessen zu sein. In diesem Sinne fand eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit mit Kongreya Star und anderen Frauenorganisationen, mit Frauen aus den Kommunen, aus verschiedenen religiösen und nationalen Gemeinschaften statt. Im Dialog und in Zusammenarbeit konnten sie in den letzten zwei Jahren – trotz der schwierigen Umstände von Krieg, Embargo und knappen finanziellen Mitteln – eine Reihe an Projekten initiieren und realisieren, die Veränderungen im Leben von Frauen in Rojava bewirkten. Die Vorsitzende des Frauenausschusses Emîne Omer beschreibt den Anfang ihrer Arbeiten mit den Worten: »Zu Anfang waren wir nur wenige Frauen, die bereit waren, die Last der Verantwortung auf sich zu nehmen. Wir hatten noch nicht einmal eigene Räume, aber wir haben uns mit großer Freude an die Arbeit gemacht. Um

die Gewalt gegen Frauen zu stoppen, haben wir als erstes Frauenzentren, ›Malên Jinê‹[1], aufgebaut.«

Von der Feststellung ausgehend, dass Männerherrschaft, patriarchale Gesellschaftsstrukturen, patriarchale Gesetze und Regeln die Ursache für viele Probleme von Frauen sind und die Entwicklung von Frauen behindern, hielt es der Frauenausschuss für notwendig, Gesetze zu erlassen, die Frauen und ihre Rechte in der Demokratischen Autonomie stärken. In einem Diskussionsprozess mit Frauenorganisationen, mittels Frauenversammlungen in den Kommunen und verschiedenen Religionsgemeinschaften wurde ein Entwurf über »die grundlegenden Prinzipien und allgemeinen Anordnungen bezüglich der Situation und Rechte von Frauen« erarbeitet. Dieser Entwurf wurde am 1. November 2014 durch den Gesetzgebenden Rat der Demokratischen Autonomie angenommen. In der Einleitung heißt es: »Da die Sicherung der Freiheit und der Rechte von Frauen ein grundlegendes Ziel der Demokratischen Autonomie ist, müssen alle Angelegenheiten von Frauen gelöst und gesichert werden, so dass sich Frauen auf allen Ebenen weiterentwickeln, ein schönes Leben verwirklichen, sich und ihre legitimen Rechte gegen jegliche Form von Unterdrückung und Gewalt verteidigen können. Deshalb haben wir für den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und freien Gesellschaft eine Reihe von grundlegenden Prinzipien und allgemeinen Anordnungen in Bezug auf Frauen erlassen, die ihre Gleichberechtigung mit Männern im privaten und öffentlichen Leben sicherstellen sollen.«

Prinzipien

Unter den 30 grundlegenden Prinzipien befinden sich u. a.: umfassende politische Rechte wie das Prinzip des Co-Vorsitzes auf allen Ebenen, das Recht auf autonome Frauenorganisierung, die Berücksichtigung des Willens von Frauen bei Entscheidungen und Gesetzgebungen, die Frauen betreffen. Das Recht auf gleiche Chancen und gleichen Lohn in der Lohnarbeit wurde festgeschrieben. Jegliche Form von Sexismus und Gewalt gegen Frauen wurde verboten und »es ist die Pflicht aller, gegen herrschende und rückschrittliche Einstellungen anzukämpfen«. Hierzu gehört auch das Verbot von Formen sexistischer Gewalt, die jahrhundertelang durch islamisches Gewohnheitsrecht legitimiert wurden, wie beispielsweise das Verheiraten von minderjährigen Frauen/Mädchen, gegen den Willen von Frauen arrangierte Ehen, polygame Ehen von Männern, das einseitige Scheidungsrecht der Männer, die Ungleichbehandlung von Frauen bei der Verteilung des Familienerbes oder bei Zeugenaussagen vor Gericht. Täter von sogenannten »Ehrenmorden« bekommen keine »straferleichternden Umstände« mehr zuerkannt – wie es im syrischen Strafrecht der Fall ist –, sondern werden als Schuldige entsprechend der normalen Gesetzgebung für Morde bestraft. »Brautgeld« wird abgeschafft, da es bedeutet, Frauen zur Ware zu machen. Bei Gerichtsverfahren, die die privaten Rechte von Frauen und das Familienrecht betreffen, muss eine Vertreterin von Fraueneinrichtungen in beratender Funktion anwesend sein.

Bekanntmachung und Umsetzung

Seit dem Erlass der Frauengesetze führten Frauen aus allen Einrichtungen und von Kongreya Star Kampagnen für deren Bekanntmachung und Akzeptanz durch. Sara Xelîl von Kongreya Star erzählt: »Zuerst haben wir uns mit den Frauen getroffen und in traditionellen kurdischen Kleidern gekleidet in den Städten Flugblätter mit den Texten der Frauengesetze verteilt. Danach haben wir in allen Stadtvierteln und Dörfern Versammlungen mit der Bevölkerung organisiert, auf denen wir über die Gesetze diskutiert haben. Zu Anfang war die Reaktion der Männer sehr ablehnend, aber so langsam akzeptieren sie die Gesetze.« Mittlerweile sind die Inhalte der Frauengesetze ein fester Bestandteil der Bildungsprogramme an den Schulen und in vielen Akademien für Volksbildung geworden.

Desweiteren wurde für die Verwirklichung der Prinzipien der Frauengesetze ein Netz von lokalen Frauenorganisationen aufgebaut. So gibt es beispielsweise mittlerweile flächendeckend in allen Städten der drei Kantone Rojavas Malên Jinê und sozialpsychologische Frauenberatungsstellen, um Frauen, die körperliche, seelische und sexistische Gewalt erfahren haben, sowie um ihre Kinder zu schützen und zu unterstützen. Diese Einrichtungen richten sich auch an Frauen, die von Gewalt im Namen der »Ehre« bedroht sind. Ergänzend hierzu wurden Frauenschutzhäuser und eine Notrufnummer bei der Asayişa Jin[2] eingerichtet, die 24 Stunden durchgehend besetzt ist.

Mit der Gründung von Frauenkooperativen wurde zur Verbesserung der ökonomischen Situation von Frauen und ihrer Eigenständigkeit beigetragen. Durch kollektive Arbeit von Frauen gelang es, die Isolation von Frauen zuhause, ihre Abhängigkeit von (Ehe-)Männern und das Monopol der Männer über die Wirtschaft in der feudalen Gesellschaft von Rojava aufzubrechen. Emîne Omer berichtet: »Vor zwei Jahren fingen wir mit dem Aufbau von Kindergärten an. Heute besucht eine große Zahl von Kindern, deren Mütter arbeiten, unsere Kindergärten in Amûdê, Qamişlo und Hesekê. Da es viele Kin-

1 Malên Jinê (Mehrzahl) – Mala Jinê (Einzahl), wörtliche Übersetzung: Frauenhäuser, von der Funktion her sind Malên Jinê Frauenberatungs- und Solidaritätszentren für rechtliche und soziale Probleme von Frauen.

2 Asayişa Jin, wörtliche Übersetzung: Frauensicherheit. Eine Art Frauenpolizei, die als autonome Frauenstruktur in den allgemeinen Asayiş (Sicherheitskräften) organisiert ist.

der mit Behinderungen gibt, haben wir den Nachfragen von Müttern entsprechend ein Zentrum für Kinder mit besonderen Bedürfnissen eröffnet. In Rimêlan haben wir ein Haus für elternlose Kinder errichtet. Hier können Waisenkinder und Kinder, die Gewalt erfahren haben, gemeinsam aufwachsen.«

Durch diesen institutionellen Aufbau wurden Rahmenbedingen geschaffen, die es alleinlebenden Müttern ermöglichen, für sich und ihre Kinder zu sorgen. Bislang war allein die Vorstellung kaum möglich, Frauen könnten nach einer Scheidung oder nach dem Tod ihres Ehemanns eigenständig leben. Viele dieser Frauen waren zuvor entweder gezwungen, in die Familie ihrer Eltern zurückzukehren, oder aber erneut zu heiraten, wobei ihre Kinder dann zumeist an die Schwiegereltern übergeben wurden. Denn nicht die Mutter der Kinder sondern der Vater und seine Familie hatten das Recht, über die Kinder zu bestimmen. Auch diesbezüglich wurde in den Frauengesetzen ein neues Prinzip eingeführt. Unter Punkt 25 heißt es: »Wenn es zur Scheidung kommt, hat die Mutter für ihre Kinder bis zum Alter von 15 Jahren das Erziehungsrecht unabhängig davon, ob sie erneut heiratet oder nicht. Kinder über 15 Jahren können selbst bestimmen, ob sie bei der Mutter oder beim Vater leben wollen. Mutter und Vater tragen die Verantwortung für die Unterbringung und Versorgung der Kinder.«

Probleme und Widersprüche – Allein die Frauengesetze reichen nicht aus!

Trotz allem gibt es Probleme bei der Umsetzung und Durchsetzung der Frauengesetze. Hierzu sagt Welîda Botî, Vorstandsmitglied von Kongreya Star im Kanton Cizîrê: »Als Frauen und Fraueneinrichtungen haben wir es immer noch nicht geschafft, Frauenmorde in jeglicher Weise zu verhindern. Die Ursache für Frauenmorde und -selbstmorde ist die herrschende Mentalität, die wir immer noch nicht vollständig beseitigt haben.« Manchmal wird die Umsetzung von Beschlüssen, die von Mala Jinê in Fällen von Verstößen gegen die Frauengesetze gefällt wurden, durch die Kommunen blockiert. Oder die Frauengesetze werden untergraben, indem durch die Frauengesetze verbotene Formen von Eheschließungen[3] in Südkurdistan oder über die syrischen Behörden in Damaskus vollzogen oder nur informell durch einen Imam abgesegnet werden.

Zwar gibt es aufgrund von Sanktionen rückläufige Zahlen bei Verheiratungen von unter 18-jährigen Frauen und polygamen Eheschließungen, jedoch beschreibt Ilham Umer, Vorstandsmitglied der Frauenzentren Malên Jinê im Kanton Cizîrê, diese beiden Formen von Frauenrechtsverletzungen als Hauptproblemfelder: »Im Jahr 2016 hatten die meisten Fälle, die zu Mala Jinê kamen, mit polygamen Eheschließungen und Verheiratungen von Minderjährigen zu tun. Obwohl die Frauengesetze bereits 2014 beschlossen wurden, gab es wieder Probleme in dieser Hinsicht. Deshalb haben wir erneut eine Aufklärungskampagne zur besseren Bekanntmachung der Frauengesetze gestartet. Bei Problemen versuchen wir, so gut es geht, Lösungen im gegenseitigen Einverständnis beider Parteien zu erreichen. Wenn jedoch keine Lösung möglich ist, geben wir die Fälle an Dada Jinê[4] weiter. In Fällen von unmittelbarer physischer Gewalt oder Morddrohungen wird auch die Asayişa Jin eingeschaltet. Unsere Arbeit ist gesellschaftlich und beruht auf Verständigung, wenn wir die Fälle jedoch an die Gerichte weitergeben, dann werden sie zu gesetzlichen Angelegenheiten. Im Durchschnitt hat jedes Mala Jinê monatlich mit 50 Problemfällen zu tun, wovon wir ca. 20 auf der Ebene von gegenseitiger Verständigung lösen können.«

Necah Emin von der Organisation zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen SARA bestätigt: »Unter den Frauengesetzen sind das Gesetz, das das Verheiraten von minderjährigen Mädchen/Frauen verbietet, und das Gesetz gegen polygame Ehen die umstrittensten. Es gibt immer wieder Fälle, in denen diese Gesetze untergraben und umgangen werden. Einige behaupten, diese Rechtsprechung entspreche nicht der gesellschaftlichen Realität oder sie sei ›zu früh‹ eingeführt worden. Hauptsächlich Männer stellen sich dagegen, aber es gibt auch Frauen. Sie argumentieren, das Gesetz würde Prostitution befördern, da eine Frau nicht in der Lage sei, die sexuellen Bedürfnisse eines Mannes zu befriedigen. Des Weiteren behaupten sie, dass durch Krieg und Migration ein Überschuss an Frauen bestünde und deshalb Mehrfachheirat für Männer erlaubt werden müsse, damit alle Frauen unter der Obhut eines Mannes leben könnten.«

Anfänglich wurden die Mitarbeiterinnen von Frauenzentren wie Mala Jinê oder SARA häufig belächelt oder gar bedroht. Jedoch haben sie sich mit ihrem unermüdlichen Engagement und ihrem Lösungsvermögen zunehmende Achtung erkämpft. Ältere und junge Frauen arbeiten hier gemeinsam, tauschen Lebenserfahrungen und Wissen aus. Insbesondere ältere Frauen werden als positive Autoritäten geachtet und ernst genommen, da sie sich darum bemühen, eine gerechte Lösung zu finden und zu vermitteln. Kurdische und arabische Frauen kommen hierher, um ihr Recht auf Erbanteile oder Unterhaltszahlun-

---

3 Heyirandin (Eine Tradition, der zufolge der Cousin väterlicherseits erklärt, dass er seine Cousine väterlicherseits heiraten will. In diesem Fall darf die Cousine keinen anderen Mann heiraten. In manchen Fällen bleibt es allein bei der Willensbekundung, worauf die Frau bis zum Lebensende unverheiratet bleiben muss.) und Berdêlî (Zwei Familien vereinbaren die Heirat von jeweils einer Tochter und einem Sohn der einen Familie mit einem Sohn und einer Tochter der anderen Familie. Die Kinder haben kein Mitspracherecht. Kommt es später bei einem Paar zur Scheidung, ist auch das andere Paar gezwungen, sich scheiden zu lassen.) sowie die Heirat zur Beilegung von Blutfehden sind laut Punkt 16 der Frauengesetze verbotene Formen der Eheschließung.

4 Dada Jinê, wörtliche Übersetzung: Frauengerechtigkeit, d. h. die Frauenkommissionen an den Gerichten

gen des Vaters durchzusetzen oder um Auswege aus Gewalt und Not zu finden. Heute sind Malên Jinê zu Einrichtungen geworden, an die sich manchmal auch Männer wenden, um Rat zu suchen, wenn sie selbst unfähig sind, Familienprobleme zu lösen.

Auch Xeliya von der Dada Jinê aus Dêrîk erzählt von den Schwierigkeiten, die sie beim Aufbau des alternativen Rechtssystems nach der Verdrängung des Baath-Regimes 2012 meistern mussten, und ihren fortbestehenden Widersprüchen: »Als wir mit dieser Arbeit begonnen haben, waren wir selbst sehr schwach. Ich war bis dahin selbst kaum von zuhause rausgekommen und dann war ich auf einmal mit sehr schweren Problemen von Frauen und sämtlichen Problemen der Gesellschaft konfrontiert. Manchmal wusste ich selbst nicht mehr, was ich tun soll, und mir sind aus Verzweiflung darüber die Tränen gekommen. Wir haben mit den Frauen, die tiefe Schmerzen erlebt haben, gemeinsam geweint. Aber langsam gewannen wir an Erfahrung hinzu. Anfangs hörten wir zumeist auf das, was unsere männlichen Kollegen sagten, weil wir es so gelernt hatten. Aber dann kamen wir mit den anderen fünf Frauen, die damals in dieser Arbeit waren, immer häufiger zusammen. Zuerst weinten wir gemeinsam, aber dann begannen wir immer öfter, uns auszutauschen und über Lösungen zu diskutieren. Unsere Diskussionen unter Frauen, unsere ständigen Selbstreflektionen und Hinterfragungen waren Kraftquelle dafür, den richtigen Lösungsweg zu finden. Indem wir uns fragten ›was bedeutet Frauengerechtigkeit?‹ gewannen wir auch das Selbstbewusstsein, unseren männlichen Kollegen zu widersprechen und unsere eigene Meinung zu vertreten. Wir erarbeiteten uns unsere eigenen Grundlagen. Aufgrund unserer Sozialisation haben wir unterschiedliche Zugänge zu gesellschaftlichen Problemen, nehmen das gleiche Ereignis auf unterschiedliche Weise wahr und kommen zu anderen Schlussfolgerungen.«

Gerade an dem heiß diskutierten Thema, dem Verbot der polygamen Ehe, erlebte Xelîya die Diskrepanz zwischen allgemeingültigen Frauenrechten und einer spezifischen Situation: »Allein die Frauengesetze reichen nicht aus, die Mentalität und die Moral der Gesellschaft müssen sich ändern. Vor der Revolution war es gang und gäbe, dass Männer sich aus wirtschaftlichen Gründen mehrere Frauen ›holten‹. Das war für Frauen zumeist eine ganz schlimme Situation, sie wurden benutzt und gegeneinander ausgespielt. Doch jetzt drängen manche Männer ihre Ehefrauen zur Scheidung, um eine neue Frau heiraten zu können. Das wird von der Ex-Frau häufig als noch viel erniedrigender wahrgenommen. Letztens musste ich einen Fall behandeln, der mich sehr zum Nachdenken brachte: Zwei Frauen hatten sich mit einem Mann darauf verständigt, in einer polygamen Ehe zu leben. Laut der Regelungen der Frauengesetze muss die Ehe mit der zuletzt angeheirateten Frau als nicht zulässig geschieden werden. Doch keine der beiden Frauen wollte diese Scheidung. Ich musste mit ansehen, wie sie vor Unglück weinten. Auch der Mann war sehr traurig. Da fragte ich mich, welches Recht habe ich, diese Menschen unglücklich zu machen? Mein Mitgefühl für die Frauen sagte mir ›lass sie doch so leben, wenn sie das so wollen‹, aber das Gesetz, das durch den Willen und zum Schutz von Frauen beschlossen wurde, sagt etwas anderes.«



Female fighters from the Syrian Democratic Forces (SDF) speak to civilians who could flee Daesh-occupied areas in north of Raqqa after SDF alliance launched an operation to liberate Raqqa, November 7, 2016

Diskussionen, Aufklärung und Bildungsarbeit

Im Dezember 2016 fand zu den Problemen bei der Umsetzung der Frauengesetze eine breite Diskussionsplattform mit Mitgliedern der unterschiedlichen Arbeitsbereiche von Kongreya Star, des Frauenausschusses und der Dada Jinê aus den Kantonen Cizîrê und Kobanê statt. Fragestellungen waren, ob die andauernden Verstöße gegen die Prinzipien der Frauengesetze auf unzureichendem Wissen oder aber auf mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung basieren. Des Weiteren wurde darüber diskutiert, ob aus Sicht der Frauenbewegung eine Überarbeitung der Gesetze notwendig sei. Abgesehen von einigen kleinen Ergänzungs- und Änderungsvorschlägen, betonten vielmehr viele Frauen die Wichtigkeit, die in den Gesetzen festgehaltenen Prinzipien zu verteidigen, da sie vielen Frauen

Mut und Kraft gegeben haben, den Kampf gegen sexistische Gewalt und Diskriminierung in der Öffentlichkeit und im Privatleben aufzunehmen. Jedoch wurde zugleich angemerkt, dass die eigentliche gesellschaftliche Veränderung und Befreiung nicht durch Gesetze, sondern nur durch Frauenorganisierung und die Erarbeitung eines kollektiven Verständnisses von Gerechtigkeit und sexistischem Unrecht erfolgen kann. Auf diesem Weg sind die Frauengesetze ein Mittel, Widersprüche aufzudecken und Prinzipien des Zusammenlebens neu zu definieren und zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund wurde auch über die Einführung der Frauengesetze in Gebieten wie Girê Sipî, Holê oder Minbic mit überwiegend arabischer Bevölkerung diskutiert. Während die kurdische Frauenbewegung in den Kantonen Efrîn, Kobanê und Cizîrê durch ihre langjährige Bildungs- und Organisierungsarbeit insgesamt eine generelle Zustimmung in der Bevölkerung erfährt, gab es in den Gebieten, die erst im Laufe der letzten zwei Jahre durch Einheiten der YPG/YPJ und QSD von der Schreckensherrschaft des IS befreit wurden, bislang kaum Aktivitäten der kurdischen Frauenbewegung. Dies nutzten einige dazu, die Behauptung aufzustellen, die Frauengesetze würden die arabische Gesellschaft überfordern oder abschrecken. Da sich die örtlichen Volks- und Frauenräte in den neu befreiten Gebieten für den Beitritt zur Demokratischen Autonomie bzw. zur Demokratischen Föderation Nordsyrien ausgesprochen haben und es dementsprechend in grundlegenden Fragen gemeinsame Prinzipien geben muss, stellt sich hier vielmehr die Frage, ob einige Kreise diese Situation als einen Vorwand nutzen wollen, die Frauengesetze insgesamt infrage zu stellen. Deshalb beschlossen die Teilnehmerinnen der Diskussionsplattform, in allen Kommunen verstärkte Aufklärungs- und Bildungsarbeit durchzuführen. In den neu befreiten Gebieten sollen die Gesetze nach dieser Phase verbindlich geltend gemacht werden. Insgesamt gibt es mit der zunehmenden Vermittlung der Inhalte der Frauenrechte eine sehr positive Resonanz in der arabischen Bevölkerung. Viele arabische Frauen fühlen sich durch die Errungenschaften und die Stärke der kurdische Frauenbewegung ermutigt. Hîba, eine junge arabische Frau, erzählt: »Mir hat es imponiert, wie sich die kurdischen Frauen den öffentlichen Raum erobert und in allen Bereichen die Verantwortung übernommen haben. Das wollte ich auch tun, deshalb arbeite ich nun bei der Asayişa Jin.«

In Diskussionen mit Frauen aus den christlichen Communities höre ich immer wieder: »Wir haben keine Probleme mit den Frauengesetzen. Polygamie oder Zwangsheirat gibt es bei uns nicht. Männer und Frauen sind bei uns gleichberechtigt.« Als ich sie jedoch nach ihrer Meinung zum Scheidungsrecht[5] frage, lauten die Reaktionen: »Nein, Scheidung gibt es bei uns nicht. Das ist Sünde! Das Gesetz kann für die MuslimInnen gut sein, aber bei uns geht das nicht. Die Ehe ist heilig.« Einige Tage nach unserem Treffen mit Frauen aus den christlichen Communities erhielt eine Kommunemitarbeiterin von Kongreya Star die Nachricht, dass einer syrianischen Frau durch ihren Ehemann der Kopf eingeschlagen worden sei und Hilfe für sich und ihre Kinder brauche ...

Ohne konkrete Zahlen zu wissen, ist häufig davon die Rede, dass es in der kurdischen Gesellschaft seit Beginn der Revolution in Rojava einen Anstieg von Scheidungen gegeben habe. Hierfür kann es eine Reihe von Gründen geben, die mit den Bedingungen von Krieg, gesellschaftlicher Umwälzung, neuen rechtlichen und sozialen Möglichkeiten zusammenhängen. Daneben ist eine Ursache, dass Frauen an Selbstbewusstsein hinzugewonnen haben und heute nicht mehr akzeptieren, unterdrückt oder bei Entscheidungen ausgeschlossen zu werden. Der Geschlechterkampf findet nicht nur in der politischen Arbeit und im öffentlichen Raum statt, sondern auch in den Familien. Das ist ein Ausdruck des wachsenden Bewusstseins und der Kraft von Frauen, die sie im Zuge der kontinuierlichen Kämpfe und der autonomen Organisierung der Frauenfreiheitsbewegung in Kurdistan entwickelt haben.

Aron, ein Internationalist aus dem Iran, gibt zu: »Von Teheran aus gesehen dachte ich immer, die kurdische Bewegung würde das Thema der Frauenbefreiung taktisch benutzen, um mehr Frauen zu mobilisieren. Aber hier in Rojava habe ich erlebt und gespürt, dass es wirklich um eine ganz fundamentale Frage geht. Die Frauenbefreiung ist der Kern der Revolution. Die Frauen meinen es ernst!«

Nachspann: Gerüchteküche

Immer wieder kursieren neue Gerüchte bezüglich der Frauengesetze. So fragte mich eine Frau vor einigen Tagen: »Mein Partner behauptet, dass die Frauengesetze derzeit neu diskutiert werden und dass das Verbot der polygamen Ehen wieder aufgehoben werden soll. Stimmt das?« Ich antwortete ihr: »Nein, von einer solchen Diskussion habe ich nichts gehört. Im Gegenteil, unter den Mitarbeiterinnen von Kongreya Star wird derzeit darüber diskutiert, wie die Gesetze auch in den neu befreiten Gebieten der Föderation Nordsyrien besser bekannt gemacht und umgesetzt werden können.« Da lachte sie auf und antwortete mit einem Strahlen in den Augen: »Ich wusste doch, dass uns unsere Frauen nicht im Stich lassen werden! Es gibt kein Zurück. Ein würdeloses Leben in Unterdrückung können wir niemals mehr akzeptieren.« ♦

5 Artikel 14 der Frauengesetze: »Beide Seiten haben das Recht, die Scheidung zu beantragen. Die Scheidung erfolgt mit der Zustimmung beider Seiten.«

Die Politik des Bündnisses Russland/Türkei/Iran

Auch aus Astana kann keine Lösung erwachsen

Interview Riza Altun, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans

Rojbin Deniz und Dicle Ito führten das Interview mit Riza Altun im südkurdischen Behdinan. Es erschien am 22. Januar bei der kurdischen Nachrichtenagentur ANF/Firat News. Wir dokumentieren es stark gekürzt in deutscher Übersetzung.

Resultiert die Krise in Syrien aus der Stärkung oder der Auflösung des Nationalstaates?

Wir als Bewegung denken, dass sich die Nationalstaaten in einer Phase des Zerfalls befinden. Sie haben einen äußerst problematischen Punkt erreicht und sind nicht einmal mehr in der Lage, sich selbst weiterzuentwickeln und zu schützen. Daher würde sich kaum jemand ihrer Überwindung entgegenstellen. Das, was mit »neue Weltordnung« oder »Greater Middle East Project« bezeichnet wird, ist ein Zustand, in dem das System der Nationalstaaten den Kapitalismus nicht mehr ausreichend vertreten kann und in keiner Weise mehr Freiheiten zulässt. Das ist ihr allgemeiner Zustand. Er beschreibt nur eine von mehreren Krisen des Kapitalismus. Entweder wird er durch vielfältige Restaurationsmaßnahmen zu überwinden versucht oder er hat gravierende Folgen.

Dem entspricht auch die Situation in Syrien. Trotzdem sollte sie in ihrer ganzen historischen Tiefe behandelt werden. Das heißt, eine Erklärung allein mit dem Nationalstaat wäre unzureichend und nicht verständlich. Auch seine gesellschaftlichen oder geografischen Grundlagen, auf die er sich gründet, sind von Bedeutung. Der Mittlere Osten ist eine Region, die in ihrer Geschichte immer wieder schwere Konflikte und Kriege erlebt hat, verursacht von Staatensystemen und Hegemonen.

Feindseligkeiten zwischen unterschiedlichen Glaubens- und ethnischen Gemeinschaften gab es auch vor dem Nationalstaat, durch Staaten, Herrschaften und Großmächte provozierte Realitäten.



Riza Altun, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK Foto: ANF

Später, während der beiden Weltkriege, als sich auch im Mittleren Osten zunehmend ein Weltsystem etablierte, wurden infolge dessen Nationalstaaten gegründet. Sie entstanden hier nicht aus heiterem Himmel, sondern entwickelten sich inmitten dieser historischen Widersprüche *[der Weltkriege, Anm. d. Ü.]*. Wer an der Macht war, wer herrschte, wer die Mehrheit darstellte, wurde geradezu als Nationalstaat organisiert, sie wurden zu Herrschern und Hegemonialkräften. Andere Gemeinschaften wurden verdrängt. Das führte dazu, dass bereits bestehende Konflikte sich noch weiter verschärften.

In Syrien bestehen die Konflikte seit dem Bestehen des Nationalstaates ununterbrochen. Wir haben es mit einer Macht zu tun, die durch mehrere Militärputsche wechselte, das Land in ständigen Aufruhr versetzte, wo Machtwechsel durch Intervention von außen vollzogen wurden, bis hin zur jüngsten

Krise. Diese letzte Krise ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Krise des Nationalstaates. In Regionen mit einer größeren Anzahl unterschiedlicher Gesellschaften, unterschiedlicher sozialer Schichten ist die Krise des Nationalstaates umso größer. Diese Realität sollten wir sehen. Syrien ist ein gutes Beispiel dafür.

Wir können nicht behaupten, dass es sich beim Assad-Regime um ein ausschließlich autoritäres Regime handelt, gestützt auf eine monoethnische Gesellschaft. Aber wir können sagen, dass Syrien ein Nationalstaat ist, gegründet von einem elitären Kreis, vor allem aus der aus sunnitischen und alawitischen Kreisen rekrutierten Elite. Die gegenwärtige Situation in Syrien ist ein natürliches Resultat dieser Entstehung und Führung.

Allen voran die Alawiten sind unzufrieden mit dem syrischen Regime. Es wurde immer angenommen, dass der syrische Nationalstaat sich auf die Alawiten stützt, deren Interessen vertritt und von ihnen beherrscht wird, aber dem ist nicht so. Ihre Rechte unter dem Regime in Syrien sind begrenzt. Sie besitzen nicht das Recht, sich als Konfessionsgruppe frei zu artikulieren und zu entwickeln. Sie sind im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche regelrecht in die Ecke gedrängt. Es ist kein Geheimnis, dass die sunnitische Gesellschaft ebenfalls mit dem Regime unzufrieden ist. Die anderen ethnischen Gemeinschaften können sich im Nationalstaat Syrien ohnehin nicht frei bewegen und artikulieren. Der Nationalstaat in Syrien hat sich in der Form einer arabischen Republik gegründet. Auf die Frage, auf welche gesellschaftlichen Kreise sich das Regime denn stütze, würde die Antwort lauten: uneingeschränkt auf keinen. Es ist auf der Basis der Verleugnung dieser gesellschaftlichen Kreise errichtet. Diese Verleugnung erfolgt mit Repression. Eine Gesellschaft, gegründet auf Gewalt, Verbote und Unterdrückung. Diese Politik wird vom Nationalstaat am besten umgesetzt.

Um auf die Frage zurückzukommen, mit welchem politischen System die bestehende Krise gelöst werden könnte, so kann klar gesagt werden: nicht auf der Grundlage eines Nationalstaates oder eines unitären Systems. Das würde die Krise lediglich verschärfen. Keine andere Kraft unter denen, die kämpfen und/oder herrschen, außer denjenigen, die sich in der Demokratischen Föderation Nordsyrien organisieren, hat ein Lösungsprojekt für Syrien vorgelegt. Denn für diese herrschenden Kräfte ist Syrien nur ein Aspekt in ihrem hegemonialen Interessenbereich im Mittleren Osten. Weil sie das so sehen, ist ihr Problem nicht ausschließlich Syrien. Sie sind darum bemüht, wie sie ihre Interessen am besten sichern können, und sind hinter einem Regime her, das ihren Interessen entspricht. Der Nationalstaat in Syrien kann das nicht. Er hat keinerlei Bedeutung, außer dass eine Elite die Macht als Trumpf in der Hand hält. Sie hat weder klare Grenzen noch einen bestimmten Machtbereich. Sie ist nicht einmal in der Lage, ihr eigenes Machtzentrum zu sichern und zu verteidigen. Das sind Anzeichen dafür, dass der Nationalstaat in großem Maße gescheitert ist.

In dieser gegenwärtigen Kriegssituation verfügen unterschiedliche Kräfte über Machtbereiche. Die Kämpfe haben unmittelbar damit zu tun, dass Machtkämpfe zwischen verschiedenen Cliquen ausgetragen werden.

Das Regime ist bemüht, auf der Grundlage regionaler und internationaler Unterstützung einen neuen Nationalstaat zu errichten. Aber das scheint nicht möglich. Denn diesem Zentralstaatssystem stehen viel größere und stärkere Kräfte gegenüber. Sie kämpfen auch für ein Syrien im Sinne ihrer Interessen. Sie sind aber genauso zersplittert. Daneben gibt es zahlreiche regionale Kräfte wie Saudi-Arabien, Katar und die Türkei, die sich ebenfalls für ein Regime einsetzen, das ihren Interessen entspricht, und dafür wiederum Kräfte wie den IS, Al-Nusra und Ahrar Al-Scham instrumentalisieren. Sie kämpfen für einen Staat mit salafistischer Weltanschauung. Dann gibt es noch die Kräfte, die sich in der Demokratischen Föderation Nordsyrien organisieren. Sie kämpfen für ein demokratisches Syrien. Neben diesen sind andere nicht namentlich aufgeführte Kräfte ebenfalls aktiv. Alle kämpfen für ein Syrien nach ihren eigenen Interessen.

Keine andere Kraft unter denen, die kämpfen und/oder herrschen, ausser denjenigen, die sich in der Demokratischen Föderation Nordsyrien organisieren, hat ein Lösungsprojekt für Syrien vorgelegt. Denn für diese herrschenden Kräfte ist Syrien nur ein Aspekt in ihrem hegemonialen Interessenbereich im Mittleren Osten.

Wo ist das Trio Russland/Iran/Türkei in der gegenwärtigen Syrienpolitik einzuordnen? Die drei behaupten ja, eine Lösung für Syrien entwickeln zu wollen. Wie bewerten Sie das?

Iran ist ein alter strategischer Bündnispartner Syriens und setzt sich dort seit dem Beginn des Krieges gemeinsam für ein

unitäres Syrien ein, man ist nicht offen für eine andere als eine nationalstaatliche Lösung. Iran agiert wie gesagt zusammen mit dem syrischen Regime.

Die USA haben einen anderen Zugang zum Frieden, weder mit dem Regime, noch mit den salafistischen Gruppen. Sie sind bislang zurückhaltend mit Äußerungen zu einer möglichen Lösung für Syrien. Sie agieren mit unterschiedlichen Kräften. Russland ist erst später in Syrien eingestiegen mit der Absicht, über noch aus realsozialistischen Zeiten stammende Beziehungen und Investitionen von Syrien aus in die gesamte Region zu intervenieren. Das syrische Regime hatte das Bündnis natürlicherweise mit Iran begonnen und weitete es auf Russland aus. Diese Allianz führte zu Widersprüchen zum einen mit den USA und zum anderen auch mit der in einem sunnitischen Block mit den Saudis agierenden Türkei. Diese Situation hat sich später geändert.

Als sich die Türkei auf den Weg des Politikwechsels begab, indem sie ihre bisherigen Bündnisse aufgab und sogar verriet, hat sie ihre Beziehungen zu Russland aufzubauen begonnen. Jetzt haben wir es mit einer neuen Situation zu tun, in der sie näher an Russland, Iran und Syrien gerückt ist. Grund für diesen Wechsel war zum einen der Bankrott ihrer alten Politik sowie ihre immer klarer werdende Hauptstrategie, mit allen Mitteln die Verleugnung der Kurden aufrechtzuerhalten und diese daran zu hindern, einen gesicherten Status zu erlangen. Das alles führte dazu, dass sich die Türkei zunehmend in den Block mit Russland begeben hat. Sie hat eigentlich ihre Großmachtziele für die Region, ihre osmanischen und an alte Bündnispartner angelehnten Hegemonialbestrebungen zum größten Teil aufgegeben. Sie hat eine Niederlage erlitten. Vor allem der Freiheitskampf der Kurden in allen vier Teilen Kurdistans hat die Türkei dermaßen unter Druck gesetzt, dass sie nicht einmal mehr in der Lage war, ihre Staatsgrenzen und ihre Staatsstrukturen zu verteidigen und zu bewahren. Daraufhin hat sie ihre Politik geändert. Während sie im Inland in eine faschistische Diktatur abdriftet und ideologisch-politisch entgleist, entwickelt sie nach außen ihre kurdenfeindliche Politik mithilfe entsprechender Bündnisse. Auf diese Weise versucht sie sich zu »schützen«. In ihrer Wahrnehmung bedeutet die Existenz der Kurden ihre eigene Vernichtung. Mit dieser Sicht geht sie Bündnisse ein.

Als die Türkei nicht die erhoffte Unterstützung von Europa und den USA bekam, wandte sie sich Russland zu. Das akzeptierte diese Zuwendung ganz pragmatisch, um sich der Türkei in der Region bedienen zu können.

Die Türkei macht in dieser Beziehung das Kriterium geltend, dass Russland gegenüber den Kurden und deren Forderung nach einem Status kein Entgegenkommen zeigt. Solange Russland sich daran hält, wird die Türkei auf alle russischen Forderungen eingehen müssen. Eine solche Annäherungsweise hat automatisch auch Iran und Syrien eingeschlossen. Iran ist ebenfalls gegen einen Status für die Kurden. Syrien hält sich etwas zurück, weil das gegenwärtige Regime nicht das ganze Land beherrscht, aber unter den früheren Gegebenheiten würde es sich ebenfalls gegen die Kurden verhalten. Folglich entstand dieses neue Bündnis Türkei, Syrien, Russland und Iran. Aber die Frage, ob es von langer Dauer und effektiv sein wird, würde ich verneinen. Wenn man sich die traditionellen und historischen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei anschaut, sieht man, dass sie belastet waren. Auch ihre unterschiedliche ideologisch-politische Ausrichtung verringert die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen strategischen Beziehung. Also kamen wegen der taktischen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei die Gespräche in Astana *[s. S. 34]* auf die Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund wird sich aus Astana keine bedeutende Entwicklung ergeben.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Iran sind ähnlicher Natur, sogar noch komplizierter. Iran ist schiitisch und mit seiner ideologischen und politischen Ausrichtung auf den Mittleren Osten orientiert. Er verfolgt Hegemonialbestrebungen in der Region. In der Türkei hingegen gibt es einen Apparat, der von den Osmanen übernommen wurde und heute bis zum Salafismus entgleist ist. Eine politische Struktur, die zuletzt den Nationalismus der MHP mit dem Fundamentalismus der AKP verbunden hat. Es ist ein eher dem sunnitischen Block zugewandter Apparat. Ein Zusammenkommen dieser beiden Staaten, die auf konfessioneller Grundlage Politik betreiben, ist im Mittleren Osten äußerst schwierig. Es ist nicht möglich, dass sie ihre Beziehungen auf ein strategisches Niveau heben. Es ist kein aktuelles Problem, sondern ein historisches.

Die schiitische Ausrichtung Irans und die sunnitische Ausrichtung des Osmanischen Reiches hatten in der Geschichte immer wieder zu großen Kriegen geführt. Angesichts des letzten Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Nationalstaaten, scheint sich dieser Konflikt zwar etwas entspannt zu haben, aber aufgehoben ist er nicht.

Was passiert gegenwärtig in der Region? Es wird nicht einfach sein, die Beziehungen zwischen Iran und der Türkei ausschließlich auf der Grundlage der antikurdischen Politik langfristig aufrechtzuerhalten und zu vertiefen, während Iran und die Türkei mit dem sunnitischen Block unterschiedlichen hegemonialen Bestrebungen nachgehen. Vor diesem Hintergrund sollten keine großen Erwartungen in diese Annäherung gesetzt werden.

Zum Verhältnis zu Syrien: Die Türkei ist eine der Hauptverantwortlichen für den gegenwärtigen Zustand Syriens. Es

gibt den historischen Konflikt um die Gebietsansprüche auf Hatay, nun ergänzt durch die Politik der Türkei, das Regime stürzen zu wollen. Wahrscheinlich werden die Araber in Syrien nicht zulassen, dass das Regime dort die Aktivitäten der Türkei ignoriert und auf seine historischen Gebietsansprüche in Hatay verzichtet. Deshalb sollten die inneren großen Widersprüche des gegenwärtigen »Bündnisses« nicht außer Acht gelassen werden, die das Potential bergen, jederzeit in Auseinandersetzungen zu münden.

Sie hatten in einem Ihrer früheren Interviews auf Al-Bab als den Ort verwiesen, wo sich diejenigen Kräfte auflösen werden, die in Syrien Ansprüche stellen. Sehen Sie sich durch die Entwicklungen bestätigt?

Ja. Es ist sehr interessant, dass es keine relevante Macht gibt, die dem Einmarsch der Türkei in Cerablus nicht zugestimmt hätte. Die USA, Russland, das Regime und die südkurdische PDK waren damit einverstanden. Ihre Vertreter waren am Tag des türkischen Einmarschs in Cerablus in Ankara. Der iranische Außenminister, aus Südkurdistan Barzanî, die US-Vertreter und der Auslandsvertreter Russlands waren alle dort. Bis zu einem gewissen Grade kann man ihre Zustimmung zum Einmarsch verstehen. Denn all diese Kräfte verfolgen in dieser Region eine Politik. Aber dann haben die Entwicklungen eine Form angenommen, die alle gleichermaßen unter Druck setzt. Keine der Kräfte ist in der Lage, ihre alleinige Macht in Syrien zu etablieren. Weder die USA, Russland, Iran noch das Regime können das. Welche Kraft macht Fortschritte? Die Demokratischen Kräfte Syriens QSD. Sie verfolgen eine Strategie, mit der die Freie Syrische Föderation *[Demokratische Föderation Nordsyrien]* über Cerablus, Minbic und Al-Bab bis nach Afrin ausgeweitet werden sollte. Eine solche Entwicklung widerspricht den Interessen der anderen Kräfte, eine Lösung für Syrien ist für sie im Moment nicht opportun. Was also hätte passieren müssen? Entweder hätten sie sich selbst gegen diese Freiheitskräfte stellen und eine neue Kriegsphase beginnen müssen oder einen Freiwilligen passieren lassen. Das war der Grund für ihre Bewilligung des Einmarschs der Türkei in Syrien. Der war anfangs an Bedingungen geknüpft. Die USA hatten z. B. der Türkei Operationen in einem 20 km breiten Streifen innerhalb Syriens erlaubt. Unklar ist, wie weit die Zustimmung Irans, Russlands und des Regimes ging. Als die Türkei in Cerablus einmarschierte, drang sie zu Beginn nur 20 km vor, wie von den US-Amerikanern zugestanden. Mit ihrem Eindringen wurde verhindert, dass die Demokratische Föderation Nordsyrien das gesamte Nordsyrien umfasst.

Dann gab Russland der Türkei seine Zustimmung, bis nach Al-Bab vorzugehen. Was war die Gegenleistung? Dass die Türkei die Banden, zu denen sie Kontakte pflegte und die sie unterstützte, Russland überlässt. Diese Gegenleistung hat Erdoğan erbracht. Er hat alle oppositionellen Kräfte aus Damaskus in den Zustand der Waffenruhe versetzt, diejenigen in Aleppo kampfunfähig gemacht und später die Kräfte aus Damaskus und Aleppo nach Idlib verlegt. Damaskus und Aleppo wurden dem Regime überlassen. Die Gegenleistung war also der Verrat Ankaras an den Oppositionskräften. Russland verfolgt jetzt die Politik, die militärische und politische Position der Türkei in Al-Bab zu stärken, um einerseits das Regime mehr zu stützen und andererseits die kurdischen Errungenschaften zu bedrohen. Ein Angriff auf Minbic ist vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen. Die gegenwärtige Beziehung Russlands zur Türkei ist momentan darauf beschränkt.

Und welche Politik verfolgt hier die Türkei? Sie wird von ihrer Kurdenfeindlichkeit bestimmt. Dienten die anfänglichen 20 km der militärischen Intervention der Türkei in Nordsyrien den USA, so der Vorstoß nach Al-Bab jetzt Russland. Es will seine politischen Vorhaben mit Astana noch ausweiten. Damit soll das Regime noch mehr gestärkt, seine Macht über das ganze Land hergestellt und der alte zerbröckelte unitäre Nationalstaat wiederbelebt werden. Vor diesem Hintergrund bedeuten die Gespräche in Astana für die Kräfte, die für eine wahre Lösung in Syrien kämpfen, ausgeschlossen zu werden, damit die Türkei von Russland noch weiter für die eigenen Interessen benutzt werden kann.

Wie Sie zutreffend sagten, wurden nicht die QSD nach Astana eingeladen, sondern die ENKS-Kräfte. Was für eine Lösung kann unter diesen Umständen überhaupt entwickelt werden?

Bei den US-geführten Gesprächen in Genf war ebenfalls der Versuch unternommen worden, unter Ausschluss der Kurden nach einer Lösung zu suchen. Dabei opferten die USA die Kurden, um im Gegenzug die von der Türkei organisierten Banden für die eigenen Interessen instrumentalisieren zu können. Als Russland damals in einer schwächeren Position war, forderte es immer wieder, dass die Partei der Demokratischen Einheit PYD ebenfalls in die Gespräche einbezogen werden müsste. Jetzt werden auf Initiative Russlands und der Türkei sowie mit Unterstützung Irans und teilweise Chinas Gespräche in Astana geführt. Jetzt schließt Russland selbst die Kurden aus. Nun ist es an den USA zu erklären, dass die kurdischen Kräfte ebenfalls in Astana sein müssten. Allein anhand dieses Beispiels wird vieles deutlich. Russland und die USA glauben das Recht zu besitzen, alle nach ihren Interessen instrumentalisieren zu können. Sie sind unaufrichtig.

Können mit dieser Unaufrichtigkeit wichtige Probleme wie die in Syrien gelöst werden? Die USA versuchen ihre Interes-

sen über die Genfer Gespräche, Russland seine über die Astana-Gespräche wahrzunehmen. Und jeder will die anderen im Rahmen taktischer Beziehungen vereinnahmen. So wie damals der Ausschluss der Kurden von Genf die Gespräche dort erfolglos bleiben ließ, so wird heute ihr Ausschluss von Astana die Gespräche dort erfolglos bleiben lassen. Eine Lösung, die die Demokratische Föderation Nordsyrien nicht einbezieht, hat keine Chance auf Erfolg. Eine durch ihren Ausschluss erzwungene Lösung wird nur mit großen Massakern und Niederlagen zu erreichen sein.

Die Türkei ist Hauptinitiatorin dieser salafistischen Kräfte in Syrien. Sie wurden von der Türkei mit Waffen, Geld und Logistik auf den Beinen gehalten. Sie stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Türkei. Solange diese die Kräfte finanziert, werden sie an ihrer Beziehung zur Türkei festhalten. Aber im Moment gibt es Probleme. Dass sie aus Damaskus und Aleppo abgezogen und dass diese Städte dem Regime überlassen wurden, dass die Türkei ihre Beziehungen mit Russland ausweitet, führt bei den Bandenkräften zu Unmut und Unbehagen. Ihre Existenz in Idlib bringt sie in große Gefahr. Sie sehen es. Sie laufen Gefahr, ein ähnliches Schicksal zu erfahren wie die Tamilen. Ihre belagerte Position in Idlib, wo sie leicht zerbombt werden können, macht sie besorgt. Das wiederum wird dazu führen, dass sie auseinanderbrechen und aufeinander losgehen, was wiederum die Türkei in Astana sehr schwächen wird. Eine Türkei, die nichts anzubieten hat, wird ihren Reiz für Russland verlieren. Das Problem ist also nicht nur, dass die QSD ausgeschlossen wurden, sondern auch die Situation der Banden ist konfliktbeladen. Diese Gruppen sind bereits umstritten. Einige haben sich nicht an Astana beteiligt. Saudi-Arabien nahestehende Kräfte sind umstritten, die Katar nahestehenden ebenfalls. Die mit der Türkei kollaborierenden habe ich bereits erwähnt. Eine oppositionelle Gruppe war vor einigen Tagen in Idlib stark von Bombardierungen betroffen. All diese Entwicklungen werden sich auf die Gespräche in Astana auswirken. Schon jetzt kann gesagt werden, dass dort ein Erfolg äußerst problematisch ist. Die Astana-Gespräche sind eigentlich ein Zusammenschluss von Kräften, die dafür eintreten, dass Syrien ein noch reaktionäreres Regime wird. Das dürfen wir nicht vergessen.

Die Akteure in Astana schmieden Pläne, die in keiner Weise eine demokratische Entwicklung für Syrien vorsehen, weil es nicht in ihrem Interesse liegt. Die Türkei z. B.: Will sie ein demokratisches Syrien? Nein, sie will mit allen Mitteln verhindern, dass die Kurden und somit auch die anderen Volksgruppen ihre Rechte und ihre Freiheit erlangen. Will Iran ein demokratisches Syrien? Nein. Russland interessiert es überhaupt nicht, was mit Syrien ist. Hauptsache, seine Interessen sind gewahrt, ob durch ein faschistisches, diktatorisches oder ein demokratisches Regime. Wie also soll unter diesen Umständen eine Lösung entwickelt werden? Nehmen wir an, es kommt zu einer Lösung. Die Türkei erklärt z. B., sie lehne Assad gerade nicht ab, Iran und Russland wollen für den Moment Assad. Also die Hauptkräfte von Astana sind dafür, dass er weiterhin an der Macht bleibt und das alte System weiter besteht. Und Assad agiert wie der Chef aller, er verbündet sich in Astana ebenfalls mit ihnen. Was für ein Syrien kann unter diesem Bündnis entstehen? Der alte Nationalstaat, das alte unitäre System. Wenn dem so ist, wenn alles beim Alten bleiben soll, wie erklärt man sich dann den letzten fünfjährigen Eklat? Wird ihn jetzt jeder eingestehen und sich zurück auf seinen Platz begeben? Das würde bedeuten, die Ungeheuerlichkeiten des IS und Al-Nusras einzugestehen und sich dem Regime zu ergeben. Das würde bedeuten, dass sich die QSD von ihrem Freiheitskampf verabschieden müssten. Ist das möglich? Nein, es wird keine Abkehr vom Projekt der Demokratischen Föderation Nordsyrien geben. Diejenigen, die dafür kämpfen, werden bis zuletzt daran festhalten. Auch wenn sie alle bei ihrem Vorhaben untergehen sollten, eine andere Alternative kann es nicht geben. Sie haben das ja bereits erklärt.

Die Akteure in Astana schmieden Pläne, die in keiner Weise eine demokratische Entwicklung für Syrien vorsehen, weil es nicht in ihrem Interesse liegt. Die Türkei z. B.: Will sie ein demokratisches Syrien? Nein, sie will mit allen Mitteln verhindern, dass die Kurden und somit auch die anderen Volksgruppen ihre Rechte und ihre Freiheit erlangen.

IS und Al-Nusra haben noch ihre Position inne. Sie haben eine andere Vorstellung von der Zukunft der Region, wofür sie kämpfen. Auch sie werden an ihrem Vorhaben festhalten. Ihr Kampf in Al-Bab gegen die Türkei kann diese dort sogar in die Ausweglosigkeit treiben. Glaubt man wirklich, dass die nach Idlib gebrachten Kräfte weiterhin an ihrer Beziehung zur Türkei festhalten werden, wenn sie sehen, wie diese sich gegenüber Russland und Iran vermarktet? Nein, werden sie nicht. Sie werden sich auflösen, sich vielleicht in einer neuen Gruppe formieren, oder sie werden IS und Al-Nusra durch ihren Anschluss stärken. Wo also bleibt eine Lösung? In dieser Konstellation und unter diesen Umständen kann aus Astana keine Lösung erwachsen. ♦

Ein neuer »Lösungsversuch« für Syrien

Auf dem Weg nach Astana

Resul Solgün, Journalist

In Syrien halten sowohl der Krieg als auch die Diskussionen über einen Waffenstillstand an. Und so ergaben sich neben den bekannten Syrienkonferenzen Genf I/II/III nun auf einmal auch die Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana. Um die Verhandlungen in Astana zu verstehen, sollte deshalb ein Blick zurück auf die Konferenzen in Genf, auf die Schwierigkeiten bei der Riad-Konferenz und auf die Syrieninitiativen von De Mistura und Kofi Annan geworfen werden. Weil ihre tiefergehende Analyse den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, werde ich sie kurz chronologisch darstellen.

Als Syrien-Sondergesandter der Vereinten Nationen hatte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan in den Jahren 2011 und 2012 einen Plan für das Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien entworfen, der leider keine Wirkung zeigte. 2012 übernahm Staffan de Mistura die Rolle Annans und bemühte sich ebenfalls um einen Waffenstillstand. Er hatte wie Annan das Ziel, mithilfe von Organisationen wie der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) den Konflikt aus menschenrechtlicher Sicht und aus Sicht der »Opposition« mit möglichst geringen Schäden zu einem Ende zu bringen.

Die Syrienkonferenz Genf I hatte ausschließlich das Ziel, das Assad-Regime zum Abtreten zu bewegen, weshalb für die Regimekräfte auch kein Platz am Tisch reserviert war. In jener Phase schien der Sturz Assads lediglich eine Frage der Zeit zu sein. Deshalb hatten die meisten arabischen Staaten bereits ihre Beziehungen zum Regime gekappt. Der syrische Platz in der Arabischen Union war bereits für die »Freunde Syriens« vorgesehen.

Doch der Krieg war so schnell nicht entschieden. Das lag, entgegen der Behauptung vieler, weniger daran, dass sich Russland an der Seite des Regimes in den Krieg einschaltete. Eher daran, dass innerhalb des US-geführten Blocks, der den Sturz Assads forcierte, große Uneinigkeit herrschte. Und deshalb hat Russland nicht den Krieg in Syrien gewonnen, sondern die USA haben ihn verloren. Da vor Ort keine kampffähigen Unterstützergruppen der USA aufgebaut werden konnten, wurde der Anti-Assad-Block sich selbst überlassen. Anschließend nahm sich Russland der Situation an. Noch bevor die Regierung in Moskau sich in den syrischen Bürgerkrieg einmischte, waren die Bilder vom Einsatz chemischer Waffen aus den Vororten von Damaskus um die Welt gegangen. Dieser Chemiewaffeneinsatz des Assad-Regimes kann als Wendepunkt des Krieges begriffen werden.

Denn damit wurde in diesem Konflikt die von den Vereinten Nationen, der EU und den USA definierte »rote Linie« des Chemiewaffengebrauchs übertreten, wodurch auch der gesuchte Grund für eine militärische Intervention gegeben war. Doch das Erwartete geschah nicht. Der Weg über den UN-Sicherheitsrat wurde durch das Veto Chinas und Russlands blockiert. Stattdessen wurden mit der Garantie Russlands die chemischen Waffen aus Syrien herausgeschafft. Ab diesem Zeitpunkt nahm der Bürgerkrieg in Syrien einen anderen Verlauf.

Als sich die Freie Syrische Armee (FSA) unter dem Einfluss dschihadistischer Gruppen immer weiter radikalisierte und später auseinanderfiel, ging zugleich die von den USA unterstützte Kampfgruppe im Syrienkonflikt unter. Anschließend versuchten Länder wie Qatar, Saudi-Arabien und Frankreich, mehr Initiative zu ergreifen, doch auch die Al-Nusra-Front (der syrische Arm von Al-Qaida), Ahrar al-Scham, die Gruppe Nur al-Din al-Zenkis, der Islamische Staat (IS) oder die von Saudi-Arabien unterstützte Armee des Islam (unter der Führung Zahran Allouschs) konnten das Assad-Regime nicht stürzen. Mit dem Aktivwerden des IS in Syrien ließen die USA vom Regime ab und konzentrierten sich auf diese neue Gefahr. Allerdings hatten sie vor Ort keine »Partner« mehr, die sie unterstützen konnten, bis es zum Angriff des IS auf Kobanê kam.

Genf II und Genf III hatten ab diesem Zeitpunkt eine größere Bedeutung. Denn in Syrien gab es nunmehr eine große Anzahl kleiner bewaffneter Gruppen. Diese haben unzählige Male versucht, sich unter einem Dach im Kampf gegen As-

sad zu vereinigen, doch das ist ihnen bei keinem dieser Versuche gelungen. Die Konferenz in Riad hatte dasselbe Ziel – die »Opposition« zu vereinen.

All diese Bemühungen galten dem Sturz Assads. Die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) und sonstige Strukturen aus Rojava oder der Föderation Nordsyrien waren zu keinem der Treffen eingeladen. Manchmal legten die USA ihr Veto gegen die Einbindung der Kurden in die Konferenzen ein. Und jedes Mal war die Türkei strikt dagegen.

Vom Freund zum Feind – vom Feind zum Freund

Die Versammlung von Astana war nun insofern bemerkenswert, als der Verhandlungstisch nicht von den USA und Assad-Gegnern aufgestellt worden war. Die Initiative hat sich also gewissermaßen von denjenigen, die Assad beseitigen wollen, zu denjenigen verlagert, die ihn gern noch behalten wollen. Als Novum gegenüber früheren Zusammenkünften war am Tisch von Astana ein Platz für Assad reserviert. Der kann indirekt sogar als Gastgeber dieser Versammlung betrachtet werden. Und weder die Türkei, die USA und Frankreich noch Qatar oder Saudi-Arabien konnten an ihrer »Weg mit Assad«-Haltung festhalten. Diese Forderung der Assad-Gegner sollte in Vergessenheit geraten. So wurde in der Türkei aus »Esed« wieder »Esad«. Mit der Verteufelung des syrischen Staatspräsidenten im Zuge des Bürgerkriegs war Assad, im Türkischen Esad, herabsetzend als Esed bezeichnet worden.

Auf jeden Krieg folgt ein Frieden und umgekehrt. Und so muss auch der Krieg in Syrien seinen Frieden finden. Auch wenn der Krieg in der Regel durch einen Friedensvertrag sein Ende findet, so gibt es doch jedes Mal Sieger und Verlierer, obwohl der Sieg manchmal ein Pyrrhussieg ist. Und wenn bei den bisherigen Syrienkonferenzen Assad auf der Seite der vermeintlichen Verlierer des Krieges am Verhandlungstisch saß, so hat er bei der Astana-Konferenz erstmals mit den »Freunden Syriens« die Seite gewechselt und auf der Siegerseite des Tisches Platz genommen.

Offizielle Verhandlungen ohne die kurdische Seite

Die PYD hingegen war weder bei den vorherigen Treffen noch in Astana eingeladen. Das hat natürlich viel mit dem Druck der Türkei zu tun. Doch zugleich stellen die PYD und die Volksverteidigungseinheiten (YPG) im syrischen Bürgerkrieg eine dritte Partei dar und bisher war nicht gewollt, dass eine dritte Partei in die Gespräche eingebunden wird. Aus diesem Grund waren die Kurden nicht zu Konferenzen wie Genf III, Astana oder Riad eingeladen. Gleichzeitig wurden aber die Kontakte mit ihnen durch eine Paralleldiplomatie stets weiter gepflegt.

Der Kampf um Aleppo

Der Weg zu den Friedensverhandlungen in Astana hat definitiv über den Sieg der syrischen Armee in Aleppo geführt. Die »syrische Opposition« hat mit allen Mitteln versucht, ihre Front in Aleppo aufrechtzuerhalten. Allerdings sind aus dem Kampf um die Stadt die syrische Armee, Russland, der Iran und die libanesische Hisbollah als Sieger hervorgegangen. Aleppo war und ist wichtig. Das Ergebnis der Schlacht um die Stadt hat deshalb auch großen Einfluss auf die Zukunft Syriens. Neben der syrischen Armee und Russland waren die YPG ein zweiter Sieger des Kampfes um die Stadt. Etliche »gemäßigte Oppositionelle«, die sich nicht dem Regime ergeben wollten, legten im Einflussgebiet der YPG ihre Waffen nieder. Die YPG haben ihr Einflussgebiet in Aleppo verdreifacht und werden auch in Zukunft mehr Mitspracherecht haben.

Der türkische Staatspräsident Erdoğan verharrte bei den Entwicklungen um Aleppo in der Beobachterrolle. Er war nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli unschlüssig, ob er die Fronten wechseln sollte oder nicht. Vor dem Ende der Kämpfe in Aleppo hatte er noch behauptet, das eigentliche Ziel der Militäroperation »Euphrat-Schild« sei es, bis nach Aleppo vorzustoßen. Doch dieses Vorhaben scheiterte am entschlosseneren Engagement Russlands, vor dem die Türkei zurückschreckte. Und so erklären nun sogar die »gemäßigten Oppositionellen« von Aleppo, dass Erdoğan sie verraten habe. Russland vervollständigte seinen Sieg in Aleppo damit, dass es mit seinem Einfluss die Türkei dazu bewegte, keine Gefahr mehr für Syrien darzustellen. Im Gegenzug wurden die Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei aufgehoben und die den UN vorgelegten Beweise Moskaus, dass die Türkei den IS unterstützt, verschwanden erst mal wieder in der Schublade. Anders als von den USA und der EU spürte Erdoğan eine gewisse Rückendeckung aus Russland. Doch für deren Aufrechterhaltung musste die Türkei in ihrer Außenpolitik mehrere 180-Grad-Wendungen vornehmen. Dazu gehörte auch, dass sich die türkische Regierung in der Frage der türkischen Truppenpräsenz in Baschiqa mit dem irakischen Ministerpräsidenten Al-Abadi an einen Tisch setzen musste. Zuvor hatte Erdoğan noch geprotzt, Al-Abadi verfüge doch nicht über seine Qualität und habe ihm deshalb auch nichts zu sagen. Hinzu kommen unbewiesene, aber hartnäckige Gerüchte, Al-Bab solle der syrischen Armee übergeben werden und die Türkei beende ihre »Euphrat-Schild«-Operation.

Die Lager im Syrienkrieg

Wenn wir die Beteiligten im Syrienkrieg in drei Lager aufspalten wollten, so wären das Assad und seine Bündnispartner, die Kurden und die Dschihadisten. Russland hat in dieser Dreierkonstellation seinen Platz an der Seite Assads eingenommen und Dschihadisten den Krieg erklärt. Während es außer in Palmyra zu so gut wie keiner Konfrontation zwischen dem Regime und dem IS kam, haben es die Kräfte Assads mit Unterstützung ihrer Partner und natürlich Russlands geschafft, die Oberhand über die übrigen Dschihadisten im Land zu gewinnen und sie dann aus einer Position der Stärke heraus an den Verhandlungstisch zu zwingen. An diesem Tisch wurde dann in der Regel der Abzug der übrigen Dschihadisten aus dem umkämpften Gebiet, humanitäre Hilfe und Ähnliches besprochen. Vergleichbar lief es beispielsweise beim Sieg des Regimes in Ost-Aleppo.

Auch wenn Russland die Türkei als Gefährdungspotential für das Regime neutralisiert hat, so bleibt die Regierung in Ankara doch ein Problem für die PYD. Das Assad-Regime bezeichnet die Kurden mittlerweile als einen von zwei Faktoren, welche die Ganzheitlichkeit des Landes schützen, und will mit den YPG gemeinsame Operationsbasen errichten. Das stellt einen Versuch dar, die Kurden in den Krieg in Gesamtsyrien mit einzubeziehen, und der russische Vorschlag einer Autonomie für die Kurden soll in diesem Zusammenhang wohl die mögliche Belohnung darstellen. Trotzdem bleibt die Türkei eine Gefahr für Syrien und PYD und YPG. Das war auch der Grund, weshalb Russland die Kurden bei den Gesprächen von Astana nicht direkt eingebunden hat. Russland will weder die Türkei verlieren noch sehen, wie Rojava den Schwerpunkt seiner Zusammenarbeit in Syrien auf die USA legt.

Ein Sonderstatus für die Kurden?

Auch wenn die Kurden nicht zu den bisherigen Friedenskonferenzen für Syrien eingeladen wurden, so denke ich nicht, dass sie von den USA oder Russland isoliert werden. Im Gegenteil, sie hatten einen Sonderstatus im bisherigen diplomatischen Verkehr. Sie wurden weder als Teil des Regimes noch als Teil der dschihadistischen Opposition betrachtet. Stattdessen wurden sie auf Umwegen als dritte Partei in die Gespräche einbezogen. Das unterstreicht auch die Einladung Lawrows nach den Gesprächen von Astana. Bei Genf III wird das vermutlich ähnlich laufen.

Die ersten Sitzungen der Astana-Verhandlungen verliefen vielversprechend. Es wurde eine Beobachtungsgruppe für den Waffenstillstand vereinbart. Das bedeutet, dass in möglichen kommenden Verhandlungen Waffenstillstände, humanitäre Hilfe und ähnliche Themen diskutiert werden könnten. Doch was Astana grundlegend zum Ausdruck bringt, ist die Überle-



Marsch der kurdischen Jugend von Kobanê für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Foto: ANHA

genheit Russlands auf dem Kampffeld Syrien. Dennoch war Astana keine Konferenz, die schon einen Frieden hätte besiegeln können. Es ging viel eher darum, die Möglichkeiten auszuloten. So ist auch das Angebot der Autonomie für die Kurden zu verstehen, das später von Regierungssprechern wieder geleugnet wurde.

Das Wiederaufleben von Assad

Im Jahr 2010, als der Arabische Frühling auf Syrien übergriff, wurde inner- und außerhalb Syriens vielfach der Ruf »Assad must go« laut. Nun, also sieben Jahre später, traut sich niemand mehr wirklich, seine Legitimität infrage zu stellen, was ein beachtlicher Erfolg für den amtierenden syrischen Staatspräsidenten ist.

Unter den Dschihadisten macht sich hingegen das Gefühl der Niederlage breit. Zum Symbol dieser Niederlage ist das Bild geworden, in dem die sich ergebenden Dschihadisten in grünen Bussen aus zerstörten Städten abtransportiert werden. Diese Gruppen, die zum Teil besser ausgestattet waren als manch eine reguläre staatliche Armee, wurden vielerorts völlig aufgerieben, weshalb sie anfingen, sich gegenseitig des Verrats zu bezichtigen. Von einer »Freien Syrischen Armee« war schon gar nicht mehr die Rede, auch die Vorwürfe, dass Russland die »gemäßigte Opposition« bombardiere, klangen ab und für das Programm, das die Ausbildung und Bewaffnung neuer Oppositioneller vorsah, flossen auch schon längst keine Dollars mehr. All diese Entwicklungen besiegelten das Schicksal der Dschihadisten nur noch schneller.

Die verlorenen Milliarden

Es sieht so aus, als werde Assad Syrien von diesen Gruppen befreien. Auch sieht es nicht danach aus, dass die Macht des syrischen Staatspräsidenten weiterhin infrage gestellt wird. Mit einer Föderation oder einer Autonomie für die Kurden wird Syrien wohl als Ganzes fortbestehen. Russland wird nun seine Initiative im Mittleren Osten voll ausspielen. Und diejenigen Staaten, die trotz ihrer Milliarden den Stellvertreterkrieg in Syrien verloren haben, müssen sich nun nach neuen Ländern umschauen, in die sie »die Demokratie exportieren« können. Auch Saudi-Arabien wird sich für seine Al-Qaida nach einem neuen Staat umsehen müssen, in den die imperialistische wahhabitische Politik exportiert werden soll. Doch es könnte auch sein, dass sich die dschihadistischen Zöglinge Saudi-Arabiens in Zukunft gegen die Öl-Scheichs selbst wenden.

Die verlorenen Milliarden im Syrienkrieg sind gleich für eine ganze Reihe von Ländern Grund für wirtschaftliche Probleme. Besonders in der Türkei spürt man diese Entwicklung am Wertverfall der Türkischen Lira. Staaten wie Saudi-Arabien, Qatar, Türkei und Frankreich haben für ihre »Investitionen« keinen Gegenwert erhalten und müssen nun ihre eigene Bevölkerung die entstandene Rechnung begleichen lassen. Im Falle Russlands und des Iran ist die Entwicklung eine völlig andere. Die verkauften Waffen, das Erdöl und -gas füllen ihre staatlichen Kassen.

Die »Gewinner« des Krieges

Die Gespräche von Astana gleichen einer Manifestation dieser Entwicklungen. Wenn wir die PYD und ihren erfolgreichen dritten Weg mal außen vor lassen, dann verkörpern die libanesische Hisbollah, Assad, der Iran und Russland die Sieger dieses Krieges. Die PYD und die YPG haben mit dem Widerstand von Kobanê die globale Bühne betreten, aber sie sind nie in einen Topf mit der »syrischen Opposition« geworfen worden, die im Prinzip aus verschiedenen dschihadistischen Gruppen bestand.

Wir befinden uns in der Phase vor Genf III und die Kurden haben ihre Forderung nach Autonomie bzw. einer Föderation klar artikuliert. Was nun folgt, darüber kann spekuliert werden: Vermutlich wird es der Türkei nicht gelingen, Al-Bab einzunehmen. Sie wird sich zurückziehen und ihr »Syrienabenteuer« für beendet erklären. Aus der Not heraus kann es zu einer Vereinigung der Al-Nusra-Front mit dem IS kommen. Die sogenannten »gemäßigten« Islamisten wie Ahrar al-Scham haben bereits der Al-Nusra-Front den Krieg erklärt, woraufhin Letztere die Kontrolle über Idlib übernommen haben. Teile von Ahrar al-Scham und ähnlichen Gruppen haben sich mit den Auseinandersetzungen mit der Al-Nusra-Front bereits von der türkischen Operation »Euphrat-Schild« abgeseilt, um sich auf die Eroberung Idlibs zu konzentrieren. Dieser Prozess wird die Türkei in Syrien noch weiter isolieren. Es könnte sein, dass sie in Panik geraten und mit allen Mitteln versuchen wird, weiterhin einen Teil des von ihr und Konsorten kontrollierten Gebietes zu bewahren.

Und die Kurden – sie werden, egal ob sie zu den folgenden Gesprächen eingeladen werden oder nicht, weiterhin ihre Kantone zu vereinen versuchen. Sie werden darauf setzen, dass die Föderation Nordsyrien offiziell anerkannt wird. Auch die Operation gegen Raqqa wird fortgesetzt werden. Dieser Prozess wird neue Waffenstillstände und neue Friedensverhandlungen mit sich bringen. Wenn es nicht zu Genf III kommt, dann vermutlich zu Astana II, und die Parteien werden sich von Neuem an den Tisch setzen. Und das wahrscheinlich mit neu geschaffenen Tatsachen. ♦

Die Rhetorik um Şengal und wie die Gesellschaft den »Bruderkrieg« abwandte

Wer sich verweigert, wird auf der Strecke bleiben

Meral Çiçek, Journalistin

Anfang des Jahres besuchte der türkische Premierminister Binali Yıldırım erst Bagdad und anschließend die autonome Regionalregierung Kurdistan (Kurdish Regional Government, KRG)/Südkurdistan. Davor hatte es einen heftigen Schlagabtausch zwischen irakischen und türkischen Regierungsvertretern gegeben. Kurz vor der Offensive auf Mûsil (Mossul) verlängerte das türkische Parlament Anfang Oktober 2016 das Mandat für den türkischen »Militäreinsatz« – »Besetzung« wäre der bessere Begriff – in Syrien und dem Irak, besser gesagt Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) und Südkurdistan (Nordirak), um ein Jahr. Daraufhin rief das irakische Parlament seine Regierung dazu auf, gegen die Präsenz der türkischen Besatzungstruppen einzuschreiten. Bagdad hat die Existenz türkischer Truppen in der Nähe von Mûsil als »eklatante Verletzung« seiner Souveränität verurteilt. Anschließend forderte der irakische Premierminister Haider al-Abadi die Türkei auf, ihre Truppen sofort aus Baschika bei Mûsil abzuziehen, und äußerte die Sorge, dass »das türkische Abenteuer zu einem Regionalkrieg führt«. Der Irak verlangte außerdem eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats zur unerwünschten türkischen Militärpräsenz in Baschika.

Der türkische Präsident Erdoğan, der sich ja bekanntermaßen nichts aus Etikette und diplomatischem Verhalten macht, antwortete dem irakischen Premierminister in gewohnter Manier: »Er beleidigt meine Person. Du bist nicht mein Ansprechpartner, du hast nicht meinen Rang, du bist auch nicht mein Kaliber, du hast auch nicht meine Qualität. Dein Herumschreien und Herumbrüllen im Irak ist für uns ohne Bedeutung. Du solltest wissen, dass wir tun werden, was wir wollen. Wer ist das eigentlich? Der Premierminister vom Irak. Lern erst einmal deine Grenzen kennen!«

Keine zwei Monate später hat sich der Ton auf türkischer Seite plötzlich komplett verändert. Jetzt hieß es auf einmal, die Souveränität des Irak sei für die Türkei sehr wichtig.

Was war der Grund für diesen plötzlichen Meinungswandel? Warum ist der türkische Premierminister zwei Monate nach Erdoğans heftigen Worten nach Bagdad gereist und hat hier versucht, den Streit mit Al-Abadi zu entschärfen? Die Antwort auf diese Fragen ist in Şengal (Sindschar) zu suchen. Aber gehen wir dazu wieder einige Schritte zurück.

Die Stadt Şengal geriet am 3. August 2014 in den Fokus der Weltöffentlichkeit. An diesem Tag überfiel der Islamische Staat (IS) das Hauptsiedlungsgebiet der Êzîden, einer religiösen Minderheit der Kurden, in Südkurdistan und verübte hier einen Völkermord. Die Terrormiliz massakrierte unzählige êzîdische Zivilisten und verschleppte schätzungsweise fünftausend Mädchen und Frauen, um sie als Kriegsbeute auf Sklavenmärkten zu verkaufen. Viele junge Frauen und Mädchen stürzten sich von den Klippen der Şengal-Berge, um nicht in die Hände des Islamischen Staats zu geraten. Ältere Frauen, die sich nicht als auf den Märkten zu verkaufende Sexsklavinnen eigneten, wurden getötet und in Massengräber geworfen. Das gesamte Ausmaß dieses Genozids, der als 73. Ferman, also 73. Völkermord, in die tragische und schmerzhafte Geschichte der Êzîden eingegangen ist, konnte bisher noch nicht vollständig untersucht werden, da sich noch ein wichtiger Teil Şengals unter der Kontrolle des IS befindet. Auch sind schätzungsweise dreitausend versklavte Mädchen und Frauen immer noch in den Fängen des IS.

Zu diesem 73. Genozid in der Geschichte der Êzîden konnte es im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts kommen, weil das Volk von Şengal dem IS schutzlos ausgeliefert worden war. Şengal ist eine kurdische Stadt mit einer mehrheitlich kurdischen Bevölkerung in Südkurdistan. Die meisten dort lebenden Kurden sind êzîdischen Glaubens, der seinen Ursprung im Zoroastrismus hat. Da sich die Êzîden gegen Islamisierung und Unterwerfung gewehrt haben, wurden sie dutzende Male massakriert. Wer diese Völkermorde überlebte, wurde als Teufelsanbeter denunziert und systematisch diskriminiert.

Şengal, eine der wenigen noch existierenden heiligen Stätten und ein Hauptsiedlungsgebiet der Êzîden, wird von der irakischen Zentralregierung verwaltet. Die Stadt gehört zum

Gouvernement Ninive mit seiner Hauptstadt Mûsil. Die Provinz Ninive besteht neben Şengal und Mûsil aus den Distrikten Akre, al-Ba'adsch, al-Hamdaniya, Hatra, Schikhan (kurdisch: Şêxan), Tal Afar und Tilkaif. Bei Schikhan handelt es sich um ein weiteres wichtiges êzîdisches Siedlungsgebiet, da es das Zentrum der êzîdischen Scheiche bildet. Zudem ist es Domizil des wichtigsten êzîdischen Oberhaupts, Babê Şêx (»Vater der Scheiche«). Während Schikhan, genauso wie Akre, von der Autonomen Region Kurdistan verwaltet wird, steht die Volksabstimmung, mit der die Bevölkerung der Provinzen Kerkûk, Salaheddin, Ninive und Diyala nach Artikel 140 der irakischen Verfassung entscheiden soll, ob sie weiterhin von der Zentralregierung oder der kurdischen Autonomieregierung verwaltet werden soll, noch immer aus.

Trotzdem hat es vor dem 73. Völkermord in Şengal eine Defacto-Situation gegeben. Obwohl die Stadt unter Verwaltung der irakischen Zentralregierung stand, herrschte in Şengal de facto die Demokratische Partei Kurdistans (PDK). Das kurdische Autonomiegebiet und das gesamte Südkurdistan sind historisch in zwei Gebiete geteilt, deren Grenze sich nach der Verbreitung der zwei hauptsächlich gesprochenen kurdischen Dialekte richtet. Im Behdinan-Gebiet, zu dem Şengal gehört, wird Kurmancî, hier auch Behdinî genannt, gesprochen. Heute befindet es sich unter Kontrolle der PDK, die wiederum vom Barzanî-Clan geführt wird. Im Soranî-Gebiet, das sich von der regionalen Hauptstadt Hewlêr (Erbil) bis zur iranischen Staatsgrenze erstreckt, wird Soranî gesprochen. Es befindet sich mit Ausnahme von Hewlêr zum größten Teil unter Kontrolle der Patriotischen Union Kurdistans (YNK) mit Celal Talabanî als Führer. Hewlêr wurde von der YNK kontrolliert, bis diese 1996 von der PDK mit Unterstützung des Baath-Regimes mit extremer Gewalt aus der Stadt gejagt worden ist.

In Südkurdistan wird die Verwaltung durch einen semimilitärisch geprägten Sicherheitsapparat gewährleistet. Wie an vielerlei Orten im von Krieg und Chaos bestimmten Mittleren Osten findet keine Trennung zwischen Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen statt. Lokale und zentrale sogenannte »Asayîş«-Stellen sind deshalb sowohl für lokale Administration als auch für sicherheitsrelevante, gar geheimdienstliche Angelegenheiten zuständig. Beim Großteil des Asayîş-Personals handelt es sich um Peşmerge, welche die lokalen bewaffneten Kräfte der KRG stellen. Sie haben einst den bewaffneten Kampf gegen das irakische Regime geführt und sind dann zusammen mit der Gründung der kurdischen Autonomieregierung sozusagen zur hiesigen Streitkraft geworden. Oberbefehlshaber ist der Präsident der kurdischen Autonomieregierung, also momentan – obwohl seine Amtszeit schon seit zweieinhalb Jahren abgelaufen ist – Mesûd Barzanî. Auch wenn es in der KRG einen Verteidigungsminister gibt, sind die Peşmerge-Kräfte praktisch entweder an die PDK oder die YNK gebunden und erhalten ihre Befehle von dort. Auch innerhalb der Parteien gibt es verschiedene Flügel, weshalb die Peşmerge auch intern geteilt sind. Das heißt, wir können in Südkurdistan nicht von einer einheitlichen, parlamentarisch kontrollierten Streitkraft sprechen.

Diese Informationen sind wichtig, um zu verstehen, wie es dazu hatte kommen können, dass beim Einfall des IS in Şengal zunächst kein militärischer Widerstand geleistet wurde. Zuständig für die Sicherheit in Şengal war die PDK, die mehrere Hundert, wenn nicht gar tausend Peşmerge hier stationiert hatte. Als der IS jedoch in Şengal einmarschierte, verließen die dort Stationierten die Stadt plötzlich in Richtung Duhok und lieferten die êzîdische Bevölkerung auf diese Weise dem IS aus. Obwohl diese darum flehte, ihnen wenigstens ihre Waffen zu geben, damit sie sich gegen den IS wehren könnten, flohen die Peşmerge mit ihren Waffen aus der Stadt.

Dieser Verrat an der êzîdischen lokalen Bevölkerung geschah nicht einfach aus persönlichem Kalkül, sondern auf Befehl. Die Peşmerge hatten die Order erhalten, sich aus der Stadt nach Duhok zurückzuziehen, das Zentrum der PDK. Aber wer hatte den Befehl gegeben? Einige Peşmerge-Kommandanten wurden nach der IS-Offensive von PDK-Führer Barzanî suspendiert. Aber waren sie wirklich die Verantwortlichen? Ist es möglich, dass lokale Kommandanten einen solchen Befehl ohne Rücksprache mit oder Order von höheren Stellen gegeben haben? Angesichts der extrem zentralistischen Strukturen in Südkurdistan ist es sehr unwahrscheinlich. Das heißt, der Befehl an die Peşmerge, sich von der Stadt zurückzuziehen, muss von sehr hoher Stelle gekommen sein.

Interessant ist an dieser Stelle auch die Haltung gegenüber der PKK kurz vor dem Genozid. Abdullah Öcalan, der seit dem 15. Februar 1999 als Resultat einer zwischenstaatlichen NATO-Operation vollkommen isoliert auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı gefangen gehalten wird, hatte vor der Gefahr eines Angriffs des IS auf Şengal gewarnt. Der hatte im Juni 2014 die Städte Mûsil und Tal Afar überfallen. Nach Mûsil und Tal Afar ist Şengal die nächste Stadt in Richtung syrischer Grenze und demnach Raqqa, der Hauptstadt des IS. Dementsprechend war die Gefahr klar abzusehen. Die PKK hat deshalb – den Worten des obersten Guerillakommandanten Murat Karayılan nach – mehrere Male Kontakt zur PDK aufgenommen und sie durch Briefe vor der näherrückenden Gefahr gewarnt. Diese habe jedoch nicht auf die Warnungen geantwortet. Daraufhin rief Abdullah Öcalan während eines Gesprächs mit HDP-Abgeordneten im Rahmen der sogenannten »Lösungsphase« die PKK dazu auf, bewaffnete Einheiten nach Şengal zu verlegen. Dies wurde jedoch von der PDK nicht erlaubt und mehrere zivile Kader der PKK, die versucht hatten, nach Şengal zu gelangen, wurden von den Asayîş-Kräften ver-



Vor der Stadt Şengal leben viele Menschen noch immer in Zelten. Foto: ANHA

haftet. Es waren dann neun PKK-Guerillakämpfer, denen es trotzdem gelang, auf den Berg Şengal zu gelangen und am 3. August 2014 die dorthin geflüchteten Êzîden zu verteidigen. Zu ihrer Hilfe eilten Kämpfer der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) aus Rojava. Während sie den Berg Şengal gegen den IS verteidigten, konnten innerhalb von fünf Tagen zwanzigtausend Êzîden vom Berg über einen von Einheiten der PKK-Guerilla HPG (Volksverteidigungskräfte) und der YPG/YPJ erkämpften humanitären Korridor nach Rojava in Sicherheit gebracht werden.

Heute verfügen die Êzîden auf dem Berg über die Widerstandseinheiten Şengal (YBŞ) und die êzîdischen Fraueneinheiten (YJÊ), die für die Verteidigung sorgen und aus Êzîden aus der Region bestehen. Darüber hinaus sind Selbstverwaltungsstrukturen wie Frauen- und Volksräte gegründet worden. Dass die PKK hierbei – sei es praktisch oder theoretisch – eine führende Rolle gespielt hat, ist nicht zu leugnen. Sie fordert Autonomie und das Recht auf Selbstverteidigung für das êzîdische Volk in Şengal, da das Fehlen von Selbstverteidigung, Selbstorganisierung und Selbstverwaltung zur Schutzlosigkeit während des Völkermords geführt hat. Um zu verhindern, dass es zu einem 74. Genozid an den Êzîden kommt, soll – der PKK nach – die Selbstorganisierung gestärkt werden. Und das ist etwas, das die zentralistische PDK mit Sicherheit nicht gutheißt. Nicht zu vergessen, dass viele, wenn nicht die meisten Êzîden in der Region seit dem Völkermord die PKKler als Helden feiern und die PDKler als Verräter verfluchen.

Kommen wir jetzt nach dieser langen Einleitung zurück zum Beginn dieses Artikels und unserem eigentlichen Thema. Warum hat die türkische AKP-Regierung, allen voran Erdoğan, den irakischen Präsidenten Al-Abadi erst heftig beschimpft und dann plötzlich im Januar eine 180-Grad-Wendung vollzogen?

Dass sie alle Jahre wieder damit droht, in Qandil einzumarschieren, ist nichts Neues. Diese Platte wurde im Herbst, kurz vor Beginn der Offensive auf Mûsil, wieder einmal aufgelegt. Erst hieß es, man werde »den Terror ausrotten« und »Qandil dem Erdboden gleichmachen«. Die Qandilberge in Südkurdistan befinden sich unter PKK-Kontrolle. Qandil wird synonym mit PKK-Zentrale genutzt.

Während zunächst – mal wieder – »nur« mit der militärischen Besetzung der Qandilberge gedroht wurde, fiel Ende Oktober 2016 plötzlich auch der Name Şengal. Erst sagte Erdoğan: »Sindschar *[arabische Bezeichnung für Şengal]* ist dabei, zu einem zweiten Qandil zu werden. Deshalb werden wir Sindschar nicht zulassen, denn dort ist die PKK.« Kurze Zeit später drohte Devlet Bahçeli, Führer der ultranationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), die sich mit der AKP zur nationalen faschistischen Front zusammengeschlossen hat: »Die Türkei verfügt über die Kraft, die Verräter, die sich in Sindschar zu positionieren versuchen, auch auf irakischem Boden zu verfolgen und zu eliminieren. Egal, ob wir uns in Gefahr befinden oder nicht, es ist unser Recht, die türkische Flagge in Qandil oder Sindschar zu hissen.« Diese Worte sind nicht nur Drohungen, sondern spiegeln zugleich

die türkische Staatsmentalität wider, die militärische Besetzung fremden Territoriums für ihr Recht hält.

Diese Pläne für eine Besetzung Şengals wurden dann mit der Sitzung des türkischen Nationalen Sicherheitsrats am 30. November offiziell. In der Erklärung hieß es: »Kraftvoll wurde unterstrichen, dass die Strukturen von PKK/PYD/YPG und anderen Terrororganisationen im Norden Syriens und dem Gebiet Sindschar im Irak keinesfalls erlaubt werden und wenn notwendig von jeglicher Möglichkeit Gebrauch gemacht werden wird.« Außerdem sei man dafür »zu jeglicher Kooperation mit den Kräften in der Region bereit«.

Wenige Tage vor der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats hatte Nêçîrvan Barzanî, Premierminister der KRG und zugleich Neffe von Mesûd Barzanî, Ankara besucht und hinter geschlossenen Türen über anderthalb Stunden mit Erdoğan und dem türkischen Geheimdienstchef Hakan Fidan gesprochen. Dass hier vor allem über Şengal und eine Offensive gegen die PKK diskutiert wurde, ist bekannt. Das heißt, basierend auf den zwischen Erdoğan und Barzanî festgelegten Punkten sowie den hier von der PDK gemachten Zusicherungen für eine Kooperation wurden auf der Sitzung des Sicherheitsrats offizielle Beschlüsse gefasst.

> Was aber sind die Gründe für die türkischen Pläne einer militärischen Besetzung Şengals? Wieso ist das Gebiet für die türkische Regierung plötzlich so wichtig? Natürlich ist der erste und wichtigste Grund die PKK, besser gesagt ihr Einfluss in Şengal.

Was aber sind die Gründe für die türkischen Pläne einer militärischen Besetzung Şengals? Wieso ist das Gebiet für die türkische Regierung plötzlich so wichtig? Natürlich ist der erste und wichtigste Grund die PKK, besser gesagt ihr Einfluss in Şengal. Zahlenmäßig dürfte sie dort nur sehr begrenzt vertreten sein. Aber dass die Êzîden auf dem Berg Şengal ihre Selbstverwaltung, Selbstorganisierung und Selbstverteidigung vorantreibend de facto eine Art demokratische Autonomie aufbauen, ist ohne Zweifel auf den Einfluss der PKK zurückzuführen. Jahrelang sind die Êzîden in Şengal kontrolliert worden. Von Duhok aus wurde ein System entwickelt, in dem die Bevölkerung über lokale Kollaborateure kontrolliert wird. Systematisch wurde jegliche Entwicklung unterdrückt und die Organisierung des kollektiven Willens verhindert. Zusammen mit dem Aufbau von demokratischen lokalen Strukturen, wie dem Volksrat und dem Frauenrat von Şengal, ändert sich dies jetzt radikal. Aus diesem Grund sind eine Vertreibung der PKK und eine Zerstörung dieser basisdemokratischen Strukturen in Şengal für die PDK von Interesse.

Der türkischen Regierung, die einen genozidalen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und deren widerständige Organisationen führt, ist die PKK überall in der Welt ein Dorn im Auge, der gezogen werden muss. In diesem Sinne will sie die PKK bzw. die kurdische Befreiungsbewegung überall eliminieren. Hierzu gehört auch Şengal. Während es praktisch gesehen fast unmöglich scheint, in Qandil einzumarschieren, stellt Şengal ein weit kleineres Gebiet mit begrenzten militärischen Möglichkeiten dar. Wenn die AKP in ihrem genozidalen Krieg schon nicht in Qandil einmarschieren kann, so soll es wenigstens Şengal sein.

Aber darüber hinaus spielen weitere Faktoren eine große Rolle. Vor allem Rojava. Şengal stellt das Tor zu Rojava dar. Die militärische Besetzung Şengals würde den Druck auf Rojava verstärken, das sowohl von der Türkei als auch von Südkurdistan einem Embargo ausgesetzt wird. Auf diese Weise würde Rojava komplett eingekesselt werden. Denn im Norden und Nordwesten Rojavas stehen das türkische Militär und von der Türkei unterstützte sogenannte »Rebellen« der Freien Syrischen Armee (FSA). Im Süden steht der Islamische Staat. Vom Osten aus übt die PDK das Embargo aus.

Aber darüber hinaus sind aktuelle regionale Entwicklungen von Bedeutung. Vor Beginn der Mûsil-Offensive wurde darüber berichtet, dass die lokalen Verteidigungskräfte von Şengal (YBŞ) an der Offensive teilnehmen würden. Während der Offensive zur Befreiung des Stadtzentrums von Şengal haben die YBŞ bewiesen, dass sie im Kampf gegen den IS die stärkste Kraft vor Ort darstellen. Aus diesem Grund hätte ihre Teilnahme an der Offensive zur Befreiung Mûsils mit Sicherheit einen großen Beitrag geleistet. Aber kurz vor Beginn der Offensive muss eine Intervention von außen stattgefunden haben, um die Teilnahme der YBŞ zu verhindern. Die Türkei wird hierzu ihre erprobte Politik der Erpressung benutzt haben. Womit sie auch immer der irakischen Regierung oder der internationalen Koalition gedroht haben mag, im Ergebnis haben die YBŞ zwar nicht direkt an der Mûsil-Offensive teilgenommen, im Süden Şengals jedoch eine eigene Operation zur Befreiung von IS-besetzten Dörfern gestartet. Diese Operation hat im November 2016 innerhalb weniger Tage ihr Ziel erreicht und ist erfolgreich beendet worden.

Zeitgleich haben schiitische Milizen in Tal Afar eine Offensive gegen den IS begonnen. Tal Afar liegt genau zwischen Mûsil und

Şengal und ist von strategischer Bedeutung; sowohl für den IS als auch für alle Kräfte in der Region. Die schiitische Volksmiliz Hashdi Shaabi ist zwar an die irakische Zentralregierung gebunden, es ist aber kein Geheimnis, dass der Iran großen Einfluss auf die Miliz hat und teilweise sogar kommandiert.

Dieses Detail ist von großer Bedeutung, denn einer der Gründe für die Vertagung der Offensive zur Befreiung Mûsils war die Frage nach der Kontrolle der Stadt nach dem IS. Wer sollte in Mûsil herrschen? Schiiten oder Sunniten? Die türkische Regierung sowie die kurdische PDK haben sich relativ früh auf die Seite der sunnitischen Front, angeführt von Saudi-Arabien und Qatar, geschlagen. Auf der anderen Seite wird die schiitische Front von der irakischen Regierung und dem Iran repräsentiert. Die kurdische Befreiungsbewegung jedoch hat von Anfang an unterstrichen, dass sie ein Modell lokaler Autonomie und Selbstverwaltung für diese multiethnische und multireligiöse Stadt präferiert.

Durch die schiitische Offensive in Tal Afar, das an Şengal angrenzt, würden die kurdischen Kräfte in Şengal, angefangen bei den YBŞ, neue Möglichkeiten gewinnen, ihr auf Selbstverteidigung, Selbstorganisierung und Selbstverwaltung bauendes neues System auszuweiten und zu stärken. Weil sie so einerseits die Chance erhielten, den IS weiter zurückzudrängen, und andererseits durch weitere Erfolge im Kampf gegen den IS noch mehr an Legitimität gewinnen würden. Außerdem wäre auf lokaler Ebene auch eine Zusammenarbeit mit irakischen Streitkräften denkbar. Die YBŞ sind jetzt schon von der irakischen Regierung als lokale Selbstverteidigungskraft anerkannt. Wie ärgerlich diese offizielle Anerkennung aus Sicht der Türkei ist, muss nicht weiter ausgeführt werden. Aber dass die YBŞ wie die YPG/YPJ in Rojava gemeinsam mit Mitgliedsstaaten der internationalen Koalition kämpfen und auf diese Weise an internationaler Legitimität gewinnen, will die Türkei mit allen Mitteln verhindern. Dies ist ein weiterer Aspekt des geplanten Angriffs der Türkei auf Şengal.

Vielleicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte überwinden Êzîden, die in einer Kastenstruktur organisiert waren, interne gesellschaftliche Hierarchien und entscheiden gemeinsam über ihre Zukunft. Sie organisieren sich basisdemokratisch und nehmen ihr Schicksal so komplett in die eigene Hand.

Das Ganze muss auch aus ideologischer Sicht betrachtet werden. In Şengal wird in den letzten zweieinhalb Jahren ein alternatives System aufgebaut. Es basiert auf Pluralismus und demokratischer Partizipation. Vielleicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte überwinden Êzîden, die in einer Kastenstruktur organisiert waren, interne gesellschaftliche Hierarchien und entscheiden gemeinsam über ihre Zukunft. Sie organisieren sich basisdemokratisch und nehmen ihr Schicksal so komplett in die eigene Hand. Auf diese Weise werden auch politische, gesellschaftliche und ökonomische Abhängigkeiten überwunden. Und das ist auch der Grund dafür, dass die PDK, wie jüngst von Human Rights Watch berichtet, ein Embargo gegen Şengal praktiziert. In diesem Sinne symbolisiert Şengal die Linie des freien bzw. freiheitsliebenden Kurden, der keinerlei Kollaboration und Abhängigkeit duldet. Die Zusammenarbeit zwischen Türkei und PDK sollte auch in diesem Licht betrachtet werden.

Zur Offensive auf Şengal ist es nicht gekommen. Das Thema scheint erst einmal von der Tagesordnung gestrichen. Das wiederum ist ein Verdienst der Bemühungen um nationale Einheit. Die Türkei hatte geplant, die Offensive im Januar zu beginnen. Aus diesem Grund war der türkische Premierminister so plötzlich erst nach Bagdad, dann nach Hewlêr gereist. Deshalb hatte sich der Ton gegenüber der irakischen Regierung plötzlich um 180 Grad gedreht. Die türkische Regierung wollte ursprünglich die PDK direkt in die Operation mit einbeziehen. Aber genau zu diesem Zeitpunkt ist die südkurdische Gesellschaft dazwischengegangen. Erst sind ehemalige Peşmerge-Kämpfer, dann die Jugendbewegung und dann Akademiker sowie Intellektuelle nach Qandil gereist und haben hier ein Zeichen gesetzt. Sie haben klar erklärt, dass sie als südkurdische Gesellschaft einen weiteren Bruderkrieg nicht dulden werden und sich, wenn nötig, dazwischenstellen werden. Als sich diese Initiative dann weiter ausgeweitet hat und in verschiedenen kurdischen Städten die Menschen auf die Straße gegangen sind und so den Druck auf die PDK intensiviert haben, hat diese die Forderung der Türkei dann abgelehnt. Denn trotz aller Manipulation und Gegenpropaganda über Presse und Rundfunk war es nicht möglich gewesen, eine solche Operation gegen Şengal in den Augen der kurdischen Gesellschaft zu legitimieren.

Es ist zu hoffen, dass dies auch so bleibt. Aber um dies zu garantieren, ist es von großer Bedeutung, die Bemühungen und Arbeiten für kurdische nationale Einheit weiterzuführen. Ein kurdischer Nationalkongress ist in diesem Zusammenhang ein Muss. Wer sich an diesen Bemühungen beteiligt, wird an Kraft gewinnen und dem Prozess in Kurdistan Kraft schenken. Wer sich jedoch dieser historischen Notwendigkeit in den Weg stellt, wird selbst auf der Strecke bleiben. ♦

Machtinteressen verhindern eine positive Entwicklung in Südkurdistan

Die ungewisse Zukunft der südkurdischen Region

Kamal Chomani, Journalist

Während wir dem totalen Zusammenbruch von Daesch (dem Islamischen Staat – IS) immer näher kommen, geht die Autonome Region Kurdistan (ARK) einer unsicheren Zukunft entgegen. Es gibt viele innere, regionale und internationale Themen, mit der sich die Autonome Region nach der Beseitigung des IS im Irak befassen sollte.

Korruption

Auf einem der Treffen des Ministerrats Ende 2015, an dem die Vorsitzenden der parlamentarischen Blöcke und der Parlamentsausschüsse für Finanzen und Umweltressourcen, Umweltminister Ashti Hawrami, Finanzminister Rebaz Hamlan und der stellvertretende Premierminister Qubad Talabani anwesend waren, machte Premierminister Nêçîrvan Bazarnî den Anwesenden ein historisches Eingeständnis: »In meinem und dem Namen Qubad Talabanis sage ich, dass wir, die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) und die Patriotische Union Kurdistans (YNK), in den letzten 23 Jahren seit Gründung der KRG (Regionalregierung der Autonomen Region Kurdistan) die schlimmste Art von Regierung umgesetzt haben, was nicht mehr entschuldigt werden kann. Lasst uns das beheben.« Diese Aussage wurde am 9. August von dem bei dem Treffen anwesenden Soran Omer, Mitglied im kurdischen Parlament von der Fraktion der Islamischen Gruppe Kurdistan (auch Komal genannt), bekannt gemacht. Die Autonome Region Kurdistan ist sozial gründlich gespalten. Es gibt zwei Klassen, die sich gegenseitig als Bedrohung ansehen. Eine kleine Elite, die meist mit der PDK oder YNK verbunden und zu Millionären geworden ist, und eine Unterschicht, die sich kein angemessenes Leben leisten kann. Am 1. Februar 2016 berichtete xelk.org, basierend auf einer Untersuchung von Rebar Jalal, MA-Student am Kolleg für Wirtschaft und Verwaltung an der Salahaddin-Universität, es gebe »neun Milliardäre mit einem Vermögen von über einer Milliarde Dollar und fünf Millionäre, deren Vermögen mehr als 400 Millionen Dollar beträgt«. Ein Zitat von Dara Jalil Khayat, Vorsitzender der Handelskammer der Autonomen Region, bestätigt die Untersuchung: »Die Resultate der Forschung sind nah an der Wahrheit. Nach unseren Statistiken gibt es in der Autonomen Region Kurdistan 8 839 Geschäftsleute, deren Vermögen über eine Million Dollar beträgt.«

Währenddessen liegt laut derselben Studie die Arbeitslosigkeit bei über 20 % und 30 % der Menschen in der Region leben unterhalb der Armutsgrenze. Auch wenn ich diese Zahlen bezweifle – denn ich denke, die Rate, besonders die der Arbeitslosigkeit, sollte höher sein –, aber wenn wir diese Raten akzeptieren, bedeutet das, dass die Region Kurdistan ihre schlimmste Zeit erlebt und ihre derzeitige sozioökonomische und politische Situation eine Bedrohung für ihre Existenz ist.

Firsat Sofi, Parlamentsmitglied der PDK, sagte einmal, dass »Korruption gefährlicher als Daesch« sei. Nach seiner Erklärung am 3. August auf NRTV zeigte er einen Brief des De-facto-Präsidenten Mesûd Barzanî an ihn, der ihm zur Unterstützung seiner Bemühungen gegen Korruption geschrieben hatte: »… Ich bitte Sie, jede korrupte Person vor Gericht zu bringen und zu benennen und zu beschämen …«

Seitdem gab es durch die Präsidentschaft und den Ministerrat der Autonomen Region Kurdistan viele Reformpakete, doch bis jetzt hat keines dieser Pakete irgendeine Reform gebracht. Die Korruptionsbekämpfung in der Region ähnelt dem Treppenputzen: Man muss von ganz oben anfangen. Deshalb bleibt die Korruption unangetastet und darum sollten die Anführer der beiden Hauptparteien in der Region Kurdistan, der PDK und der YNK, vor Gericht gestellt werden.

Peşmerge

Auch wenn die Kräfte der Peşmerge mutig gegen den barbarischen Daesch kämpfen, haben sie durch einen Mangel an Professionalität, Organisiertheit und Einheitlichkeit entscheidende Fehlschläge wie die Niederlage in Şengal (Sindschar) erlitten. Die Peşmerge müssen sich professionalisieren, organisieren und vereinheitlichen. Glücklicherweise sind die normalen

Peşmerge meist für eine Zusammenführung unter dem Kommando des Peşmerge-Ministeriums und nicht für die Kontrolle durch die PDK oder YNK. PDK und YNK sind echte Hindernisse für eine Zusammenführung der Peşmerge-Kräfte. Wenn diese Parteien aufrichtig zu deren Zusammenführung gewillt wären, hätten sie das schon vor langer Zeit tun können. Die Zusammenlegung der Kräfte ist zu einer unmöglichen Aufgabe geworden. Die Vereinigten Staaten sind vielleicht ein Einflussfaktor, um PDK und YNK zum Vereinigen der Kräfte zu bewegen. Während des Krieges gegen den IS war das für die USA nicht wichtig, sie brauchten Bodentruppen, egal, ob sie den Parteien oder der Regierung angegliedert waren. Die 70. und 80. Division der YNK und PDK sollten zusammen mit den Zêrevanî *[militarisierte Polizeieinheiten]* der PDK und der Not(fall)polizei der YNK in das Peşmerge-Ministerium integriert werden. Die Peşmerge sollten ausschließlich aus zivilen Kräften bestehen und ihre Kommandeure und Mitglieder dürfen nicht in Verbindung mit irgendeiner Partei stehen. Um die Möglichkeit zu schaffen, eine neue effektive Armee aufzubauen, sollten die meisten Befehlshaber der PDK- und YNK-Peşmerge in Pension geschickt werden, da diese alten Wächter der Partisanenkräfte nie einer Vereinigung zustimmen werden. YNK und PDK werden sie auch weiterhin behindern, weil jede Partei gewaltige ökonomische und politische Interessen hat und ihre lange Konfliktgeschichte jedes Fünkchen Vertrauen zerstört hat. Das Gleiche gilt für die Asayîş *[kurdische Sicherheitskräfte]*. PDK und YNK haben ihre eigenen Asayîş- und Geheimdiensteinheiten, die vereinigt sein sollten. Das ist sogar noch komplizierter als bei den Peşmerge, da beide Asayîş viel gegeneinander benutzt wurden.

Öl und Gas

Öl und Gas sind zu einem Fluch für die Menschen geworden. Durch die Öl- und Gaseinkünfte sind die Anführer von PDK und YNK zu Milliardären geworden und haben ein Unterstützungssystem geschaffen, das lediglich den PDK- und YNK-Interessen dient. Ohne eine radikale Veränderung in der Öl- und Gaspolitik, damit sie den Menschen in Kurdistan nutzt, ist die Stabilität der Autonomen Region Kurdistan in Gefahr. Um die natürlichen Rohstoffe Kurdistans in einen Segen für die Menschen zu verwandeln, ist Transparenz das Schlüsselelement. Bisher profitieren die zwei Familien und der Kreis um die PDK und die YNK von Gas und Öl, was unbedingt geändert werden muss. Die Kontrolle der Geschäfte mit Öl und Gas durch PDK und YNK muss enden. Lasst uns dies auch beenden.

Im Oktober und im November 2016 unterschrieb die KRG mit den aus dem Vereinigten Königreich stammenden Firmen »Ernst and Young« und »Deloitte« Vereinbarungen zur Überprüfung der Öl- und Gasverläufe in der Region. In einem Interview mit Al-Monitor sagte Premierminister Nêçîrvan Barzanî: »Natürlich werden wir nicht zulassen, dass sie (Deloitte und Ernst and Young) Einblick in die Vereinbarung mit der Türkei bekommen.« Selbst wenn die KRG ihnen erlaubt, die Vereinbarung einzusehen, und sie die beste Überprüfung durchführen, wird das nichts an der Korruption in der Regionalregierung ändern, solange die KRG der Öffentlichkeit, den Medien und dem Parlament keinen ernsthaften strategischen Plan über die Bereitstellung der Ausgaben vorlegt. In den letzten vier Jahren hat das jetzige Kabinett keinen jährlichen Haushaltsplan oder ein entsprechendes Gesetz erstellt und niemand in der Autonomen Region Kurdistan weiß, wie die Regionalregierung die Einnahmen verwendet. Das ist eine der am dringendsten benötigten Reformen. Wenn die KRG eine nationale Sicherheitskraft gehabt hätte, wäre das Massaker von Şengal (Sindschar) vielleicht nicht geschehen. Es ist schwierig, wenn zwei verschiedene Sicherheitskräfte in einer kleinen Region operieren, da ihre Arbeit unweigerlich voneinander abweichen und zu Konflikten führen wird.

PDK und YNK verfügen immer noch über ihre Sicherheitskräfte, die ihre Interessen schützen. Wenn die Asayîş und Peşmerge nicht vereint sind, wird Demokratie nie entwickelt werden können. Denn falls die Demokratie einmal den Interessen von PDK und YNK entgegensteht, werden die Asayîş und Peşmerge gegen die Demokratie eingesetzt. Wir haben so etwas beobachtet, als die PDK einen Gesetzesvorstoß zur Änderung des Präsidentengesetzes im Parlament als Putsch und Bedrohung bezeichnete, um diejenigen zu bekämpfen, die nicht dem politischen Konsens der PDK-Interessen folgten. Dies hinderte letztlich auch Parlamentssprecher Yusuf Muhammad daran, Hewlêr (Erbil) zu betreten, er hat seit dem 12. Oktober 2015 nicht die Stadt betreten können, und das Parlament ist seitdem paralysiert.

Regieren und institutionalisieren

Wie Nêçîrvan Barzanî schon sagte, die 23-jährige Herrschaft der KRG ist die schlimmste Art von Regierung, was hauptsächlich auf einen Mangel an Institutionalisierung zurückzuführen ist. Abgesehen von Vetternwirtschaft, Parteilichkeit, Tribalismus und Familieninteressen, auf deren Grundlage Regierungspositionen verteilt wurden, hat die Beschäftigung von Menschen ohne jegliche Qualifikation die KRG-Institutionen zu den institutionalisiertesten Institutionen gemacht.

Während die YNK und die Regionalwahlgewinner anderer Parteien in der Provinz Silêmanî (Sulaimaniyya) Posten entsprechend ihrer Stimmenzahl verteilt haben, gibt es dieses Vorgehen weder in Duhok (Dohuk) noch in Hewlêr, wo die PDK die Macht und alle Posten beibehält.

Als erster Schritt sollten sowohl die PDK als auch die YNK damit aufhören, die Regierungsposten zu besetzen und an sich zu reißen und frisches Blut zulassen.

Als Zweites sollte an der Institutionalisierung der Institution gearbeitet werden – und zwar mit Hilfe von Bildung, Workshops, Kursen und unter Beobachtung lokaler NGOs und Gerichte.

Lasst die Hochschularbeit ihre Wirkung zeigen und verbindet sie nicht mit Politik. Politische Parteien haben ihre Professoren aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit und nicht wegen ihrer Verdienste in die Ämter von Universitätspräsidenten und Dekanen eingeführt. Die meisten Professoren und Angestellten der Universität werden gezwungen, Mitglieder einer politischen Partei zu sein, und das muss aufhören. Es muss eine Reform der höheren Bildung verfolgt werden, aber ohne eine Beschneidung des Einflusses der Partisanen an den Universitäten wird sich nichts bewegen.

Gesundheitssystem

Unglücklicherweise ist auch das Gesundheitssystem der Regionalregierung das schlechteste in der Region. Wenn du irgendeinem unserer Krankenhäuser einen Besuch abstattest, nachdem du Krankenhäuser im Iran oder der Türkei gesehen hast, wirst du die Unterschiede realisieren. Die Menschen in Kurdistan trauen den Krankenhäusern und der Medizin hier nicht, denn sie hatten sehr schlechte Erfahrungen mit dem lokalen Gesundheitssystem. Die PDK und YNK hatten versucht, den Gesundheitssektor zu privatisieren, ohne Reglementierung für die privaten Krankenhäuser. Auf einer Konferenz Anfang Januar 2017 sagte Premierminister Barzanî ganz deutlich, dass die KRG das Gesundheitssystem privatisieren werde, obwohl laut irakischer Verfassung der Gesundheitsdienst im Irak ein natürliches Recht und kostenlos ist.

Der Vizepräsident der Autonomen Region Kurdistan, Kosrat Rasul, ist Mitglied einer sozialdemokratischen Partei, der YNK, die lange für eine freie Gesundheitsversorgung der Menschen eingetreten ist. Aber jetzt ist er Besitzer des größten privaten Krankenhauses in Hewlêr mit Preisen, die höher liegen als in europäischen Ländern. Entwickelt den Patienten zuliebe öffentliche Krankenhäuser und reguliert die privaten. Wir können das schaffen, wenn der Wille zu einem kostenlosen Gesundheitssystem in der Autonomen Region Kurdistan besteht. Das sozialistische Gesundheitssystem, das wir haben, braucht eine Reform und keinen Wechsel.

Präsidentschaft

Die beiden Amtszeiten Präsident Barzanîs endeten im Jahr 2013, obwohl er es geschafft hat, sich durch dubiose Geschäfte und eine Lücke im System nutzend noch zwei Jahre länger zu halten. Mit seinem sogenannten strategischen Partner, der YNK, wurde seine Präsidentschaft erneuert, was wir als verzweifelte Maßnahme zum Schutz der Interessen der Familien deuten können. Als seine Amtszeit am 19. August 2015 ablief, entfachte Barzanîs Posten allerdings wieder Kontroversen. Mesûd Barzanî weigerte sich zurückzutreten, was die politische Krise in der Autonomen Region Kurdistan noch vertiefte. Seitdem genießt er diese Macht illegal. Ohne Institutionalisierung des politischen Systems werden solche Akte der Machtausbeutung bestehen bleiben.

Die Präsidentschaft als neue Institution mit unbegrenzten Befugnissen wurde in der Autonomen Region nie errichtet, trotz zahlreicher Intellektueller, die dies forderten. Barzanî verhinderte bewusst die Errichtung der Präsidentschaft als nationale Institution und benutzte zur gleichen Zeit den Präsidentenpalast weiterhin als sein PDK-Büro. Der Vizepräsident ist unfähig, irgendeine Macht auszuüben, und die Öffentlichkeit hat keine wirkliche Ahnung, wie die Präsidentschaft läuft, wie die Struktur ist und wer auf der Mikro- und Makroebene die Entscheidungen trifft. Barzanîs Außenbeziehungen zum Beispiel sind dubios und unbeschränkt gewesen. Während seiner offiziellen Auslandsbesuche wird er normalerweise von seinen engsten Familienmitgliedern, einschließlich seiner Großenkel, begleitet, wobei er es oft versäumt hat, Diplomaten oder Angehörige der Presse ins Team zu holen. Während seine außenpolitische Agenda vom PDK-Leiter für Außenbeziehungen geplant wird, agiert der Außenminister der KRG als Dolmetscher für den Präsidenten. Barzanî hat seine Macht als Präsident missbraucht, derweil er emsig im Interesse seiner politischen Partei handelt.

Kurdistan blüht nicht mehr

»Kurdistan blüht« war das propagierte Motto der Oligarchie in der kurdischen Autonomieregion – oft wiederholt und verbreitet von ausländischen Unternehmen – während des letzten Jahrzehnts. Zweifellos gab es Entwicklungen: Hunderte Hotels und Wolkenkratzer schossen in der Region wie Pilze aus dem Boden, der Lebensstandard hat sich im Vergleich zu den Kriegsjahren der letzten Jahrzehnte bis Ende 2014 verbessert sowie auch die Verhältnisse und die Struktur im öffentlichen Dienst.

Allerdings beruht diese »blühende Wirtschaft« – oder wie wir sagen: »Kapitalismus auf Steroiden« – nicht auf der klugen strategischen Planung scharfsinniger Visionäre der Oligarchie,

sondern ist in erster Linie auf die ausländischen Investitionen von Milliarden Dollar zurückzuführen, die nach der Invasion im Irak durch internationale Entwicklungsprogramme, groß angelegte internationale Geldwäsche und den Abbau von Bodenschätzen ins Land strömten – geschmuggelt sowohl über offizielle Wege als auch durch Hintertüren.

Infolge des Mangels einer langfristigen Planung, der Misswirtschaft und des Versuchs der Oligarchie, Fortschritte zu sabotieren und Projekte für den eigenen Gewinn umzuleiten, nutzten die meisten Entwicklungen hauptsächlich einer kleinen Bande gieriger, geldhungriger Blutsauger im Herzen der Regierung, während sich die Mehrheit der Menschen durchschlagen muss.

Mit Hilfe eines unausgereiften Populismus wurde versucht, das Volk gehorsam zu halten und die Macht zu sichern und auszuweiten. Die Oligarchie förderte absichtlich Selbstgefälligkeit und eine niedrige Produktivität durch einen deformierten Wohlfahrtsstaat – 80 % des nationalen Kapitals fließen in ein Almosen- und Belohnungssystem für ihr Gefolge, durch die Zuteilung öffentlichen Lands, luxuriöser Autos und lukrativer Gehälter.

Die klientelistischen und kleptokratischen Methoden der Oligarchie haben den Weg geebnet sowohl für die kolossalen Misserfolge in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wie in Bezug auf die Regierungsleistung als auch die wachsenden Beschwerden der Bevölkerung. Die Oligarchie hat mit der Axt um sich geschlagen, um die Gesellschaft zu spalten, ganz nach der alten Logik »teile und herrsche«. Sie führt ein Patronagesystem in Zusammenarbeit mit einer modernen Propagandamaschinerie von vielen Millionen Dollar, um die Ungerechtigkeiten in jedem Winkel von Macht und Wirtschaft mithilfe einer Massenbetrugskampagne aufrechtzuerhalten. Wie viele Millionen Dollar erhält beispielsweise der Medienkonzern Rûdaw, der im Besitz des amtierenden Premierministers ist, von der Regierung?

Die blühende Wirtschaft hat vor allem der korrupten politischen Elite (Oligarchie) genutzt: Viele von ihnen sind schnell Millionäre und Milliardäre geworden, während sich die Mehrheit der Menschen jetzt einer zum Scheitern verurteilten Wirtschaft mit zunehmenden Katastrophen gegenübersieht.

Umstrittene Bereiche, zweideutige Zukunft

Die Zukunft der laut Artikel 140 der Verfassung des Irak definierten Region bleibt unklar. Mehr als zehn Jahre nach der »Befreiung« des Irak ist die KRG daran gescheitert, die irakische Zentralregierung unter Druck zu setzen, damit die in Artikel 140 verankerten Bestimmungen umgesetzt werden, obwohl dies bereits 2007 geschehen sollte. Kerkûk und andere umstrittene Gebiete sind noch immer kein Teil von Kurdistan. Außerdem schwindet der Einfluss der KRG über Kerkûk und Umgebung. Sowohl sie selbst als auch der Gouverneur von Kerkûk sind daran gescheitert, die Stabilität in der Stadt aufrechtzuerhalten, während sich Terrorgruppen in der Stadt ausbreiten konnten und auch die Stationierung irakischer Truppen in den umstrittenen Gebieten zugenommen hat.

Nach der Entstehung des IS übernahm die PDK die Kontrolle über viele Gebiete, vor allem Kerkûk spielte eine zentrale Rolle; die KRG übernahm die Ölfelder im Westen der Stadt, eine Maßnahme, die die YNK und die irakische Zentralregierung empörte. Es ist ungewiss, wie die Zukunft der umstrittenen Gebiete nach dem Sieg über den IS aussehen wird; es gibt zwei Konflikte: einen zwischen der irakischen Regierung und der KRG und einen anderen zwischen der PDK und der YNK über die Bohrtürme von Kerkûk.

In einer Abmachung zur Befreiung Mûsils (Mosuls) haben die KRG und die irakische Regierung beschlossen, dass die Peşmerge sich auf die Gebiete von vor dem 17. Oktober 2016 zurückziehen sollen. Was mit den Gebieten ist, die seit 2014 von den Peşmerge kontrolliert werden, ist unklar.

Wahlen 2017

Im November 2017 sollen im kurdischen Autonomiegebiet laut Gesetz Wahlen stattfinden. Jutiar Adil, ein Mitglied der Wahlkommission, sagte der Presse, sie würden voraussichtlich am 6. November 2017 abgehalten werden. Er fügte hinzu, dass dann nicht nur die Parlaments-, sondern auch die Präsidentschaftswahl stattfinden solle. Ohne die Zustimmung der Parteien steht die Wahl jedoch noch in den Sternen.

Im Mai 2016 haben die YNK und die Bewegung für Wandel (Gorran) eine Abmachung getroffen, welche die PDK als Bemühung ansieht, ihre Hegemonie zu brechen. Die Abmachung kam jedoch nicht zur Wirkung, da sie sich intern mit Auseinandersetzungs- und Spaltungsprozessen konfrontiert sah. Zwei Abgeordnete Celal Talebanîs, Kosrat Rasul und Barham Salih, gründeten einen parteiinternen Flügel und forderten radikale Reformen. Ein bestehender Flügel unter der Führung Frau Talebanîs, Hero Ibrahim Ahmed, wies diese Forderungen zurück. Die PDK war maßgeblich an der Vertiefung der internen Konflikte der YNK beteiligt, wodurch die Abmachung zwischen YNK und Gorran nicht fortgesetzt wurde.

Auch YNK und PDK versuchten kürzlich, ein Abkommen zu besiegeln, um die sogenannte Strategische Abmachung von 2007 zu erneuern, wonach alle Positionen und Finanzen zu je 50 % aufgeteilt werden sollten. Auch diesmal wurde keine



Der Lange Marsch für die Freiheit von Abdullah Öcalan, der in Silemanî begann und in Hewlêr enden sollte, wurde vor den Toren der Stadt Hewlêr von Peşmergê der PDK, vermummt, mit Maschinenpistolen im Anschlag, gestoppt, die Abschlusskundgebung in der Stadt verhindert. Foto: ANF

Vereinbarung getroffen, da Mitglieder der YNK eine solche ablehnten, die YNK ist an einer einstimmigen Haltung gescheitert. Mesûd Barzanî gab indes bekannt, die Gespräche fortsetzen zu wollen, doch sind bisher alle Treffen dafür erfolglos gewesen.

Zwar bereiten sich alle Parteien auf Wahlen vor, ob diese jedoch stattfinden, ist ungewiss. Die größte Herausforderung für die kurdische Autonomieregion nach dem Sieg über den IS wird darin bestehen, die inneren Probleme und Konflikte zu lösen und einen radikalen Reformplan zu erarbeiten und umzusetzen. Wenn die Parteien keinen gemeinsamen Fahrplan entwickeln können, um die Probleme zu lösen, wie ein Reformpaket in allen Sektoren, speziell im Ölsektor, sowie die politische Krise, wird die KRG einer dunklen Zukunft entgegengehen, denn die einzelnen Kräfte verfügen noch über eigene Milizen und die Bevölkerung ist völlig frustriert.

Die Zeit nach dem IS wird auch den Konflikt um Şengal auf den Tisch bringen. Der Konflikt zwischen der PDK und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat sich in Şengal zugespitzt. Die PDK kann die Anwesenheit der PKK dort nicht akzeptieren, da diese ausschlaggebend ist für die Selbstorganisierung und Unabhängigkeit der Êzîden, ihnen hilft, eigene Verteidigungseinheiten aufzustellen und sich so von der Fremdbestimmung durch die PDK zu befreien. Diese hat ihre Legitimität und ihr Vertrauen bei den Êzîden verloren. Das bedroht die PDK aus zwei Gründen: Zuerst könnten der PKK zugewandte Êzîden der YNK bei den irakischen Wahlen Sitze im irakischen Parlament sichern, zum anderen fürchtet die PDK, dass sich der Wirkungsbereich der PKK von Şengal aus auf andere Gebiete wie Duhok und Mûsil ausweitet, zwei strategisch-zentrale Orte für die PDK.

Anders als die PDK unterstützen alle politischen Protagonisten der kurdischen Autonomiegebiete, besonders die YNK und Gorran, die Anwesenheit der PKK in Şengal; dies ist der Grund, warum die PDK nicht den Abzug der PKK erklären kann.

Zweifelsohne ist die Unabhängigkeit das zentrale Thema der nationalen Gespräche seit der Teilung Kurdistans nach dem Ersten Weltkrieg. Obwohl den Kurden durch den Vertrag von Sèvres volle Unabhängigkeit zugesichert worden war, folgte bald der Vertrag von Lausanne, durch den sie ihres Rechts auf Unabhängigkeit beraubt wurden. Historisch suchte die von Mullah Mustafa Barzanî geführte PDK Autonomie innerhalb

der Grenzen des Irak. Die YNK Celal Talebanîs zielt auf einen Föderalismus innerhalb des Irak ab.

Es gibt verschiedene Vorstellungen von Unabhängigkeit in Südkurdistan. Die politischen Parteien haben den Föderalismus bereits akzeptiert, obwohl sie in der Lage waren, eine Klausel zur bestehenden irakischen Verfassung hinzuzufügen, wodurch sich das kurdische Autonomiegebiet durch ein Referendum unabhängig machen könnte, wenn gewollt. Leider haben die kurdischen Abgeordneten in Bagdad nicht darauf beharrt, obwohl die irakischen Gruppen zum Zeitpunkt der Aushandlung der Verfassung nicht stark und einig genug gewesen sind, um den Wünschen der Kurden zu widersprechen.

Derjenige, der heute am meisten über Unabhängigkeit spricht, ist Mesûd Barzanî. Allerdings erst seit ein paar Jahren. Auf den Sitzungen der PDK war davon bis zum letzten Kongress 2010 nicht die Rede. Beim jüngsten Kongress änderte sie jedoch ihre Grundsätze, um öffentlich deutlich zu machen, dass sie wirklich an Selbstbestimmung glaubt. Dagegen ist für die YNK die Selbstbestimmung der Kurden ein zentrales Prinzip und eine Forderung seit Gründung der Partei. Barzanî missbraucht die Diskussion über Unabhängigkeit. Es ist ein nationaler Grundsatz und die Diskussion darüber gehört allen, nicht nur einer Partei oder einem Politiker.

Die Gorran-Bewegung, die sich 2009 gründete, ist nun die zweite Partei im irakischen Kurdistan, die eine andere Sicht als Barzanî hat. Newşîrwan Mistefa, Vorsitzender von Gorran, erklärte als Reaktion auf die regelmäßigen Ansprachen Barzanîs über die Unabhängigkeit, dass Kurdistan nur zur Unabhängigkeit gelange durch die Institutionalisierung der Regierungsinstitutionen, durch Freiheit, Demokratie, den Kampf gegen die Korruption und die Stärkung und Zusammenführung der Peşmerge. Nachdem 2014 die KRG bankrottging, fokussieren die Menschen in der Region nun auf ihre Wirtschaft und ihren Lebensunterhalt statt auf die Unabhängigkeit. Die Frage ist, warum spricht Barzanî nun mehr darüber als alle anderen?

Tatsächlich nähert er sich einer Unabhängigkeit an, jedoch einzig, um seine nationalistische Position öffentlich zu stärken. In Wirklichkeit bedarf es Arbeit – harter Arbeit – und nicht nur der postulierten Erinnerung während des Konflikts mit Bagdad. Die PDK hat keine politische Ideologie, um ihre Mitglieder zu packen; dies ist der Grund, warum sie in jedem Bereich ihrer Politik scheitert. Das Einzige, was wirksam genug ist, um die Massen zum Narren zu halten, ist die Propagierung der Souveränität der kurdischen Gebiete.

In einem Interview mit Ashar al-Awsat am 23. Januar 2017 sagte Mesûd Barzanî auf die Frage, welche Maßnahmen er in Angriff nehmen würde, falls der irakische Vizepräsident Nuri al-Maliki wieder als Ministerpräsident in Bagdad ernannt werden würde: »Ich hoffe, dass die Iraker das nicht zulassen werden.« Er führte aus: »Sollte Nuri al-Maliki ins Präsidentenamt zurückkehren, würde ich die Unabhängigkeit Kurdistans ausrufen.« Das war ein deutliches Zeichen für die Menschen der kurdischen Autonomieregion, da klar wurde, dass die Unabhängigkeit Kurdistans davon abhängt, ob die Gegner Barzanîs in Bagdad die Regierung übernehmen oder nicht. Viele reagierten darauf, aber Al-Maliki gab ihm in einem Interview mit der kurdischen Zeitschrift »Awene« am 31. Januar 2017 die passende Antwort: »Mesûd Barzanî ist eine autoritäre Person, die Macht will und alle Entscheidungen trifft, ohne sich auf die öffentliche Meinung zu beziehen.« Er fügte auf die Drohung Barzanis, die Unabhängigkeit auszurufen, hinzu: »Wie können Sie die Unabhängigkeit Kurdistans ausrufen, während Sie das kurdische Parlament ausbremsen und den offiziellen Regierungssprecher Yusuf Muhammad davon abhalten, nach Hewlêr zurückzukehren, um seine parlamentarischen Pflichten zu erfüllen?« Und weiter: »Das ist politisch unvernünftig und unpatriotisch. Wie kann eine Führungsperson die Zukunft einer Nation mit jemandes Rückkehr zum Ministerpräsidentenamt verbinden? Wie können Sie einen unabhängigen Staat aufbauen, der auf dem Entgegengesetzten basiert?«

Die KRG ist ein Hauptakteur bei der Neugestaltung des Mittleren Ostens, speziell Syriens. Mit den aktuellen internen Konflikten und Krisen kann sie diese Rolle jedoch nicht ausfüllen. Sie muss vor allem an zwei Bereichen arbeiten: zuerst radikale Reformen im politischen, wirtschaftlichen und in allen anderen Bereichen umsetzen; zweitens Schaffung einer kurdischen Regionalpolitik mit allen kurdischen Parteien innerhalb der KRG und der anderen Teile Kurdistans.

Alles in allem hätten wir bereits alle großen Probleme beseitigen können, wenn wir eine echte Führung in der KRG gehabt hätten, da die Probleme in den kurdischen Gebieten größtenteils darin bestehen, kaum strategische Denker aus den verschiedenen Teilen des Irak und Syriens eingebunden zu haben. Eine Politik des Sektierertums. Leider, da sich unsere Führung als unfähig erwiesen hat, demokratische, kontinuierliche, transparente und verantwortliche Politik zu machen, erlebt die KRG nun sehr trübe Tage, die sich unter Umständen in Unruhen und zivilen Ungehorsam verwandeln könnten.

Die aktuelle Generation der Politiker hat Machtpositionen inne, die nicht auf ihren Verdienst gestützt sind, sondern auf Vetternwirtschaft und Stammesbande; folglich sind Krisen unvermeidlich. Schlimmer noch, es wurden die schlechten Gewohnheiten der vorherigen Generation weitergegeben. Wenn sie die Probleme unter den Teppich kehren, spielen sie das gleiche Spiel und behandeln die Menschen wie dumme Marionetten. ♦

Aufgaben und Ziele der Jineolojî

Jineolojî –Wissenschaft des Lebens

Haskar Kırmızıgül

Viele wissen, dass Jineolojî die Wissenschaft der Frau ist. Es ist kein Zufall, dass aus etymologischer Sicht der Begriff »jin« (kurdisch für »Frau«) mit dem Wort »jiyan« (Leben) eng verwandt ist. Während sich die Jineolojî als eigenständige Wissenschaft etabliert, wird sie sich weiterentwickeln, weil sie mit dem Leben verbunden ist. Behaupten die Sozialwissenschaften nicht genau das, gesellschaftliche Fragen zu lösen? Wenn dies stimmte, würde die Frau nicht als Müllhalde der Gesellschaft betrachtet, sondern als Kern für Aufklärung und Freiheit. Es gilt, die Frau von dem Status der heiligen Mutter, fundamentalen Ehre, unverzichtbaren Person und auch als Partnerin zu befreien und stattdessen als selbstständige Person zu analysieren (Öcalan). Aufgrund dessen sollte die Jineolojî auch als Wissenschaft des Lebens verstanden werden. Die sozialwissenschaftlichen Quellen analysieren die Frau nicht korrekt, und wenn, dann nur als ein das Patriarchat erhaltendes Wesen.

Anstatt sie als die Quelle der Gesellschaft zu verstehen, wird sie immer als deren Achillesferse beschrieben. Somit geht es der Sozialwissenschaft nicht darum, nachhaltige Lösungen für vorhandene Probleme zu finden, sondern zunächst einmal die schwächste Stelle zu kitten. Jineolojî ist die Wissenschaft, die versucht, eins zu sein mit dem gesellschaftlichen Werden, sich so einen eigenen Stellenwert zu erarbeiten und dabei auch die Sozialwissenschaften mit der Gesellschaft zu vereinen. Sie versucht deutlich zu machen, dass bisherige Forschungen und Forschungsergebnisse unzulänglich sind. Es ist unsere Aufgabe, sowohl die Blockaden innerhalb der Gesellschaft als auch deren Misere zu überwinden und die wahre Rolle der Frau mit ihrer Intelligenz und ihren Emotionen zu analysieren und Perspektiven aufzuzeigen. Erfolgreich zu sein bedeutet, auch im Prozess von Diskussion, Analyse und Lösungsfindung gesellschaftlich zu sein. Wir kritisieren diejenige Wissenschaft, die den Charakter der Frau, ihre Identität und ihre Geschichte mit verschlossenen Augen oder gar schielend betrachtet. Um diese Blindheit zu begreifen, müssen die Quellen analysiert und Lösungswege entwickelt werden – das ist die Hauptaufgabe der Jineolojî.

Ihre besondere Bedeutung ist, neben der Entwicklung einer unabhängigen Wissenschaft und eines unabhängigen Denkens, die Schaffung alternativer Lebensformen. Wenn dies ernsthaft angegangen wird, werden in Bereichen wie Geschichte, Wissenschaft, Philosophie, Kunst, Wirtschaft, Moral, Politik und Gesellschaft neue Perspektiven geschaffen, entsprechende Strukturen entwickelt und Lösungen für die gesellschaftlichen Fragen gefunden werden.

Wenn unser Wissenschaftsbegriff, unser Blick auf die Dinge nicht aufklärerisch ist, können wir auch keine Antwort sein auf die gesellschaftlichen Probleme und somit auch keine Alternative schaffen. Mit einer neuen Form von Wissenschaft und Organisierung können wir dies jedoch. Wir müssen erkennen, dass die Frau ökonomisch, sozial, politisch und intellektuell kolonialisiert wurde. Diese Erkenntnis ist aus der Kritik der Mythologie, der Religionen, der Philosophie, aber auch der Gesellschaftswissenschaft entstanden, die allesamt die Frau nicht als zentrales Subjekt betrachten.

Unser Kampf hat bereits Veränderungen bei der Begriffsbestimmung erreicht. Der Begriff der Ehre wird somit nicht mehr mit Mann und Heirat in Verbindung gebracht, sondern jetzt mit Freiheit. So hat Öcalan auch einen neuen Unschuldsbegriff geprägt: Das Bewusstsein für die Freiheit eines Menschen darf nicht in Vergessenheit geraten. Während Moral mit Religion und der Vorherrschaft des Mannes assoziiert wurde, geht es heute dabei um Verantwortungsgefühl für die Gesellschaft. Das alles zusammen heißt, dass Jineolojî als neuer Begriff entsteht und dabei auch bestehende Definitionen verändert.

Manche verstehen die Jineolojî als neue Ideologie, da sie auf dem Kampf der kurdischen Frau basiert. Jenen empfehle ich, den Verband Freier Frauen Kurdistans (YAJK) und die Untersuchungen zur Ideologie der Frauenbefreiung mitsamt ihren fünf Grundsätzen zu analysieren. Und natürlich hat die Jineolojî eine Verbindung zur Ideologie. Abdullah Öcalan formuliert das folgendermaßen: »Die Distanz zwischen Ideologie und Soziologie ist geschrumpft. Auch der Unterschied

zwischen Soziologie und dem wissenschaftlichen Sozialismus hat sich verringert. Die Verbindung zwischen Ideologie, Soziologie und wissenschaftlichem Sozialismus hat sich verfestigt und entwickelt sich gemeinsam in Richtung gesellschaftlicher Wissenschaft.« Die Jineolojî als organisatorisches Ergebnis oder gar als eine Partei wahrzunehmen, wäre nicht korrekt. Aber selbstverständlich ist die Jineolojî ein Bestandteil der Frauenfreiheitspartei Kurdistans (PAJK), insofern besteht auch eine Verbindung zwischen ihr und der Frauenpartei.

Der Ertrag aus dem Freiheitskampf der Frauen: Jineolojî

Wir können mit Gewissheit sagen: Die Jineolojî ist der Ertrag, der sich aus dem Freiheitskampf der kurdischen Frau entwickelt hat. Ihre Prinzipien hat sie im Prozess der Lösung gesellschaftlicher Probleme entwickelt. Anfangs war die Frau nicht in der Lage, die Grenzen ihres Schicksals wie auch die der Klassenkämpfe zu überwinden. Im Kampf um Freiheit wurde jedoch deutlich, dass in diesem gesellschaftlichen Zustand die Frau ihre Freiheit nicht wird erlangen können. Verhältnisse, die nichts mit der gesellschaftlichen Natur zu tun haben, zeigen sich am prägnantesten im Leben der Frauen.

Welche Veränderung bringt unsere Theorie denjenigen Frauen, die im Kindesalter verheiratet, zusätzlich mit einer Zweitfrau konfrontiert, jeden Tag mit Gewalt konfrontiert, ökonomisch und sexuell unterdrückt werden und die sich nicht aus den Fängen der Religion lösen können? Bietet sie den Frauen eine Möglichkeit, sich zu wehren? Mit diesen Fragen haben wir gemerkt, dass es nicht richtig ist, den kurdischen Freiheitskampf, an dem tausende von Frauen teilnehmen, nicht mit allgemeinen Grundsätzen zu verknüpfen. Unser Versprechen für die Gesellschaft lautet: Die Freiheit der Frau ist die Freiheit der Gesellschaft – jin jiyan azadî (Frau, Leben, Freiheit).

Die verknöcherten Probleme unserer Gesellschaft und die tragischen Ergebnisse der realsozialistischen Erfahrungen haben sowohl rhetorisch als auch praktisch einen Neuanfang unumgänglich gemacht.

Die 1987 begonnene Analyse der Rolle der Frau und der Familie kann als Grundlage dieses Neuanfangs betrachtet werden. Die Frauen- und Familienfrage kommt in gewisser Weise einer soziologischen Untersuchung der Gesellschaft Kurdistans gleich.

Inzwischen sind wir weiter vorangekommen. Wir sind eine Bewegung, die den Menschen soziologisch analysiert. Was für Eigenschaften der Gesellschaft, der Kultur, des Glaubens spiegeln sich im Menschen wider?

Unser Kampf richtet sich gegen die Kolonialisierung des Menschen, gegen die Herrschaft des kapitalistischen Systems und entwickelt eine richtungsweisende Lösung. Wir können auf tausende soziologische Lösungsansätze zurückgreifen. Noch heute lehnt sich die Befreiungsideologie der Frau an die 1995 gegründete Frauenorganisation YAJK und die Frauenarmee an.

Nach der Theorie der Loslösung haben wir die Theorie der »andauernden Trennung« (sonsuz boşanma), in den 2000er Jahren den Gesellschaftsvertrag, dann das Projekt der Veränderung des Mannes, den Co-Vorsitz und die Theorien der Selbstverteidigung und des freien und gleichberechtigten Lebens entwickelt. Diese Theorien wurden in der Praxis erprobt und aus den Erfahrungen sind Lehren gezogen worden. Die Theorie der Loslösung hat dazu verholfen, dass die Frau ihre eigene Identität kennenlernt, sich in jeder Hinsicht (Bildung, Verteidigung, Wohnen und Leitung) gewappnet sieht und sich so organisieren kann, dass sie sich vom Mann hinsichtlich Intelligenz, Emotion und Motivation unabhängig machen kann (z. B. entstand im militärischen Bereich die Frauenarmee). Die Theorie der Loslösung hat uns ermöglicht, uns selbst frei zu organisieren. Sie hat gezeigt, dass die Frau, ihre Identität und Autonomie schützend, am Leben teilhaben kann, ohne sich vom Mann zu isolieren. Dies wirkt sich auf die Identitätsfindung der Frau aus. Das zeigt sich an der Präsenz der Frau im Bereich der Selbstverteidigung, Politik, Kultur etc.

Ein anderer Fall ist das Projekt der Veränderung des Mannes. Im Rahmen dieses Projekts ist es vermutlich das erste Mal, dass Frauen Männer ausgebildet und ihre Beziehung zur Macht analysiert haben. Öcalan hat gesagt: Solange ihr den Mann nicht analysiert habt, ist euer Leben in Gefahr. Dieser Aufklärungsprozess sollte im wissenschaftlichen Rahmen stattfinden. Diese Theorien wurden bereits vor der Jineolojî entwickelt, dennoch können wir sagen, dass sie ihre Bedeutung bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht verloren hat.

Das beste Beispiel dafür ist die Anwendung des nach dem Jahr 2000 vereinbarten Gesellschaftsvertrages in Rojava. Die Betonung liegt darauf, dass Frauen und Männer dieselben Rechte haben. Dieser Gesellschaftsvertrag, zunächst als ein Gesetz mit 39 Artikeln verfasst, wurde immer detaillierter. Kurz, wir haben dieses Wissen und die Theorien mit unserer Lebenserfahrung zusammengebracht. Es hat uns bereichert, die Tagebücher der Frauen in der Guerilla, ihre Lebensphilosophie und über ihren Lebenskampf zu lesen. Die Selbstverteidigung bezieht sich auf Bêrîtan (Gülnaz Karataş), die sich in die Schlucht gestürzt hatte, um den Peşmerge der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) zu entkommen. Die Ideologie der Frauenbefreiungsbewegung wurde erst diskutiert, nachdem sich Sema Yüce 1998 im Gefängnis angezündet hatte.

Die Göttlichkeitskultur wurde erst nach Taten wie denen von Zeynep Kınacı und Arin Mirkan wiederbelebt und im internen Kreis diskutiert.

Jineolojî muss als Wissenschaft die Antwort auf gesellschaftliche Probleme sein

Die Informationstheorie der Jineolojî versucht Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden. Sie versucht die Blockade innerhalb der Gesellschaft als auch den Ursprung der Krise zu überwinden und die wahre Rolle der Frau mit ihrer Intelligenz und ihren Emotionen zu analysieren und Lösungen aufzuzeigen. Im Prozess der Diskussion, Analyse und Lösungsfindung eine gesellschaftliche Bedeutung zu erlangen, das bedeutet, erfolgreich zu sein. Mit ihrer ersten Auflage vom 8. März hat die dreimonatliche Theoriezeitschrift Jineolojî es geschafft, den theoretischen Rahmen zu bereichern. Außerhalb dessen gibt es ebenfalls Forschungen in anderen Bereichen. Zuletzt wurden in Şengal Untersuchungen angestellt. Das ist von großer Bedeutung. So wurde unter dem Namen Freiheit ein dreibändiges Buch veröffentlicht, das den theoretischen Rahmen im Hinblick auf Selbstverteidigung, freies, gleichberechtigtes Leben, gleichberechtigten Co-Vorsitz darstellt.

Um es nochmals zu betonen: In der Jineolojî werden Begriffe, Lehrsätze und Strukturen Hand in Hand entwickelt. Beispielsweise ist der Co-Vorsitz institutionell verankert und funktioniert in der Praxis. Weil das Prinzip dahinter im Allgemeinen nicht verstanden worden war, hat die Jineolojî dazu eine Broschüre herausgebracht. Das nur als Beispiel dafür, dass die Institutionalisierung auch vor der theoretischen Legitimierung erfolgen kann.

Die zum Arbeitsfeld der Jineolojî gehörenden Untersuchungen und Forschungsergebnisse, die aus der Kritik der bestehenden Sozialwissenschaften entstanden, sind zugleich Grundlage für die Organisierung der Jineolojî.

Sie hat den Anspruch, in Bereichen wie Ethik, Ästhetik, Ökonomie, Demographie, Ökologie, Historie, Gesundheit, Bildung und Politik eine Perspektive zu entwickeln. Dafür muss sie sich vergegenwärtigen:

- Sie muss die Sozialwissenschaften kritisch betrachten.
- Sie untersucht, wie sich im Rahmen anderer Wissensstrukturen wie Mythologie, Religion und Philosophie mit den jeweiligen Themen auseinandergesetzt wird.
- Sie untersucht den demokratischen Widerstand der Moderne und den Bewusstseinsstand (ohne sich dabei räumlich oder zeitlich einzuschränken, wie es der Positivismus tut) und betrachtet ganzheitlich die sozialistischen Erfahrungen bis in die natürliche Gesellschaft.
- Sie nimmt feministische Quellen als primäre Forschungsgrundlage.

Ethische Ästhetik: Wir haben die Jineolojî vorgestellt als Lebenswissenschaft. Alle Eigenschaften des Lebens sind zugleich auch Eigenschaften der Jineolojî. Das Leben zu verschönern und zu befreien ist ein Teil davon. Ethik ist das, was wir freie Moral und Erkenntnis nennen. Die Ästhetik hingegen führt die Moral und das Wissen zur Wahrhaftigkeit. Alles, was eins wird mit seiner Natur, ist Ästhetik. Denn Natürlichsein ist eine Form von Handlung, die ihre Basis in der Freiheit hat. Die Jineolojî soll bei den Frauen das philosophische und ästhetische Bewusstsein stärken, um sie so von den »Schönheitsidealen«der Konsumgesellschaft zu befreien. So ist wohl ein Ergebnis der Jineolojî, dass die Schönheit der Freiheitskämpferinnen unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht. Denn das sind Frauen, die ihre Natürlichkeit erreicht haben, und deshalb existieren sie. Im Kampf um das Dasein schreiten sie voran, greifen dabei diese Art der Ethik und Ästhetik auf und sind deswegen so anziehend. Um das Leben zu verschönern, also das Leben zu seiner eigenen Natur zurückzuführen, befasst sich die Jineolojî sehr fokussiert mit dem Thema der Ästhetik.

> Wenn die Jineolojî es schafft, sich in all diesen Bereichen zu institutionalisieren und Theorien zu entwickeln, kann sie eine unbesiegbare Form von Selbstverteidigung entwickeln.

Demographie: Laut Jineolojî war sie von Beginn der gesellschaftlichen Entwicklung an bis vor ein-, zweihundert Jahren der Wirkungsbereich der Frau. Im Allgemeinen heißt es, dieser Bereich sei hauptsächlich durch den Mann entfremdet worden, aber die wahre Ursache ist der Kapitalismus. Hunderttausende Frauen sind verbrannt worden. So lagen einst die Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung, Geburt, Tod und Migration in der Hand der Frau. Damit unterlag es ihrer Entscheidungsgewalt, ob eine Geburt stattfindet, inwiefern und unter welchen Bedingungen sie Kinder wollte oder nicht. Heutzutage liegt die Entscheidung in der Hand der Väter, Ehemänner oder faschistischen Diktatoren. Ungewollte Schwangerschaften, die daraus resultierenden Todesfälle und Verletzungen, die falsch geführte Diskussion über die Abtreibung, der Missbrauch der Gebärfähigkeit der Frauen durch Diktatoren, die sie als

Reproduktionsfeld für Nationalismus und Rassismus instrumentalisieren, das Bevölkerungswachstum, das zur Gefahr für die Umwelt geworden ist, die Verdammung der Geburtenkontrolle als »Sünde« und die Überlastung des Frauenkörpers in frühen Jahren, die fehlgeleitete Religionsauslegung, die zum Tod vieler Frauen führt, und viele andere an dieser Stelle nicht erwähnte Probleme, welche die gesellschaftliche Krise kennzeichnen, sollen mit Hilfe der Jineolojî angegangen und aufgelöst werden.

Ökonomie: Ihrem Ursprung nach ist die Ökonomie eine aus matriarchalen Strukturen heraus entwickelte Form gesellschaftlichen Wissens. Es wurde der Gemeinschaft gestohlen und gelangte in die Hände monopolistischer Kapitalisten. Die politische Ökonomie, Geschichte, Soziologie, Bildung, aber auch viele weitere Bereiche leugnen das, verschließen die Augen davor und sorgen für die Verdrehung der Tatsachen. Die Jineolojî wird dieser Blindheit, Leugnung und Verdrehung eine Antwort geben. Jineolojî steht sowohl für den Kampf um die Verwirklichung einer kommunalen, gesellschaftlichen Ökonomie, die an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert ist und dementsprechend ihre Produktion bestimmt, als auch für die Entwicklung einer ökonomischen Lösung der Probleme Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus versucht Jineolojî eine neue Form der Arbeitswerttheorie zu entwickeln. Es ist ihr Ziel, das patriarchale Geschlechterverhältnis zu überwinden. Das soll eine der Grundlagen einer frauenzentrierten und nicht am Wachstum orientierten Ökonomie werden.

> Ihrem Ursprung nach ist die Ökonomie eine aus matriarchalen Strukturen heraus entwickelte Form gesellschaftlichen Wissens. Es wurde der Gemeinschaft gestohlen und gelangte in die Hände monopolistischer Kapitalisten.

Die Frauen werden neben einem demokratischen und freien Leben eine gesellschaftliche Alternative entwickeln und dafür Diskussionen und Projekte initiieren. Die in Rojava aufgebauten Frauenkommunen und -kooperativen sind ein Beispiel für die Institutionalisierung dieses Ziels. Beispielsweise haben in Rojava Frauen Sitze im Ministerium für Wirtschaft; in den Ökonomieakademien gibt es reine Frauenseminare.

Die Frauen-Ökonomieeinheit, die mit dem Ökonomiezentrum Rojava zusammenarbeitet, hat einige Pilotprojekte entwickelt. Beispielsweise arbeiten in Serê Kaniyê in der Wirtschaftskooperative Bistana Roj kurdische und arabische Frauen zusammen.

Vor Beginn der staatlichen Zwangsverwaltung der Kommunen in der Türkei (zu denen ich keine Zahlen nennen kann, weil die Anzahl der Zwangsverwaltungen täglich steigt!) gab es 43 Frauenzentren, die an die von der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) geführten Stadtverwaltungen angegliedert waren. Es wurden insgesamt 15 Werkstätten, Berufskurse und Kooperativen für die Entwicklung der Frauenökonomie eingerichtet.

Politik: Die Gesellschaft ist heutzutage Opfer falscher politischer Gewichtung. Die Jineolojî, die sich als Teil der gesellschaftlichen Basis versteht und sie weiterentwickeln will, versucht mit ihrer Politik, die Frau und die Gesellschaft in jeder Beziehung als aktives Subjekt zu etablieren. Was bedeutet das für die Praxis?

Das bedeutet unter anderem, dass die zivilgesellschaftlichen Gruppen dazu angeregt werden, sich mit ihren Besonderheiten politisch zu betätigen, dass die politischen Herangehensweisen zur Diskussion gestellt und neu organisiert werden. Die Jineolojî befindet sich im Kampf gegen die Dynamik einer Politik, die Frauen und Gesellschaften ausgrenzt. Mit einer jineologischen Perspektive werden eine politische Philosophie und deren Anwendung entwickelt. Wenn die unsere Welt zerstörenden Kriege zum Schicksal erklärt werden und der Frieden zu einer Utopie wird, wenn die Natur mit grenzenloser Zerstörung konfrontiert wird, wenn die grundlegendsten Probleme unseres Lebens nicht gelöst werden können, dann sieht die Jineolojî die Ursache darin, dass die Gesellschaft, und in erster Linie die Frau, von ihrer Verantwortung, Politik zu betreiben, entfremdet wurde. Der Co-Vorsitz ist ein Ansatz, dem entgegenzuwirken. In den Volksräten, politischen Parteien und auch sonstigen Vereinen und Organisationen wird der Co-Vorsitz praktiziert.

Die Demokratische Partei der Völker (HDP), die sich zu 51 % aus Frauen zusammensetzt, wurde am 7. Juni 2015 von einem ebenso hohen Anteil Frauen gewählt wie die anderen drei Parteien zusammen. Am 7. Juni wurden 32 und am 1. November 23 Frauen ins Parlament gewählt und konstituierten dort eine Frauengruppe. Frauen beteiligen sich in Parlament und Kommunen aktiv an der Politik. Die parlamentarische Organisierung, die es in ganz Kurdistan gibt, findet ganz konkret in Rojava unter dem Dach der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM) statt. Von 600 TEV-DEM-Mitgliedern sind 300 Frauen.

Geschichte: Die hegemonialen Strukturen in der Zivilisationsentwicklung haben die Geschichte und die Gesellschaft immer aus der Perspektive von Staatsaufbau, -zerfall und -teilung betrachtet. Diese machtzentrierte Perspektive hatte den Weg dafür geebnet, die Geschichte als Kulturzeit zu definieren und zu legitimieren. Dieser Blick war geprägt von Blindheit und Oberflächlichkeit und hat für die Verschleierung der historischen Wahrheiten gesorgt.

Es bedarf eines alternativen Weges, sich der Geschichte anzunähern, anstatt so wie bisher zu verfahren. Die Geschichte darf weder als geradlinig noch als zielgerichtet aufgefasst werden. Denn die Zeit selbst ist weder der Ursprung von Boshaftem noch des späteren Guten.

Die Jineolojî hat sich zum Ziel gesetzt, die Historik als Teil der Sozialwissenschaften um eine philosophische Perspektive zu erweitern. Sie rechnet mit derjenigen Geschichtsschreibung ab, welche die Geschichte der Gesellschaft und der Frau ignoriert. Die Jineolojî verknüpft die Vergangenheit und die Zukunft mit der Geschichte. Sie versteht die Gesellschaftsgeschichte als Teil der Naturgeschichte. Deshalb betrachtet sie das Lebendige immer im Kontext seiner Geschichte und seines Ursprungs. Eines der größten Probleme, unter dem die Gesellschaft heute leidet, ist es, dass sie losgelöst von ihrem Ursprung gesehen wird.

Um in unserem von Entwurzelung geprägten Jahrhundert einen realen Begriff von Gegenwart und Zukunft zu entwickeln, ist ein richtiges Geschichtsverständnis unerlässlich. Die Jineolojî ermöglicht es uns, ein stärkeres Bewusstsein für Geschichte zu entwickeln. Sie befasst sich damit nicht, um die Frau lediglich der Geschichtsschreibung hinzuzufügen, sondern um die Geschichte der Frau ihrer Wahrheit entsprechend neu zu formulieren.

Ökologie: Das staatszentrierte Denken, das in unserer Zeit für eine unglaubliche ökologische Zerstörung verantwortlich ist und mit dem kapitalistischen System einen Höhepunkt erreicht hat, wird in der Geschichte als Degeneration und als Irrweg betrachtet werden. Ein Ziel der Jineolojî ist es, den Unterschied und die Verbundenheit zwischen Natur und Bevölkerung zu erfassen und mit ökologischem Bewusstsein einen neuen Wissenschaftszweig zu entwickeln.

Im Neolithikum hatte sich der Mensch als Teil der Natur begriffen und somit allem in der Natur Vorhandenen einen Sinn gegeben. Die wichtige emotionale Intelligenz ermöglicht es dem Menschen, eine Wechselwirkung zwischen Natur und Mensch zu erkennen. Das wird die Jineolojî umsetzen. In diesem Zusammenhang wird das in erster Linie für die ökologische Krise verantwortliche staatszentrierte Denken einer weitgehenden Analyse unterzogen werden. Das wird insbesondere den Beziehungen zwischen dem Menschen und der Natur und der Frau und der Natur eine neue Bedeutung verleihen.

Bildung: Bildung ist ein existentielles, grundlegendes Recht. Jineolojî untersucht die Bildungstraditionen der Völker und damit verbunden den Zustand unserer Bildung als auch deren Verantwortung für die gegenwärtige Krise. Sie analysiert, in welcher Form Herrscher gesellschaftliche Bildung für sich ausnutzen. Darüber hinaus kritisiert sie die Sozialwissenschaften, die diese Fragen gedeckelt und nicht ausreichend erforscht haben. Um Ziele für die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen zu können, müssen die Bildungsphilosophie und -politik sowie deren Umsetzung adäquat analysiert werden. Die Jineolojî beleuchtet die Vorreiterrolle der Frau seit Beginn der Geschichte.

Die Bildung ermöglicht in den genannten Bereichen die Institutionalisierung der Jineolojî. In anderen Bereichen können die Institutionalisierung und die Theorie der Jineolojî nur mit Bildung vermittelt werden. Somit begegnet die Jineolojî allen Bereichen mit einer akademischen Perspektive. In diesem Sinne geht es zunächst einmal darum, das akademische Personal weiterzuentwickeln. In Rojava gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen Akademien: von den Selbstverteidigungskräften (YPG, YPJ, HPC) bis hin zu politischen, ökonomischen, kulturellen Strukturen. Im Rahmen dieser Akademien wurden tausende Menschen unterrichtet. Um ihre eigene Perspektive zu vertiefen, gibt es auch eine Akademie der Jineolojî. Diese Akademie hat bislang fünf Bildungseinheiten durchgeführt. Insgesamt 120 Frauen, die über Jineolojî geschult wurden, vermitteln das jetzt in anderen Bildungsbereichen weiter. Diese Bildungseinheiten wurden in Kobanê, Amude, Rimelan und Dêrik eröffnet. Um die Jineolojî zu akademisieren, soll sie an der Universität in Rojava etabliert werden, am besten nicht nur als ein Element, sondern als Fakultät. Die Arbeiten für ein gutes Fundament (Lehrpläne, Analysegruppen, Lehrkräfte usw.) dauern an. Aktuell ist Jineolojî in den Schulen von Mexmûr und Rojava ab der Grundschule Teil des offiziellen Lehrplans.

Wenn die Jineolojî es schafft, sich in all diesen Bereichen zu institutionalisieren und Theorien zu entwickeln, kann sie eine unbesiegbare Form von Selbstverteidigung entwickeln. Das soll aber nicht nur in Form von Akademien, sondern in allen Bereichen stattfinden. Das gilt auch für Europa. Die Arbeiten sollen durch die Organisierung von Komitees fortgeführt werden. Als Wissenspool für Frauen sollen Bildungscamps, Broschüren, Seminare und Konferenzen organisiert werden, um die Frauen mit Wissen zu bereichern und so das Wissensnetzwerk erweitern. ♦

Der Stand des Verfahrens zum Pariser Massaker nach dem Tod des Angeklagten

Die juristische Aufarbeitung wird weitergehen!

Selma Akkaya, Journalistin



Demonstration am Jahrestag der Ermordung der drei Freundinnen in Paris. Foto: ANF

Es ist mittlerweile der vierte Jahrestag der Ermordung der PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız, des KNK-Mitglieds Fidan Doğan und des Mitglieds der Jugendbewegung Leyla Şaylemez in der französischen Hauptstadt Paris. Es wurde erklärt, dass Ömer Güney, der unter Mordverdacht stand, am 17. Dezember 2016 wegen eines Hirntumors aus dem Gefängnis in ein Krankenhaus verlegt worden und dort verstorben sei. Nach dieser Todesnachricht haben sowohl die Familienangehörigen der drei ermordeten kurdischen Frauen, das kurdische Volk als auch die Rechtsanwälte im bevorstehenden Prozess erklärt, dass der juristische Kampf so lange weitergehen werde, bis die wahren Täter zur Rechenschaft gezogen seien und der Gerechtigkeit Genüge getan werde.

Mit dem Ableben des Angeklagten ist das Verfahren, das am 23. Januar 2017 beginnen sollte, beendet. Denn in besagtem Verfahren sollte Ömer Güney der Prozess gemacht werden. Das Verfahren gegen ihn im Rahmen der Antiterrorgesetze ist nun aufgrund seines Todes gescheitert. Aus diesem Grunde ist in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstanden, dass die juristischen Wege nun ausgeschöpft seien. Zunächst einmal ist festzustellen, dass dieser Eindruck falsch ist. Die genannte Anklage nannte nur Ömer Güney als Beschuldigten. In der Ermittlungsakte jedoch war aufgeführt, dass er die Morde nicht aus persönlichen Gründen, sondern auf Anweisung einer organisierten Einheit begangen haben könnte, die Verbindungen zum MIT (Millî İstihbarat Teşkilâtı – Nationaler Nachrichtendienst der Türkei) habe. Die Frage, ob er einen direkten Befehl vom MIT bekommen habe oder von einer Gruppe innerhalb des MIT beauftragt worden sei, konnte nicht geklärt werden, da die Türkei Informationen hierzu verweigert. Den involvierten Rechtsanwälten zufolge sei das Verfahren gegen Ömer Güney nach dessen Tod zwar gescheitert, aber man sehe es nicht nur auf den Beschuldigten begrenzt. Weiterhin teilten sie mit, dass aus der Ermittlungsakte die Beziehung zum MIT sehr offensichtlich werde und aus diesem Grunde die Anklage nicht nur auf Güney beschränkt werden könne und dass sie alle rechtlichen Schritte einleiten würden, damit das Verfahren weitergeführt werden könne.

Die Verjährungsfrist für Ermittlungen und darauf folgende Verfahren im Rahmen der Antiterrorgesetze in Frankreich beträgt dreißig Jahre. Bei jeder neuen Beweislage und bei neuen Entwicklungen kann die Nebenklage bei der Staatsanwaltschaft die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen. Der Staatsanwalt beauftragt dann im Sinne der neuen Beweislage einen neuen Ermittlungsrichter. Dieser hat das Recht, die Ermittlungen zu vertiefen und ein neues Gerichtsverfahren vorzubereiten. Die französische Justiz leitet die Ermittlungsakten in Verfahren mit Terrorhintergrund nach einer fünfjährigen Ermittlungsphase an die jeweils zuständigen Gerichte weiter.

Die Rechtsanwälte der Nebenklage im Falle des Pariser Massakers an den drei revolutionären Frauen teilten mit, dass sie seit einem Monat die rechtlichen Prozeduren für die Wiederaufnahme des Verfahrens vorbereiteten. Sie würden in diesem Sinne sowohl die inländischen als auch die internationalen Möglichkeiten ausschöpfen.

Weiterhin steht im Raum, ein internationales Kriegsverbrechertribunal zur Untersuchung des Falls und Bestrafung der Täter zu organisieren, ähnlich wie im Falle der von den USA in Vietnam begangenen Kriegsverbrechen. Die juristischen In-

terventionen zur Wiederaufnahme des Verfahrens zum Pariser Massaker werden fortgesetzt.

Was ist aber nach dem 9. Januar 2013 passiert?

Ömer Güney wurde eine Woche nach dem Massaker unter Mordverdacht festgenommen. Auf seiner Jacke wurden Blutspuren von Leyla Şaylemez und Schmauchspuren festgestellt. Außerdem gibt es Video-Aufnahmen von seinem Betreten und Verlassen des Kurdistan-Informationsbüros, was auch zu seiner Verhaftung geführt hatte. Anschließend wurden Ermittlungen eingeleitet und festgestellt, dass der Mordverdächtige vom ersten Tag an einen Hirntumor hatte; dies war auch dem zuständigen Gericht und der zuständigen Staatsanwaltschaft bekannt. Im Mai 2015 wurde den Familienangehörigen der drei Frauen mitgeteilt, dass die Ermittlungen abgeschlossen seien und die Akte weitergeleitet worden sei, »weil der Verdächtige krank ist und das Verfahren so schnell wie möglich durchgeführt werden muss«, hieß es.

Obwohl dies alles bekannt gewesen war, wurde der Gerichtstermin um anderthalb Jahre verschoben, zunächst auf den 5. Dezember 2016 und dann ohne Begründung auf den 23. Januar 2017. Nun stellt sich heraus, dass es einen Arztbericht über den ernsten Gesundheitszustand Güneys gibt.

Dann erreichen die Anwälte der Hinterbliebenen am 16. Dezember Informationen über den ernsten Zustand des Beschuldigten und dass sein Anwalt deshalb seine Entlassung beantragt habe. Am 17. Dezember werden die Anwälte über den Tod des Beschuldigten informiert.

Die Rolle des MIT beim Massaker wird in der Ermittlungsakte anhand des Telefonverkehrs des Beschuldigten, veröffentlichter Dokumente des MIT und von Tonaufnahmen thematisiert und es wird lediglich zum Ausdruck gebracht, dass die Möglichkeit der Einflussnahme des MIT bestehe. Weiterhin wird ausgeführt, dass man aufgrund der Kooperationsverweigerung der Türkei in der Frage, wie weit der MIT beteiligt gewesen sei, ob es sich nur um eine Einheit innerhalb des MIT gehandelt habe oder sich höhere Kreise eingeschaltet hätten, nicht weitergekommen sei. Der Ermittlungsakte zufolge hätten die Morde auch ein Versuch gegnerischer Gruppen des Friedensprozesses sein können, diesen zu torpedieren. Aus diesem Grunde sei auch ein Augenmerk auf die Zersplitterung im tiefen Staat, die Entwicklungen in der Parallelstruktur, die Erklärungen Recep Tayyip Erdoğans und im Besonderen auf die Verhandlungen von Oslo und Imralı gelegt worden.

Der Übergabebericht der Ermittlungsrichterin besagt, dass viele Aspekte den Verdacht der Anstiftung zum Mord und der Beteiligung des MIT in der Vorbereitungsphase begründeten. Es wird in der Anklage auch festgestellt, dass es sich bei Ömer Güney, dem Mordverdächtigen, um einen Geheimagenten handle und er mit einer oder mehreren Personen geheime Treffen in der Türkei gehabt habe. Zusätzlich wird festgehalten, dass man nicht beurteilen könne, ob die MIT-Agenten mit dem Einverständnis ihrer Vorgesetzten an diesen Treffen teilnahmen oder ihre Teilnahme freiwillig war, um den Friedensprozess zu stören. Ömer Güney habe nach seiner Festnahme in Paris verlangt, die türkische Botschaft in Paris zu unterrichten, und diese Tatsache würde den Verdacht erhärten. Nach Abschluss der Ermittlungen wurde zum ersten Mal in der Geschichte in Frankreich öffentlich auf den MIT aufmerksam gemacht. Bis heute hat es in Frankreich 25 von ausländischen Geheimdiensten organisierte politische Morde gegeben und keiner von ihnen kam jemals vor Gericht. In keinem dieser Fälle hat Frankreich die betreffenden Geheimdienste öffentlich benannt, in einigen Fällen wurden die mutmaßlichen Täter sogar den betreffenden Staaten überstellt.

Zum ersten Mal hat die französische Justiz so offen die Beteiligung eines ausländischen Staates an einem politischen Mord artikuliert. Falls es in diesem Rahmen zu einem Prozess gekommen wäre, wären diese Beziehungen im Gerichtssaal fünf Wochen lang behandelt und analysiert worden. Der Beschuldigte hätte hier quasi einer erneuten Vernehmung gegenübergestanden. In dieser Situation scheint es wie ein vorgeschriebenes Szenario, dass die Ermittlungen bei einem kranken Beschuldigten hinausgezögert werden, der Gerichtstermin um anderthalb Jahre verschoben wird und der Beschuldigte noch vor Prozessbeginn verstirbt.

Haben sie einfach gewartet, bis er starb? Oder wurde er mundtot gemacht, damit der MIT nicht im Fokus steht? Diese Fragen warten auf Antworten.

Die Versäumnisse Frankreichs bei den Ermittlungen, die Rolle des türkischen MIT beim Massaker, die Befehlsgeber für das Massaker, all diese Fragen bedürfen einer Antwort, sowohl die Familienangehörigen der drei getöteten kurdischen Frauen als auch ihre Rechtsanwälte werden den juristischen Kampf fortsetzen.

Auf der anderen Seite organisierte die Kurdische Frauenbewegung in Europa (TJK-E) am 7. Januar 2017 zum Jahrestag des Massakers eine Demonstration und am 24. Januar fand zu diesem Thema eine Konferenz statt mit der Forderung »Gerechtigkeit und Aufklärung«. Das kurdische Volk wird es nicht einfach hinnehmen. Diejenigen, die sich nun darüber freuen, »der Mörder ist tot, die Akte wird geschlossen«, sollten sich bewusst machen, dass die Zahl derjenigen, die dieses Ereignis verfolgen, von Tag zu Tag steigt und die Forderung »Gerechtigkeit und Aufklärung« überallhin getragen wird. ♦

Reflexionen über Internationalismus heute/in Rojava

Für einen revolutionären Internationalismus

Anne-Sophie Mariposa

»Du warst 35 Jahre alt, hattest kleine Kinder; du tratest nicht bei aus Vergnügen, Abenteuerlust oder purer jugendlicher Ratlosigkeit. Du tatest es, weil dir nichts anderes übrig blieb, es war klar für dich, dass dies der Weg war und dass man, in militanter Unterlassung, nicht in Lüge und Bequemlichkeit leben kann, ohne sich selbst unerträglich zu werden; weil du glaubst, dass der, der begreift und inaktiv und komfortabel weiterlebt, kaputtgeht, an irgendeiner Stelle verfault, die Beschämung zum Geschwür wird und die Seele für immer im Gestank versinkt.«

Ernesto Gonzalez Bermejo, Hände im Feuer

Um ehrlich zu sein, ich war doch sehr verwundert, mit welchen Haltungen die revolutionären Abenteurer*innen in Rojava unterwegs waren. Bevor ich dorthin abgereist war, habe ich mit Freund*innen und Genoss*innen unzählige Gespräche darüber geführt, wie es wohl zu schaffen sei, von dieser Revolution zu lernen, ohne sie auszunutzen oder ihr eine Bedeutung überzustülpen, die aus meiner Sozialisation im Zentrum des Kapitalismus herrührt und wenig bis gar nichts mit der Situation vor Ort zu tun hat. Wir waren uns einig, dass wir aus den bisherigen Erfahrungen mit Internationalismus lernen müssen und die Fehler nicht wiederholen sollten. Jüngste Beispiele für eine unzureichende Herangehensweise an Internationalismus sind Nicaragua oder die zapatistische Bewegung in Mexiko, die zwar eine relativ breite Unterstützung (nicht nur) von westlichen Revolutionär*innen erhalten haben, die aber ebenfalls mit starker Romantisierung und Revolutionstourismus einhergingen. Das führte dazu, dass die Revolution als radikaler, gesellschaftsverändernder Prozess weiterhin abgetrennt von der eigenen gesellschaftlichen Realität gesehen wurde. Als eine idealisierte Welt, in die mensch einmal kurz eintauchen kann, um dann wieder von der Realität überfordert zu sein, in die mensch zurückkehrt. Oder in der mensch für immer bleiben möchte, weil mensch keine Möglichkeit sieht, die notwendige vorbereitende Arbeit dort zu leisten, wo mensch herkommt. Was dann eher einer Flucht gleichkommt und häufig zur Verstörung derjenigen führt, mit denen ein gemeinsamer Kampf begonnen wurde, und nicht dazu beiträgt, gemeinsam diejenigen Hindernisse zu überwinden, die im Zentrum des Kapitalismus sehr dringend anstehen würden. Auch Revolutionstourismus trägt wenig dazu bei, die Welt zu verändern. Die gemachten Erfahrungen, das wichtige dort erworbene Wissen werden eher zur Selbstdarstellung genutzt, als sich – gemeinsam! – zu überlegen, wie es für die gemeinsamen Ziele eingesetzt werden kann. Denn in vielen Fällen kann die eurozentristische Haltung, wir wüssten im Endeffekt doch besser als die besuchte revolutionäre Bewegung, was revolutionär ist, durch einen oberflächlichen, kurzfristigen Aufenthalt nicht überwunden werden.

Eine Möglichkeit der kritischen Reflexion dieser oft unbewussten Herangehensweise stellt das Konzept der critical whiteness dar. Es ist entstanden im Rahmen von postkolonialer Theorie und fordert dazu auf, die Privilegien zu reflektieren, die wir als Angehörige einer weißen, kolonialisierenden Gesellschaft haben. Dazu gehört vor allem auch, unseren Orientalismus zu hinterfragen, unsere Wahrheitsregime, die sehr stark mit unserer Geschichte als ausbeutende Klasse im Zusammenhang stehen. Was verstehen wir als zivilisiert, was als richtig, was als unterstützenswert. Als wichtiges Beispiel in diesem Zusammenhang wäre der bewaffnete Kampf zu nennen. In unserer Welt, die bewaffnete Konflikte durch geschickte Abkommen weit nach außen verlagert und unsichtbar gemacht hat, aber keineswegs dazu beiträgt, sie abzuschaffen, sondern vielmehr durch Unterstützung und Ausspielen verschiedener Kräfte je nach eigener Interessenlage verstärkt, ist es einfach zu fordern, dass Menschen »friedlich« oder »gewaltfrei« für ihre Rechte eintreten sollen. Dass diese Forderung in eben jenem anderen Zusammenhang, in einer anderen Lebensrealität schlicht und einfach mit Auslöschung einhergehen würde, wird ohne kritische Reflexion dieses »Privilegs« im befriedeten Zentrum des Kapitalismus zu leben, einfach nicht gesehen.

Ein weiteres »Privileg« im Zusammenhang mit revolutionärem Internationalismus stellt die Wahlfreiheit dar. Uns ist es einigermaßen möglich, den Ort unseres revolutionären Tuns auszuwählen. Das ist für Menschen aus der Peripherie nicht der Fall. Sie sind sozusagen gezwungen, die Revolution dort voranzutreiben, wo sie aufgewachsen sind. Ihnen ist es nicht möglich, auszuweichen. Ihnen ist es nicht möglich, vor der Verantwortung, die die Erkenntnis, dass diese Welt und unsere Menschheit nur durch eine radikale Systemveränderung zu retten ist, mit sich bringt, wegzulaufen. Sie sind dazu gezwungen, die Widersprüche des täglichen Lebens zu überwinden.

In den Gesprächen mit Freund*innen und Genoss*innen waren wir zum Schluss gekommen, dass die wichtigste Unterstützung für die Revolution in Rojava nur sein kann, wenn wir überall auf der Welt unsere eigenen Kämpfe vorantreiben. Ich weiß, das ist keine wirklich neue Erkenntnis – auf dem Papier. Doch wie sieht es in der Praxis aus? Wer nimmt sich diese Erkenntnisse der Erfahrungen mit internationalistischen Kämpfen denn heute wirklich noch zu Herzen und versucht sie mit Kraft und Überzeugung umzusetzen? Warum passiert nichts? Warum gibt es nach wie vor so wenig revolutionäre, aufbauende Arbeiten hier? Warum gibt es keine starke revolutionäre Organisierung? Beziehungsweise warum lassen sie sich so schnell einschüchtern, sobald Repressionsschläge kommen? Warum haben wir trotz allen revolutionären Austausches noch nicht gelernt, dass eine Revolution nicht mit Komfort einhergeht bzw. aus dem Ärmel zu schütteln ist?

Nun, dies jedenfalls waren die Überlegungen, bevor ich nach Rojava gegangen bin. Eigentlich zu wissen, dass die größte Unterstützung der Revolution in Rojava wäre, dort an der Revolution zu arbeiten, wo ich herkomme. Gleichzeitig aber auch das Gefühl zu haben, damit in einer kompletten Sackgasse zu stecken. Wer redet denn heute noch von Revolution? Und wie wird denen, die es tun, begegnet? Mit kleinlicher, perfektionistischer, unbeteiligter Kritik an jeder kleinsten Bewegung bzw. Regung. Vielleicht lässt sich das Verhältnis der erfahrenen Linken zur neuen Mut schöpfenden Jugend wie das von nörgelnden Erwachsenen zu ihren Kindern beschreiben, die das Kind dann entweder lähmen oder es zum totalen Wutausbruch treiben. Mir schienen weder Lähmung noch unkontrollierter Wutausbruch als geeigneter Weg. Ich wollte einen Weg aus der Sackgasse finden.



Internationalist*innen aus 19 Nationen auf der Abschlusskundgebung in Straßburg. In elf Tagen legten sie ca. 265 km »für die Freiheit Abdullah Öcalans und einen Status für Kurdistan« zurück. Am 1. Februar starteten sie in Luxemburg, um am 11.2. bei der Demo in Straßburg dabei zu sein. Foto: ANF

Nun kam ich nach Rojava und konnte sehen, wie wenig diese Auseinandersetzung in anderen Gruppen geführt wurde. Zu dieser Zeit war die von der südkurdischen Demokratischen Partei Kurdistan PDK kontrollierte »Grenze« zwischen Rojava und Basûr (Südkurdistan) noch etwas durchlässiger und mit entsprechender Argumentation war es einigen Aktivist*innen und Journalist*innen möglich, von der PDK die Erlaubnis zur Ausreise nach Rojava zu erlangen. Besonders frappant ins Auge stechend war die Tatsache, dass ein äußerst großer Teil von Aktivist*innen wohl der Ansicht war, nach drei Wochen eine Revolution verstehen zu können, ohne sich mit einem der drei grundlegenden Ziele – der Befreiung der Frau – überhaupt nur auseinandergesetzt zu haben. Ich war nun über ein Jahr dort, habe die Sprache gelernt, habe die Gesellschaft kennen gelernt, habe einige Bücher Öcalans gelesen, habe enorm viel diskutiert und in der Praxis mitgearbeitet. Und dennoch würde ich mir nie erlauben zu behaupten, ich hätte diese Revolution verstanden und könnte mein so sehnsüchtig erwartetes Urteil einer westlichen Person abgeben, da, wie wir ja alle wissen, im Osten nur Korruption, Zivilisationslosigkeit und Unfähigkeit herrschen.

Wie viele Männer habe ich in Rojava kennen gelernt, die sich vorgenommen hatten, die »richtige« Revolution nach Rojava zu bringen. Männer, die nicht einmal wissen, wie sie sich selbst am Leben erhalten können, dafür angewiesen sind auf Fertigpizza und Thunfisch aus der Dose. Männer, die nicht wissen, wie sie in ihrem Kollektiv unterstützend und für ihre Freund*innen sorgend handeln können. Und sie wollen ernsthaft behaupten, sie wären Kräfte der »richtigen« Revolution? Die einfach nur aufgrund der großen repressiven Übermacht im Zentrum des Kapitalismus auf die Peripherie ausweichen müssen, aber an sich ja schon fertige, aber eben leider verhinderte Revolutionäre seien? Warum nur bestätigt sich so sehr der Eindruck, dass die die Revolution verteidigenden und die Gesellschaft aufbauenden Mütter in Rojava dem Bild vom revolutionären Subjekt viel näher kommen als diese, »Entschuldigung«, lächerlichen, verlorenen Gestalten?

Und wo sind die revolutionären Frauen*? Die sind aufgrund ihrer kritisch-distanzierten Haltung zu patriarchalem Verhalten erst gar nicht hier angekommen.

Nun, ein etwas verkorkster Start dafür, dass wir schon so viele Erfahrungen mit Internationalismus gemacht haben hätten können. Ein Abgleich mit der scheinbar kaum vorhandenen Realität des theoretisch korrekten Konzepts critical whiteness.

Ich denke, es gibt zwei Annäherungen an Internationalismus und daraus resultierende Konsequenzen für den revolutionären Kampf, die wir gut analysieren sollten. Diese eine, gerade beschriebene, eurozentristische und sehr patriarchale Heran-



Gerade erst war der Jahrestag, an dem Rustem Cudi/Günter Hellstern in Rojava getötet wurde. Am 23. Februar ist er in Al Shadadi in Rojava im Kampf gegen den IS/Daisch gefallen.
»Die Revolution ist nicht nur Krieg und Waffen tragen, die Revolution bedeutet, das Leben richtig zu verstehen. Um dieses Leben zu verteidigen und die Werte der Menschlichkeit, sind wir bereit, in diesem schwersten Krieg Erfolg zu haben.«
Rustem Cudi/Günter Hellstern

gehensweise, die sich selbst als einzigen Maßstab setzt und es dadurch nicht schafft, wirklich zu lernen, also die aus dem andro- und eurozentristischen Wahrheitsregime resultierenden Probleme zu erkennen und zu überwinden. Gleichzeitig aber auch die andere, zweifelnde, kritisierende, distanziert bleibende Annäherung von vor allem sich als feministisch oder poststrukturalistisch verstehenden Personen, die keine Erfahrung möglich macht und sich damit ebenfalls nicht wirklich aus den festgefahrenen Strukturen befreien kann. Bleibt das Erhöhen/Aufwerten von theoretischem Wissen gegenüber durch praktische Erfahrung erworbenem Wissen nicht ebenfalls im patriarchalen Maßstab stecken?

Ich will diesen Punkt noch ein wenig genauer erklären: Einige meiner Weggefährt*innen waren der Meinung, aufgrund der (theoretisch) erkannten Widersprüche nicht nach Rojava gehen zu können, da diese Handlung an sich eurozentristisch sei. Ich war der Meinung, dass wir die Sackgasse nur überwinden können, wenn wir für eine kurze Zeit ausbrechen und – vor allem dies! – die theoretischen Überlegungen durch Erfahrungen in der Praxis vervollständigen, um wirklich voranzukommen. Ich denke, wir sollten bei aller Korrektheit die konkrete Arbeit, den konkreten gemeinsamen Kampf nicht außer Acht lassen. Denn sonst wird Theorie schnell zur Ausrede, zum Fernbleiben, zum Vermeiden von Veränderung. Zur Stütze des bestehenden Systems. Natürlich machen wir alle Fehler. Aber das gehört dazu, denn nur durch sie können wir lernen. Natürlich werden wir uns gegenseitig verletzen. Aber gemeinsam geführte Auseinandersetzungen werden uns stark machen. Durch sie wird sich das Gemeinsame in unserem Kampf herauskristallisieren.

Ich muss sagen, dass ich mit critical whiteness, zumindest wie ich es im universitären Rahmen gelernt habe, nicht sehr viel anfangen kann. Ich komme darin mit meinen Kämpfen nicht mehr vor. Ich fühle mich damit, als könnte ich keinen Schritt aus meiner »privilegierten« Situation herauskommen. Dabei empfinde ich meine Situation alles andere als privilegiert. Ich komme aus einer prekär lebenden Familie. Ich bin eine Frau. Ich bin ein Mensch, der einfach nicht im Kapitalismus leben kann, der es nicht ertragen kann, wie Millionen Menschen daran zugrunde gehen. Und ich denke, dass dies die verbindenden Elemente sind. Wir alle sind auf der Suche danach, was eigentlich ein Mensch ist, was Leben, Zusammen-Leben bedeutet. Was mit uns passiert ist, dass wir uns so weit davon entfernen konnten. Dass wir uns heute Bilder anschauen können von verstümmelten Leichen, ohne mit der Wimper zu zucken. Oder dass wir sie uns gar nicht mehr anschauen. Um weiterhin zu funktionieren. Um uns das letzte kleine Türchen offenzuhalten, das uns ermöglicht, wieder mitzumachen.

Unser Privileg ist wohl diese Schwebe. Dass wir uns in dieses mörderische System integrieren lassen könnten, wenn wir wollten, und dass wir uns einfach nicht entscheiden müssen. Aber ist diese Möglichkeit der Mittäter*innenschaft wirklich ein Privileg? Und müssen wir, wenn wir Menschen sein wollen, uns wirklich nicht entscheiden? Haben wir wirklich eine Wahl? Können wir wirklich damit leben, dass wir Teil eines menschenverachtenden, menschenausbeutenden, menschenmordenden Systems sind? Wir reden immer davon, es gäbe keine Alternative. Klar, wer außer uns allen soll diese denn schaffen? Ist nicht das ebenfalls purster Eurozentrismus? So lange zu warten, bis die am direktesten von Gewalt und Ausbeutung Betroffenen eine Alternative geschaffen haben? Um dann auf den fahrenden Zug zu springen?! Das kann es doch auch nicht sein.

Die revolutionären regionalen Kämpfe zeigen uns doch, dass es Alternativen gibt. Wieso sollten wir nicht dazu fähig sein? Doch wohl einzig und allein nur deshalb, weil wir uns nicht zugestehen können, dass wir Angst haben, dass wir uns zu schwach dazu fühlen. Weil wir nicht mehr an uns glauben. Weil dieses System unsere gesamte Selbstachtung zerstört. Ist es wirklich ein Privileg, zum Schräubchen im Getriebe gemacht zu werden? Ist es wirklich ein Privileg, die Niedertracht zu erkennen und sich handlungsunfähig zu fühlen? Ist es wirklich ein Privileg zu glauben, sich den Aufgaben nicht stellen zu können?

Lasst uns das nicht mehr hinter dem Begriff »Privilegien« verstecken. Lasst es uns angehen. Lasst uns lernen. Lasst uns stärker werden, lasst uns mit all unseren Stärken und Schwächen GEMEINSAM für ein menschliches Leben kämpfen! Es ist nicht unbedingt notwendig, dafür nach Rojava zu gehen. Oder Bakûr. Oder Chiapas. Es gibt genügend Möglichkeiten des gemeinsamen praktischen Kampfes hier. Warum gehen so viele »Linke« nicht auf die Demos der kurdischen Gesellschaft? Wegen des »Führerkults«. Ok, aber geht doch diese Widersprüche an! Wer von diesen »Linken« ist denn schon einmal in den Verein gegangen und hat gesagt, Leute, ich verstehe das nicht, erklärt es mir bitte. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sie vieles besser verstanden hätten, dass sie Lust hätten, gemeinsam für die Freiheit von Öcalan auf die Straße zu gehen und dass sie aber auch ein offenes Ohr für Kritik finden würden. Das ist die essentielle Grundlage des gemeinsamen, weltweiten revolutionären Kampfes: respektvolle Kritik und der Wille zu verstehen und voneinander zu lernen. Natürlich gibt es tausende Baustellen, tausende Fehler, tausende Unzulänglichkeiten. Aber die Frage ist doch, welche Konsequenz wir daraus ziehen. Sehen wir uns klassisch im Recht der Kolonialist*innen, alles aus unserer Sicht zu bewerten und zu kritisieren? Oder sehen wir uns als Teil der Lösung und bringen uns ein? ♦

Der revidierte Frieden in Kolumbien

Mit oder ohne Volk

La pajarera libertaria

Kolumbien erlebte in der zweiten Jahreshälfte 2016 einige der angespanntesten und aufwühlendsten Momente seiner jüngeren Geschichte. Vor allem in den letzten drei Monaten des Jahres war Kolumbien auch in der internationalen Medienwelt Thema, denn das Land wurde von großen politischen Veränderungen erschüttert. Diese gaben Anlass sowohl zur Freude als auch zu Trauer und Ungewissheit.

Der erste Friedensvertragsabschluss

Am 24. August 2016 verkündeten Vertreter_innen der kolumbianischen Regierung gemeinsam mit Vertreter_innen der Guerilla FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo, dt.: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) der Öffentlichkeit, sich auf ein Kriegsende und nach vier Jahren Verhandlungen auf sechs Punkte geeinigt zu haben. Noch am selben Tag wurde erklärt, dass wenige Wochen später, am 2. Oktober, eine Volksabstimmung durchgeführt werden sollte. Die Zivilbevölkerung sollte den Friedensvertrag absegnen oder sich dagegen aussprechen. Diese Vorgehensweise bedeutete eine große Veränderung in der kolumbianischen Politik.

Am 29. August um 24 Uhr begann der bilaterale und endgültige Waffenstillstand zwischen der Guerilla FARC-EP und der Regierung. Nationale wie internationale Organisationen begannen im Hinblick auf die anstehende Volksabstimmung sowohl für als auch gegen den ausgehandelten Friedensvertrag zu mobilisieren. Auf internationaler Ebene verkündete der Internationale Strafgerichtshof am 1. September öffentlich seine Unterstützung des Vertrags. In Kolumbien hielt die FARC-EP unterdessen vom 17. bis 23. September ihre 10. Nationale Guerilla-Konferenz ab. Im Rahmen der Konferenz gab sie bekannt, als gesamte Organisation den ausgehandelten Friedensvertrag anzunehmen.

Am 26. September wurde in Cartagena, Kolumbien, das endgültige Friedensabkommen unterzeichnet. Neben dem kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos und dem Oberbefehlshaber der FARC-EP Rodrigo Londoño, alias Timoschenko, nahmen nationale und internationale Persönlichkeiten an dem Akt teil: der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon, die Präsident_innen von Venezuela Nicolás Maduro, von Cuba Raúl Castro, von Ecuador Rafael Correa, von Chile Michelle Bachelet, der norwegische Außenminister Børge Brende und 2500 Repräsentant_innen von sozialen, Indigenen-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen.

Dieser Einigungsprozess gab vielen Menschen Hoffnung. Abgesehen davon, dass nicht alle Guerilla-Gruppen Teil des Friedensabkommens waren, abgesehen davon, dass während der Rede Timoschenkos in Cartagena ein Kampfjet über die Köpfe der Anwesenden flog und für Angst sorgte, und abgesehen von den weiterhin stattfindenden Morden an Menschenrechtsaktivist_innen.

Der Volksentscheid

In der Zeit zwischen dem 24. August und dem 2. Oktober waren die Medien voll von Nachrichten über die bevorstehende Volksabstimmung. Der 2. Oktober, der Tag, an dem die Bevölkerung sich für oder gegen den Friedensvertrag entscheiden sollte, wurde zum wichtigsten Tag des Jahres erklärt. Die Wahlzettel zur Abstimmung enthielten nur eine einzige Frage: »Unterstützen Sie die endgültige Einigung zur Beendigung des Konflikts und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens?« Die kolumbianische Bevölkerung sollte im Vorfeld der Abstimmung die 297 Seiten des Friedensvertrages lesen, sie verstehen, analysieren und dann dafür oder dagegen stimmen. In zahlreichen Kampagnen wurde für oder gegen den Vertrag mobilisiert und versucht, die Menschen für das jeweilige Lager zu gewinnen. Die Diskussionen verliefen sehr polarisiert. Zwischentöne fanden kein Gehör. Selbst innerhalb der sozia-

len Bewegungen waren die Diskussionen angespannt. Bereits kleinste kritische Anmerkungen zu inhaltlichen Punkten des Friedensabkommens konnten dazu führen, als Unterstützer_in des Krieges diffamiert zu werden.

Die Ergebnisse am 2. Oktober überraschten dann alle. 50,21 % der Menschen, die abgestimmt hatten, lehnten den vereinbarten Friedensvertrag ab. 49,78 % stimmten für den Vertrag. Der Unterschied betrug gerade mal 50 000 Stimmen. Das Ergebnis bedeutete, dass der Friedensvertrag nicht umgesetzt werden konnte. 13 Regionen des Landes hatten mehrheitlich mit »Nein«gestimmt, 19 Regionen mit »Ja«. Die Regionen, die mehrheitlich dem Vertrag zugestimmt hatten, waren die vom Krieg am meisten betroffenen Regionen. Insgesamt beteiligte sich weniger als die Hälfte der Bevölkerung an der Abstimmung. Dennoch blieb am Ende das Resultat, dass die kolumbianische Bevölkerung sich per Volksentscheid gegen den Friedensvertrag ausgesprochen hatte.

In der Nacht des 2. Oktober gingen viele Menschen unorganisiert, verzweifelt und angsterfüllt auf die Straße. Einige Zeit später organisierte sich daraus ein »campamento por la paz« (Friedens-Camp), angelehnt an die Camps der spanischen »los indignados« (die Empörten). Viele Menschen versammelten sich auf dem Hauptplatz Bogotás sowie in anderen Städten und Dörfern und bauten Zelte auf, um dort auszuharren, bis ein neuer Vertrag unterschrieben werden würde. Die Camps bekamen nationale und internationale Unterstützung. Organisationen von Betroffenen von Krieg und Vertreibung sammelten Geld und die Protestierenden erhielten internationalen Besuch. Trotzdem wurde das Camp in Bogotá nach 44 Tagen von der Polizei geräumt, mit der Begründung, es gäbe bereits einen neuen Vertrag.

Vor dem 2. Oktober hatte es so ausgesehen, als wäre alles möglich. Nach dem 2. Oktober blieben nur Ungewissheit und Angst. Vertreter_innen des Lagers »Nein zum Friedensvertrag« (die »Nein-Kampagne«) verkündeten in den Nachrichten, sie seien zwar für den Frieden, aber der Vertrag müsse in einigen Punkten geändert werden. Sie machten jedoch keine konkreten Vorschläge und zeigten sich überrascht über ihren Sieg. Auch das Gegenlager »Ja zum Friedensvertrag« (die »Ja-Kampagne«) präsentierte sich in den Medien, um seine Niederlage zu akzeptieren. Keine der beiden Parteien schien eine Lösung dafür zu haben, wie weiter mit der Situation verfahren werden könne.

Um zu verstehen, wie die Bevölkerung eines Landes, das sich seit über fünfzig Jahren im Kriegszustand befindet, gegen diesen Friedensvertrag stimmen konnte, der das Ende eines bewaffneten Konfliktes zwischen der Regierung und einer der wichtigsten Guerilla-Gruppen in Aussicht stellte, ist es an dieser Stelle wichtig, eine kurze Analyse der Vorkommnisse einzuschieben.



Foto: http://www.colombiainforma.info/

In den letzten fünfzehn Jahren nährten die kolumbianischen privaten Nachrichtensender dreimal täglich das Konstrukt, dass das gemeinsame und eigentliche Problem der kolumbianischen Bevölkerung die Guerilla FARC sei. Dass Armut, soziale Ungleichheit, mangelnde Infrastruktur sowie mangelnde soziale Investitionen der FARC zuzuschreiben seien. Tatsache ist: In Kolumbien sterben mehr Menschen an Autounfällen oder aufgrund fehlenden Zugangs zum Gesundheitssystem als am Krieg. Trotzdem ist in der kollektiven Vorstellung der kolumbianischen Bevölkerung die FARC an allem Schuld. Die »Nein-Kampagne« musste laut ihres Pressesprechers nur ernten, was bereits gesät war. Und dies mit drei einfachen Botschaften:

1. Die Steuern werden erhöht wegen des Friedens. Das heißt, selbst diejenigen, die so wenig verdienen, dass es ihnen nicht mal zum Leben reicht, müssen von diesem Wenigen nun auch noch den Unterhalt für die ehemaligen Guerilla-Kämpfenden mitfinanzieren.

2. Das Land verkauft sich an die FARC und wird so eine ähnlich schlimme Entwicklung nehmen wie Venezuela.

3. Der Frieden bedeutet, die Macht der LGBTI-Community zu übergeben, welche die Kinder dazu zwingen wird, so zu werden wie sie.

All diese Punkte waren klare Lügen. Trotzdem waren sie erfolgreich. Der Pressesprecher der »Nein-Kampagne« gab im Nachhinein bekannt, welche Privatunternehmer_innen die Kampagne finanziell unterstützt hatten. Stolz, dass es eine Kampagne mit sehr geringen Kosten und einfachen Botschaften war, welche die Menschen dazu bringen sollte, mit Wut wählen zu gehen. Er sagte, es sei nicht darum gegangen, den Menschen die Inhalte des Friedensvertrages nahezubringen, sondern in ihnen Empörung hervorzurufen.

Auch die offizielle »Ja-Kampagne« hatte wenig Inhalt. Die Botschaft war nicht mehr als: Frieden ist besser als Krieg.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Analyse ist, dass die »Nein-Kampagne« bereits im Oktober 2012 gestartet wurde, als die Friedensgespräche offiziell begannen. Die »Ja-Kampagne« wurde erst vier Wochen vor der Volksabstimmung ins Leben gerufen. Die Regierung selbst positionierte sich erst



Foto: http://www.colombiainforma.info/

sehr spät öffentlich für den Frieden. Präsident Santos schloss sich keiner Kampagne an. Es waren Menschenrechtsorganisationen, NGOs und andere Teile der Gesellschaft, die die »Ja-Kampagne« organisierten und durchführten.

Der Friedensnobelpreis

In einer Atmosphäre der Unsicherheit, der Angst und des Misstrauens, was die aktuelle Situation anging, in der die kolumbianische Bevölkerung nicht mehr wusste, was als Nächstes kommen würde, geschah etwas sehr Unerwartetes: Fünf Tage nach der verlorenen Volksabstimmung erhielt der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos den Friedensnobelpreis. Das Norwegische Nobelkomitee verlautete, der Preis sei als Unterstützung der Friedensverhandlungen zu verstehen, da der Friedensvertrag nach der verlorenen Volksabstimmung in Gefahr sei. An diesem 7. Oktober gaben die Verhandlungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der beide ihre Absicht bekräftigten, weiter an einer Lösung zur Beendigung des Konflikts zu arbeiten. Dies war eine große Überraschung, die in der Bevölkerung mit viel Hoffnung aufgenommen wurde.

Diese Hoffnung muss allerdings mit Vorsicht genossen werden. Denn es darf nicht vergessen werden, dass dieser Präsident, auch wenn er den Friedensnobelpreis bekommen hat, dem Militär sehr nahe steht. Seine Zeit als Innenminister der Regierung Álvaro Uribe Vélez war geprägt von »extralegalen Hinrichtungen«, also Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, ausgeübt von Mitgliedern des kolumbianischen Militärs an jungen Männern aus den Armutsregionen Kolumbiens. Diese Männer wurden als Geiseln genommen, ermordet und dann als Guerillakämpfer beschuldigt. Bereits 2006 gab es Berichte über »irreguläre Aktionen« des Militärs, die militärischen und finanziellen Profit daraus zogen, Zivilist_innen zu ermorden, ihnen danach Guerilla-Uniformen anzuziehen, um sie so der kolumbianischen Öffentlichkeit als militärische Erfolge im Kampf gegen die Guerilla präsentieren zu können.

Die Unterstützung des Nobelpreiskomitees für den Friedensvertrag hätte überdies auch anders aussehen können. Denn es waren auch vom Krieg Betroffene für den Preis nominiert, die ihr Leben lang für Frieden und Gerechtigkeit gekämpft haben und das bis heute tun.

Änderung des Friedensabkommens und neue Unterzeichnung

Innerhalb von vierzig Tagen wurden 500 Vorschläge der »Nein-Befürworter_innen« bearbeitet. Als Ergebnis wurde ein neues Friedensabkommen erstellt, das dreizehn Seiten länger ist als das alte. Das neue Abkommen zeichnet sich durch fehlende Legitimität durch die kolumbianische Bevölkerung aus. Nach der verlorenen Volksabstimmung im Oktober wurde das neu erarbeitete Abkommen nicht mehr zur Abstimmung gestellt. Stattdessen wurde es im Abgeordnetenhaus Ende Dezember in einer Eilsitzung ratifiziert. Diese Vorgehensweise wurde vom Verfassungsgericht gebilligt, trotz Kritik und Protest einiger Politiker_innen.

Die wichtigsten Änderungen im neuen Friedensvertrag:

Rechtssicherheit: Das Friedensabkommen sollte eigentlich an die Verfassung angebunden werden, wie es in Kolumbien mit internationalen Abkommen üblich ist. Dies garantiert die Einhaltung der Beschlüsse, unabhängig von den sich ändernden politischen Machtverhältnissen im Land. Tatsächlich werden nun aus dem neuen Friedensvertrag nur die Passagen zu Menschenrechten und Humanitärem Völkerrecht angebunden, die sowieso bereits Teil der kolumbianischen Verfassung sind. Diese Änderung im neuen Friedensvertrag hat zur Folge, dass eine neue Regierungskonstellation nicht an die Einhaltung der Beschlüsse gebunden sein wird.

Übergangsjustiz: Das neue Abkommen limitiert die Möglichkeit des alternativen Strafvollzugs. Das »Tribunal para la Paz« (Friedensgericht) muss nun präzise festlegen, wo die ehemaligen Guerilla-Kämpfer_innen ihre Strafen verbüßen sollen und wann, wo und wie genau die Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen zu erfolgen haben.

Das neue Abkommen legt fest, dass nun in jedem Einzelfall genau geprüft werden soll, inwieweit Drogendelikte mit politischer Rebellion zusammenhingen. Das Friedensgericht soll dann je nach Fall entscheiden, ob es nach »normalem« kolumbianischem Recht urteilt oder die Übergangsgerichtsbarkeit anwendet. So können Mitglieder der FARC nach üblichem kolumbianischem Recht verurteilt werden, wenn ein_e Richter_in entscheidet, dass ein Drogendelikt nicht dazu begangen wurde, den Widerstand zu finanzieren.

Im ersten Friedensabkommen war festgelegt worden, dass ausländische Richter_innen in der Übergangsjustiz eine entscheidende Rolle spielen sollen. Nach dem neuen Vertrag haben sie nur noch eine beratende Funktion in den Verhandlungen.

Politische Garantien: Im ersten Friedensvertrag wurde die neue Partei der FARC den anderen Parteien gleichgestellt. Parteivertreter_innen der neuen FARC-Partei sollten eine bestimmte Anzahl Sitze im Kongress bekommen. Dies wurde

nun geändert. Die Sitze sollen nun zwischen ihnen und anderen betroffenen Gemeinschaften aufgeteilt werden.

Gender: Die Genderperspektive, wie im ersten Abkommen artikuliert, wurde von internationalen Expert_innen und der UNO als sehr fortschrittlich eingestuft. Sie war das Ergebnis harter Arbeit der Frauenbewegung und LGTBI-Organisationen. Während der Mobilisierung zum Volksentscheid diffamierte die »Nein-Kampagne« die erarbeiteten Beschlüsse als »Genderideologie« und bezeichnete sie als Gefahr für die traditionellen Familienstrukturen. Die Kampagne zeigte Erfolg: In der neuen Version wird das Thema »Gender« reduziert auf die Anerkennung gleicher Rechte von Frauen und Männern unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten.

Für die kolumbianische Gesellschaft ist es nicht durchsichtig, was eigentlich im Friedensvertrag gleich geblieben ist und was geändert wurde. Trotzdem befindet sich das neue Abkommen bereits in der Umsetzungsphase. Am 1. Dezember 2016 begann der 180-Tage-Countdown, in dem die FARC-Mitglieder ihre Waffen vollständig abgeben sollen.

Diese erste Phase der Umsetzung des neuen Friedensvertrags ist bisher sehr angespannt. Aus den Sammelorten, an denen sich die Guerilla-Kämpfer_innen aktuell zusammenfinden, berichten FARC-Mitglieder von abgelaufenen Verfallsdaten ihrer Essensrationen und fehlendem Baumaterial für den Bau von Unterkünften. Gleichzeitig machten die Medien ein Skandal aus einem Foto, das zeigt, wie UN-Mitglieder, die das Zusammenkommen der Guerilleros an den Sammelorten begleiten, mit Mitgliedern der FARC an Silvester tanzten.

Die Guerilla der ELN (Ejército de Liberación Nacional, dt.: Nationale Befreiungsarmee) brachte im August 2016 ihre Kritik am Abkommen zwischen der FARC und der Regierung zum Ausdruck. In einer öffentlichen Erklärung kritisierte sie, die FARC habe als einziges Ziel, eine legale Organisation zu werden. Und dass sie darüber einem Friedensvertrag zustimme, welcher der kolumbianischen Regierung ermögliche, sich von der Verantwortung für die eigenen Taten im schmutzigen Krieg reinzuwaschen, oder mit anderen Worten: dem Staatsterrorismus. Die ELN bekräftigte, dass Frieden nur auf Grundlage struktureller Umwandlung von Staat und Gesellschaft möglich sei und dass sie bis dahin den bewaffneten Kampf weiterhin als legitimes Mittel auffasse.

Für diese Worte bekamen sie Kritik, den Fortgang des Krieges zu befürworten. Die ELN erwiderte darauf, dass sie sehr wohl für Friedensverhandlungen bereit sei, jedoch nur unter der Bedingung tatsächlicher bilateraler Verhandlungen. Das heißt, sie würden sich von der kolumbianischen Regierung keine einseitigen Maßnahmen auferlegen lassen.

Im März 2016 begann eine mediale Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Guerilla ELN über den Umgang mit den Gefangenen der ELN. Die Regierung bekräftigte ihre Position, sich nicht an einen Verhandlungstisch mit der ELN zu setzen, bevor nicht alle von dieser entführten Personen freigelassen worden seien. Die ELN wiederum forderte, dies solle Teil der eigentlichen Verhandlungen werden, und wiederholte, dass sie sich auf keine einseitigen Maßnahmen außerhalb des Verhandlungstisches einlassen werde.

Dies hatte zur Folge, dass der Beginn der Gespräche zwischen Regierung und ELN, der ursprünglich für den 26. Oktober 2016 geplant war, auf den 7. Februar 2017 verschoben wurde.

Zwischen Oktober 2016 und Januar 2017 gab die ELN bekannt, dass die Regierung sich nicht an Vereinbarungen halte. Denn sie verweigere die zuvor zugesicherte Freilassung einiger ELN-Gefangener, die an den Friedensverhandlungen teilnehmen sollten. Die Regierung argumentierte, dies sei aus juristischen Gründen nicht möglich, da der Grund ihrer Verurteilung eine Freilassung nicht erlaube. Entgegen diesen Aussagen wurden die gefangenen ELN-Mitglieder Ende Januar freigelassen, was die ELN dazu veranlasste, auch eine ihrer Geiseln freizulassen.

Die sozialen Bewegungen erwarten sich viel von diesen Friedensgesprächen, da der grundlegende Ansatz der Verhandlungen die Beteiligung der Gesellschaft ist. Denn die ELN ist der Meinung, dass die Änderungen, die in Kolumbien vollzogen werden müssen, nicht mit der Guerilla zu verhandeln sind, sondern mit der Bevölkerung. Falls sich dies realisieren ließe, würde es die Legitimitätsprobleme ausschließen, die sich im Abkommen mit der FARC ergeben haben.

Menschen aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen haben sich inzwischen zusammengeschlossen und eine große soziale Bewegung für den Frieden (»Gran Movimiento Social por la Paz«) gegründet. Die Bewegung vertritt die Position, dass ein sinnvolles Friedensabkommen nur verwirklicht werden kann, wenn eine starke soziale Bewegung Druck macht und an den Verhandlungen teilnimmt. Die soziale Bewegung in Kolumbien ist in den letzten zehn Jahren trotz vielerlei Repression gewachsen und über z. B. landesweite Streiks stark geworden. Ihre politische Arbeit für einen Frieden in Kolumbien basiert auf der Einschätzung, dass soziale, politische und ökonomische Veränderungen, die nicht durch bewaffneten Kampf und auch nicht durch Friedensverhandlungen erreicht werden konnten, nur durch die Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung geschaffen werden können. ♦

Das erste Volksfest der Kurden

Mihrican, Fest der Sonne

Sabri Agır, Journalist



Foto: ANF

Mihrican, Mêhri-Giyan, Mêhr-Mihr. Also Sonne. Giyan bedeutet auch Leben, Geist.

Mihrican ist das erste Volksfest der Kurden. Diese Tradition, deren Wurzeln bis zu den Zeiten von *[der Göttin]* Mitra zurückreicht, wird heute noch in unterschiedlicher Form gepflegt. Mihrican ist die Feier, die Freude, Glück, Dankbarkeit, Teilen, Treue und Darbietung. Alles ist in Mihrican enthalten und der Sinn und das Wesen gehen wie bei allem verloren, wenn sich dessen Wesen, dessen Kern entfernt wird.

Es heißt, dass Mihrican zu den Zeiten Mitras, als der Sonnenkult das Leben beherrschte, als Fest der Dankbarkeit für die Sonne begonnen worden sei.

Diese Feier, auch »Geist der Sonne« genannt, wird in verschiedenen Regionen und vor allem in der êzîdischen Gesellschaft als »Fest des Geistes«, als »Fest der Freundschaft und Treue« bezeichnet.

Zu Mitras Zeiten versammelten sich die Menschen, besorgt über den immer kürzer werdenden Tag, besorgt darüber, dass sich die Sonne immer seltener am Tag zeigte, mit all ihren Produkten auf einem Platz, um der Sonne ihre Dankbarkeit und Treue zu zeigen. So entwickelte sich Mihrican – das Fest.

In der Überlieferung dauerte Mihrican meist eine ganze Woche lang. Heute wird es seinem Wesen nach am ehesten von den Kakaî, Êzîden und Ahl-e Haqq *[auf Kurdisch Yâresân, im Iran lebend, heterodox schiitisch]* gefeiert. In Şengal unter Leitung der Pîrs *[religiöse Führer/Meister bei Êzîden, aber auch bei Aleviten und Sufis]* begangen, bezieht es sich auf die Geschichte von Derweş und Edûlê. Es heißt, Derweş und Edûlê seien sich zum ersten Mal beim Mihrican begegnet, Edûlê habe ihn beim Halay-Tanz gesehen und sich in ihn verliebt.

Die Tradition von Mihrican ist nicht nur bei den Kurden verbreitet. Auch iranische und westasiatische Volksgruppen feiern es, wenn auch etwas verändert.

Mihrican ist im Zuge des Befreiungskampfes mit seinem Wesen neu erwacht. In Europa wurde das erste Fest 1989 organisiert. Die Menschen kamen zusammen und präsentierten ihre Volkstänze.

In den folgenden Jahren wurde Mihrican im Gedenken an die gefallene Sängerin Mizgîn und den gefallenen Musiker und Sänger Sefkan organisiert und entwickelt, in den Jahren, in denen auch in Europa die kurdische Kulturarbeit aufgenommen wurde und die Kurden sich auch dort organisierten.

In diesem Jahr wurde das 29. Mihrican gefeiert, auf dem überwiegend Volkstänze präsentiert wurden. In den letzten Jahren waren zusätzlich auch Musik und Gesang dazugenommen und aufgeführt worden. Ich war schon einige Male zu den während des Mihrican abgehaltenen Seminaren eingeladen gewesen. Ich wurde Zeuge, wie unglaublich junge Menschen Seminare in den Bereichen Geschichte, Soziologie, Mythologie, Ethnologie durchführten.

Wie sie sich in Figuren, ihren Kostümen, mit ihrer Musik und dem Rhythmus, der Melodie darstellten, das hat mich am meisten beeindruckt.

Diese lebendigen Aktivitäten werden nicht in ihrem ganzen Umfang in den Mihrican-Wettbewerben widergespiegelt. Es wurde ein Wettbewerb entwickelt, bei dem die Konkurrenzkultur in den Vordergrund gerückt ist. So passiert es auch mal, dass gegen eine andere, als Konkurrenz gesehene, Tanzgruppe mit List vorgegangen und z. B. ein Teil ihrer Kostüme versteckt wird … Auch wenn in dem Moment dieses Verhalten, das mit dem Wesen von Mihrican nicht im Einklang steht, als eine niedliche Geste wahrgenommen wird, dauert es nicht lange, bis sie sich des Konkurrenzverhaltens bewusst werden. Denn das Wesen, der Sinn von Mihrican ist nicht der Wettbewerb, sondern die Feier.

Begleitet von Tanz und Musik drücken die Menschen ihren Dank an die Sonne und die Natur für all die innerhalb eines Jahres geschaffenen Werte und Produkte aus.

Die jungen Forscher sagen, dass die Tänze zu Beginn von Gesang und Musik begleitet worden seien. Die Tänze sind zugleich Ausdruck der Liedertexte.

Das Wort bietet gleichzeitig die größte Sicherheit gegen Assimilation. Die Herrschenden können Melodie und Rhythmus der Musik durch die Veränderung des Taktes ihrem Kern entfremden, aber nicht das Wort und die Dengbêj-Tradition für sich vereinnahmen.

Zum Beispiel kann ein Nichtkurde nicht die für die Dengbêj notwendige Artikulation simulieren. Als das »Wort« geächtet wurde, haben die KurdInnen bei ihren Tänzen statt des »Wortes« (Gesangs) Davul (Trommel) und Zurna (Flöte) eingeführt. Früher waren Davul und Zurna dabei nicht zum Einsatz gekommen; sie stammen ursprünglich aus der Region Karatschi in Pakistan. Im Zuge von Flucht und Wanderungsbewegungen zwischen Regionen und Gesellschaften traten diese Instrumente bei den Volkstänzen an die Stelle des Wortes. Gegenwärtig übernehmen diese Funktion aufgrund des Desinteresses von Musikern Keyboard, Saz oder elektronische Musik. Es ist die Folge von Assimilation und Erosion, dass Mihrican in geschlossene Räume gedrängt wurde und zum Wettbewerb von Tanz und Musik geworden ist.

Während Kunst und Kultur eines Volkes über seine Revolution erneut zu ihrem Wesen finden und in den Händen dieser jungen Menschen neu geschaffen werden, sehen wir eine gegenteilige Entwicklung in der Gründungsphase der türkischen Republik. Eine westlich orientierte Gruppe innerhalb der Republik sagte zu Mustafa Kemal Atatürk: »Zwar haben wir die Republik gegründet, aber die Nation fehlt darin.« Daraufhin wurde überlegt, was denn getan werden könne, um diesen Mangel zu beheben. Dann kam der Vorschlag, Informationen über Kulturen aus allen Regionen der Türkei zu sammeln und auszuwerten, um daraus ein Gefühl, eine Mentalität, einen Glauben und Geist für eine einzige Nation schaffen zu können. So wurden annähernd 300 Sammler in alle Ecken des Landes geschickt, die damit begannen, Daten über die Folklore und Kultur der unterschiedlichen Regionen wie z. B. Religion, Sprache, Feste, Volkstänze, Musik, Märchen und Sagen, Witze, Kinderspiele, Essensbräuche, Kleidung zu sammeln und aufzuzeichnen, um daraus wissentlich oder unwissentlich Gefühle, Mentalität und Lebensweise einer neuen Nation zu kreieren.

All diese volkskundlichen und ethnografischen Daten wurden im Zeitraum 1926–1940 im gesamten Land zusammengetragen, um sie später an der Fakultät für Sprache, Geschichte und Geografie des staatlichen Konservatoriums in Ankara sowie in den entsprechenden Abteilungen des Kulturministeriums zu vereinheitlichen.

Der deutsche Komponist Paul Hindemith und der ungarische Komponist, Pianist und Musikethnologe Bela Bartók waren damit beauftragt, die gesammelten kulturellen Werte im Bereich der Volks- und klassischen Musik für die Staatspolitik im Sinne der Schaffung einer Nation zu erschließen. Nach der Ausarbeitung des Konzepts wurde mit seiner Umsetzung begonnen. Zuvor waren auch andere Komponisten wie Necil Kâzım Akses, Hasan Ferit Alnar, Unvi Cemal Erkin, Cemal Reşit Rey und Ahmet Adnan Saygun, die alle in Europa studiert hatten, an dieser Phase der Konstruktion neuer Kultur mit ihrer Arbeit beteiligt. Vor allem Namen wie Aşık Veysel, Celal Güzelses, Hamiyet Yüceses, Necdet Varol, Samime Sanay oder Zekai Tunca bezeichnen Stimmen, die diese Assimilationstradition besangen.

Zu diesem Zwecke wurden Institutionen wie die Volkshäuser, Dorfinstitute, Konservatorien, die Fakultät für Sprache, Geschichte und Geografie in Ankara eingerichtet. In den Jahren 1950–60 wurde diese Politik mit ihrer Wirkung und ihrem Erfolg zur Diskussion gestellt und man kam zu dem Schluss, dass die Kopie nicht effektiv sein könne, solange das Original existiere. Diese Erkenntnis führte zu den Jahren der Verbote. Die historischen Errungenschaften unterschiedlicher Kulturen und Minderheiten in Sprache, Glauben, Kultur und Kunst wurden hohen Strafen unterworfen. Das waren die Jahre, in denen der Gebrauch eines kurdischen Wortes fünf Kuruş Strafe kostete.

Mit nur einem Artikel wird es nicht möglich sein, den gesamten Umfang dieser Assimilationspolitik wiederzugeben. Jedes einzelne Thema für sich bietet ausreichend Stoff für Recherchen. Mit diesem Artikel wollte ich aufzeigen, wie bedeutend und historisch wertvoll die Kulturarbeit der jungen Menschen im Rahmen der Bewegung für Demokratische Kultur und Kunst (TEV-CAND) gegen die Assimilationspolitik ist. ♦

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Straßburg: Demonstration am 18. Jahrestag der Verschleppung Öcalans
Foto: ANF

Rückseite:
Newroz 2017:
Aufruf zur Delegation nach Nordkurdistan
Civaka Azad

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Allen diktatorischen Bestrebungen zum Trotz – Wir feiern das Fest des Widerstandes!

Aufruf zur Menschenrechtsdelegation zum Newrozfest 2017 nach Nordkurdistan, Civaka Azad

Wenn am 21. März das Feuer entzündet wird, geraten die Despoten in Furcht und Schrecken. Denn das Feuer des 21. März steht für das Newrozfest, das Fest des Widerstandes. Dem Mythos zufolge geht Newroz zurück auf die Befreiung des medischen Volkes unter der Führung des Schmieds Kawa von der Tyrannei des assyrischen Herrschers Dehak (auch Zahak oder Sohak). Seit über 2600 Jahren markiert deshalb das Newrozfest für die Kurdinnen und Kurden sowie zahlreiche weitere Völker des Mittleren Ostens das Fest des Widerstandes, der Freiheit und des Wiedererwachens.

Im Jahr 2017 sind die Völker des Mittleren Ostens erneut von einem diktatorischen Regime bedroht. Unter der Führung Erdoğans wird die Türkei in die Präsidialdiktatur getrieben. Über die entsprechende Verfassungsänderung soll die Bevölkerung in einem Referendum am 16. April abstimmen. Doch das Referendum findet inmitten eines anhaltenden Ausnahmezustands statt. Alle Macht im Staate ist dadurch bereits jetzt in der Hand Erdoğans vereint. Und so soll es auf Wunsch der AKP auch nach dem Referendum, das in einer Atmosphäre der Angst und anhaltenden Repressionen stattfinden soll, auch bleiben.

Egal, ob unter der Tyrannei von Dehak oder unter der Diktatur Erdoğans – die Notleidenden unter den Autoritären bleiben die Völker der Region. Doch auch der Widerstandsgeist gegen die Unterdrücker geht von den Völkern aus. Dessen ist sich auch der türkische Machthaber Erdoğan bewusst, weswegen er auf dem Weg zur Diktatur äußerst brutal gegen alles und jeden vorgeht, der es auch nur wagt, sein Vorhaben in Frage zu stellen.

Besonderes Augenmerk des Erdoğan-Regimes gilt dem Widerstand der Kurdinnen und Kurden. Sie gelten als das größte Hindernis für die Errichtung der Präsidialdiktatur. Und auch wenn das Erdoğan-Regime den kurdischen Widerstand mit all seinen Mitteln angreift – unzählige Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht, tausende Menschen inhaftiert, ein grausamer Krieg wird gegen die gesamte Bevölkerung geführt –, der Widerstand in Kurdistan ist ungebrochen. Das diesjährige Newrozfest wird nicht nur zum Symbol dieses Widerstandsfestes werden, es wird auch eine Manifestation der Bevölkerung gegen die Präsidialdiktatur Erdoğans darstellen.

Gegenwärtig sind die demokratischen Grundwerte und die Hoffnung auf ein friedvolles gesellschaftliches Miteinander in der Türkei und im Mittleren Osten wohl so gefährdet wie noch nie. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dieser Gefahr gemeinsam entgegenzutreten und den Kampf für Freiheit und Demokratie gegen die Diktatur, die Despotie und den Faschismus zu stärken – in der Türkei und Kurdistan, im Mittleren Osten und überall auf der Welt.

Aus diesem Grund rufen wir zur Teilnahme an der Menschenrechtsdelegation zum diesjährigen Newrozfest in Nordkurdistan auf!

Alle Interessierten mögen sich zunächst bei newroz@civaka-azad.org melden.

Als Reisezeitraum ist die Zeit zwischen dem 17. März und 23. März 2017 vorgesehen.
Anmeldeschluss ist der 05. März 2017.



ALLEN DIKTATORISCHEN BESTREBUNGEN ZUM TROTZ

WIR FEIERN DAS FEST DES WIDERSTANDES!

Reisezeitraum

voraussichtlich zwischen 17. und 23. März 2017

Weitere Infos folgen nach Anmeldung

Anmeldeschluss: 05. März 2017

newroz@civaka-azad.org

ISSN 0935-5375